

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando 1
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 halbjährlich 6 M., frei ins Haus.
 Eingehende Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolon-
 gelbe oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stei-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schluß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Sonntag, den 12. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

Hungersnotpreise und Krise.

Die wirtschaftliche Krise hat namenloses Elend über die Arbeiterschaft Deutschlands gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist größer denn je. In zahlreichen Industriezweigen werden Feierschichten eingelegt, und die Löhne sind gesunken. So mußte das Einkommen der Arbeiter ganz bedeutend sinken. Gleichzeitig aber sind die Preise für Lebensmittel stark gestiegen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Getreidepreise in Deutschland eine abnorme Höhe erreicht haben, daß Deutschland zurzeit die höchsten Getreidepreise der Welt hat. Entsprechend dem Getreidepreise sind auch die Brotpreise erhöht worden: die Brotlaibe und die Semmeln werden kleiner gemacht. Aber auch andere Lebensmittel stehen hoch im Preise. — Die „Vossische Zeitung“ bringt regelmäßig eine Zusammenstellung der Preise einer Reihe von Handelsartikeln, wobei die Durchschnittspreise für die Jahre 1889 bis 1898 gleich 100 gesetzt sind. Es ergibt sich da folgendes:

	Das Preisniveau war im April 1908	im April 1909
Roggen	128,8	119,7
Weizen	120,4	140,2
Kartoffeln	107,7	123,8
Rinder	119,0	111,1
Schweine	102,7	117,1
Hälber	138,8	150,4
Lamm	128,6	127,3
Schmalz	123,8	156,1
Butter	114,2	100,7

Es ist also der Weizenpreis um 40,2 Proz. höher als im Durchschnitt jener zehnjährigen Periode, der Roggenpreis um nahezu 20 Proz. höher, die Viehpreise um 11,1 bis 56,1 Proz. höher usw. Unter jenes Preisniveau sind von Lebensmitteln nur Zucker, Kaffee und Pflaumen gesunken. Dazu kommt, daß die Preise in den letzten Monaten fast durchweg eine steigende Tendenz aufweisen. Die Zehnernummern für April sind bei Getreide, Fleisch und Kartoffeln höher als für März.

Arbeitslosigkeit, gemindertes Einkommen der Massen und steigende Preise der Lebensmittel, das ist das Kennzeichen der deutschen Wirtschaftspolitik. So will es die herrschende Klasse. Denn daran ist festzuhalten: die Teuerung der Lebensmittel ist eine Folge von künstlichen Maßnahmen. Man erhöht die Zölle, um den Profit der Agrarier zu erhöhen, man sperrt die Grenzen ab, um die Preise künstlich in die Höhe zu schrauben, und die Arbeiterschaft fühlt am eigenen Leibe die Folgen dieser infamen Politik.

Man sprach von der Not der Landwirtschaft. Die Zeiten sind vorüber, und der unterwürdigste Agrarier wagt es heute nicht mehr zu behaupten, daß die Landwirtschaft unrentabel sei. Die Preise der Güter sind enorm in die Höhe getrieben worden, besonders in Ostelbien; der beste Beweis, daß die Bodenrente wächst, daß die Großgrundbesitzer und Großbauern glänzende Geschäfte machen.

Sie machen sie auf Kosten der Lebenskraft der Nation, auf Kosten der Arbeitermassen, die darben und daher ihre Kräfte vorzeitig aufreiben. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß schon seit Jahrzehnten in Deutschland die Arbeiter, Kleinbauern, kleinen Handwerker und Hausindustriellen durch andauernde Unterernährung ihre Gesundheit ruinieren, daß die Kinder und Frauen besonders infolge dieser Unterernährung in frühzeitiges Siechtum verfallen. Daran aber hat die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches die Hauptschuld. Diese Tatsache versucht man abzuleugnen, indem man darauf hinweist, daß auch in anderen Ländern die Belastung des Konsums durch indirekte Steuern sehr hoch sei, daß z. B. England ebenfalls sehr hohe Einnahmen aus diesen Steuern ziehe. Indessen ist dieser Vergleich durchaus falsch. Wenn z. B. der englische Statistiker Rosenbaum herausrechnet, daß die Abgaben auf Nahrungsmittel und ehbare Genussmittel pro Kopf der Bevölkerung in England 6 Schilling 5 Pence betragen, in Deutschland aber 9 Schilling 10 Pence, so ist damit noch gar nichts gesagt. Denn die englischen Abgaben bestehen zum großen Teil in Zöllen auf Lebensmittel, aber nur auf solche, die nicht im Lande produziert werden. Diese Zölle verteuern also nicht die Landesprodukte. In Deutschland ist es umgekehrt: nicht nur das Getreide, das Fleisch, die Butter, die Eier usw., die aus dem Auslande eingeführt werden, werden verteuert, sondern auch die inländischen Produkte. Professor Julius Wolf berechnete jüngst die nicht-fiskalische Zollbelastung — d. h. die Verteuern der im Inlande produzierten Lebensmittel infolge der Zölle — auf rund eine Milliarde Mark, was etwa 16 Mark pro Kopf der Bevölkerung ausmacht. Daß diese indirekten Steuern die Arbeiter, die Unbemittelten, besonders schwer treffen, ist eine längst erwiesene Tatsache. Vor kurzem hat Gerloff in einer sehr exakten Arbeit von neuem den ziffernmäßigen Beweis erbracht. Er berechnete den Konsum auf Grund genauer Haushaltungsberechnungen und berechnete dann weiter die Steuern, die beim Konsum entrichtet wurden. Das Ergebnis war folgendes: Es betragen diese Steuern in Prozenten des Einkommens:

bei Haushaltungen mit einem Einkommen	Prozente des Einkommens, die die indirekten Steuern erfordern
von 4000 bis 6000 Mark	1,32 bis 1,99
„ 2000 „ 4000 „	1,22 „ 3,23
„ 1200 „ 2000 „	3,63 „ 5,14
„ 800 „ 1200 „	4,87 „ 6,27
unter 800 „	4,80 „ 6,54

Das sind ungeheuerliche Zahlen. Eine Arbeiterfamilie, die mit einem Einkommen von 1000 M. und weniger im Jahre auskommen muß, zahlt bis 65 Mark indirekte Steuern. Mehr als ein Zwanzigstel des fargen Einkommens wird durch die künstliche Verteuern der Lebensmittel konfisziert zugunsten des Fiskus und der Agrarier! So wird die Unterernährung herbeigeführt. Die Mutter muß die Rationen ihrer Kinder knapp halten, darf ihre Kinder nicht satt werden lassen, weil die Junkerpolitik das Brot, die Butter, das Fleisch und die Milch verteuert.

Jetzt soll es noch schlimmer kommen. 400 Millionen Mark indirekter Steuern sollen den Massen von neuem aufgebürdet werden. Bier und Tabak sollen verteuert werden, das Brot soll durch die M ü h l e n u m s a t z s t e u e r von neuem verteuert werden, Kaffee soll verteuert werden, Kohlen und Streichhölzer sollen verteuert werden. Und abermals bleibt es nicht bei den 400 Millionen Mark, denn es ist zu befürchten, daß Bier, Branntwein, Tabak, Mehl und Kohlen um mehr als den Betrag der Steuern verteuert werden. 400 Millionen Mark das sind rund 6,60 Mark pro Kopf, rund 33 Mark pro Familie von 5 Köpfen. Noch weiter wird die Belastung steigen, noch mehr wird die Arbeiterfamilie ihren Konsum einschränken müssen, noch größer werden die Opfer werden, die Krankheit und Tod infolge der Unterernährung fordern.

Das ist in normalen Zeiten. Jetzt wütet die Krise. Der Verdienst ist gesunken, das Einkommen ist gesunken. Nach Hunderttausenden zählen die Arbeitslosen, nach Millionen zählen die Arbeiter, deren Wochenlohn um 1/4, um 1/2 und mehr gesunken ist infolge der gefürzten Löhne und der Feierschichten. War in normaler Zeit schon Samsaltans Küchenmeister, so hat jetzt das bloße Elend sich in Millionen Arbeiterfamilien eingemischt.

Und in dieser Zeit der schweren Not kommen Hungersnotpreise, steigt der Getreidepreis zu abnormer Höhe, wird das Brot unerträglich teuer.

Und das Schändliche, das niederträchtige ist: diese Preise sind künstlich gesteigert durch die Brotwucherpolitik der herrschenden Clique.

Welch grenzenloser Hohn liegt darin: Millionen leiden unverschuldet unter der Krise, Millionen leiden, weil die wahnwitzige Wirtschaft des Kapitalismus die fleißigen Arme zum Ruhen zwingt, und während dieser Zeit des Elends rafften die Agrarier ungeheure Profite ein, indem sie sich das Korn weit über den Wert bezahlen lassen.

Die Not wird noch schlimmer werden. Die Krise ist noch nicht zu Ende. Hier und da zeigen sich kleine Ansätze zum Besseren, aber auf vielen Gebieten droht noch weitere Einschränkung der Produktion. Die Lebensmittelpreise aber steigen. Eine knappe Ernte steht bevor, das Brot wird teurer werden.

Gibt's kein Mittel, dem zu steuern? O doch! Da künstliche Mittel die Teuerung mit bewirkt haben, liegt es in unserer Hand, ihr entgegenzuwirken. Fast ist es zu spät. Die wahnwitzige Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, daß die reiche Ernte Deutschlands vom letzten Jahre ins Ausland ging. Die Regierung gewährt Ausfuhrprämien in Form der Einfuhrscheine, und deshalb hat man das Korn ausgeführt. Aber noch ist es möglich, den Preis zu drücken. Man hebe die Einfuhrscheine auf und beseitige die Zölle, dann muß das Korn billiger werden. Der Weizen kostet heute 270 M., der Roggen 198 M.; der Zoll beträgt 55 M. auf Weizen, 50 M. auf Roggen. Wird der Zoll aufgehoben, dann wird der Weizenpreis um ein Fünftel, der Roggenpreis um ein Viertel herabgesetzt. Wahrscheinlich um noch mehr, denn durch die Öffnung der Grenze würde den Spekulanten das Handwerk gelegt, die heute die Preise in Deutschland um mehr als den Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis gesteigert haben.

Die Krise verursacht Elend genug, es ist ein Verbrechen, das Elend noch durch den Drowucher zu verschlimmern. Deshalb

die Grenzen auf! Russenhetze.

Dresden, 11. Juni 1909. (Telegramm.) Auf Veranlassung der hiesigen königlichen Polizeidirektion sind die in den Scheimbundprozess verwickelten russischen Studenten aus Sachsen ausgewiesen worden.

Der Zweck der Dresdener Uebung ist erreicht: das Gericht hat der sächsischen Regierung die Bahn bereitet, auf der man, ohne den Anlaß gar zu deutlich vom Reime zu brechen, die „Scheimbünder“ über die Grenze schieben kann. Dabei hat dieser denkwürdige Prozess, der Königsberger Erinnerungen heraufbeschwor, keinerlei gefährliche Verbrechen oder auch nur Vergehen der neun angeklagten und an hundert Tage in Untersuchungshaft gesteckten russischen Studenten und Techniker entfällt. Wohl aber haben die Dresdener Verhandlungen vom Mittwoch und Donnerstag die alle deutsche Polizeiführung, das Reichsjustizamt und Liebedienern vor dem Jaren und den verantwortlichen seiner Kreaturen, neu erwiesen.

Wieder wollten sich die Wilder ab, die wir alle kennen, die uns so oft den Hals hoch emporschieben und die letzten kümmerlichen Reste der Achtung vor deutscher Kultur in Staub und Not verfallen ließen. Russischer Jugend wird — in Deutschland — als Verbrechen angesehen, was deutscher Jugend und deutschem Alter ungestraft freisieht: Austausch sozialdemokratischer Gedanken, Geld-

beschaffung für arme Studienkollegen, Verbreitung und Benutzung sozialistischer Schriften, die in Deutschland frei und offen verbreitet werden dürfen und die zum Teil sogar in Rußland nicht immer verboten gewesen sind!

Daß die Angeklagten Herrn Agens essen Schatten aus der Verurteilung importieren lassen, das war dem Gericht nicht angenehm. Auch Kriminalkommissar v. Arnim aus Berlin war nicht gerade zu beneiden, als er bekennen mußte, wie er die Wohnung eines landesvertriebenen Russen, der nichts verbrochen hatte, durchschnüffeln und die Photographie des jungen Arztes nehmen ließ. Zu welchem Zweck? — Auf die Frage, ob jene Photographie nicht vervielfältigt und an die russischen Grenzämter geschickt worden sei, glaubte Herr von Arnim jedenfalls die Aussage verweigern zu müssen. Und das genügt!

Wer die Gabe hat, einen deutschen Staatsanwalt zu bewahren, der kann dieses Gefühl dem Dresdener Ankläger, Herrn Dr. Rinde, in reichem Maße zuteil werden lassen; ist es doch all seinem Eifer, all seinem Fleiße nicht gelungen, eine hieb- und stichfeste Anklage gegen die „Scheimbünder“ zusammenzubringen, und so wagt sich das Richterkollegium — um nicht Wahrheitsbeweise zulassen zu müssen, die den Besthauch des russischen Spieß- und Provolateursumpfes hätten zum Himmel sinken lassen — gar oft in die liebliche Situation, als wahr zu unterstellen, was Angeklagte, Verteidiger, Zeugen, Sachverständige vorgebracht und eidlich zu erhärten bereit waren.

Es wäre zu empfehlen, daß die Verteidiger der Dresdener „Scheimbünder“ alle Beweisangebote sammelten, die dem Gericht angeboten und von diesem „als wahr unterstellt“ wurden —; eine schärfere Kritik der deutschen Polizeiführung und des russischen amtlichen Verbrechensthemas läßt sich nicht gut zusammenbauen. —

Der Zerfall der radikalen Partei.

Paris, 9. Juni. (Fig. Ver.)

Eine der wichtigsten politischen Wirkungen der Regierung Clemenceaus, die so viele Dinge aus dem Beharrungszustand geschleudert hat, ist der unerwartet rasche Zusammenbruch des Radikalismus. Sicherlich war dieser in dem Augenblick, da er die Mehrheit in der Kammer erlangt hatte und seine Zusagen, die er den in ihren Interessen am meisten entgegengekehrten Klassen gegeben hatte, einlösen sollte, der Auflösung geweiht, aber Clemenceaus reaktionäre Gewaltpolitik, die den kleinbürgerlichen Flügel der Partei mitriß und seine wahre Natur jäh demaskierte, hat den Auflösungsprozess außerordentlich beschleunigt. Vergebens haben die Ideologen der bürgerlichen Demokratie, vor allem Pelletan, ihre Jeremiaden über den verlorenen Idealismus immer wieder angestimmt. Die Realpolitiker, die Clemenceaus folgten, schätzten die kleinbürgerliche Abneigung gegen die Sonntagsruhe und gegen eine erhebliche Belastung durch die Altersversicherung, den im verschärften Klassenkampf in neuer Kraft erwachten militaristischen Patriotismus der Besitzenden höher ein als die Gerechtigkeitsphrasen der alten frommen radikalen Entart. Der offensichtliche Abfall der Arbeiterwähler, die unaussprechliche politische Revolte der Beamten brachten auch die persönlichen Wahlinteressen ins Spiel. Wenn, wie es jetzt den Anschein hat, das Ministerium Clemenceaus noch die kommenden Wahlen erlebt, ist es dann besser, als Regierungskandidat an die Einflüsse des Präfekten oder als unentwegter Wok-republikaner an die Solidarität der Linksparteien zu appellieren? Die Ungewißheit dieses Falls beeinflusst die politischen Stimmungen der radikalen Deputierten sehr merklich. Tatsächlich ist die radikale Partei, die im Land eine Einheit darstellt, im Parlament längst zerrissen. Ihr „radikal-sozialistischer“ Flügel bildet die bürgerliche Opposition, ihre gemäßigten Gruppen die eigentliche Regierungsgarde, zu der sich in allen entscheidenden Situationen die Hilfstruppen des Zentrums scharen. Die parlamentarische Einheit der bürgerlichen Linken ist auch für die Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen und des Arbeitsprogramms nicht mehr vorhanden. Die Mehrheit richtet nach dem Wunsch der Regierung die berühmtesten „Reformen“, die jahrzehntelang auf die Liste der radikalen Versprechungen standen, seelenruhig zugrunde, ohne auf die Bedenken und Vorhaltungen der Parteileitung zu hören, die draußen mit Schrecken die Fahnenlicht der Wähler sieht. Am 12. Mai, während des zweiten Poststreiks, hat das Exekutivkomitee der Partei ein Tadelsvotum für die Regierung beschlossen, und unmittelbar nach Beendigung des Streiks sollte in einer Interpellation über die allgemeine Politik Rechenschaft von ihr gefordert werden. Aber die Sache verließ im Sande, und der „Sieg“ über die Postbeamten schien die Regierungstreue der radikalen Deputierten noch gestärkt zu haben.

Run aber begann doch der Unmut der oppositionellen Parteielemente heftigere Formen anzunehmen. Er richtete sich vor allem gegen den Präsidenten des Exekutivkomitees, den Deputierten Vasserre, den eifrigsten Zutreiber der Regierung, der für die Außerachtlassung der Komiteebeschlüsse in erster Linie verantwortlich schien. Der Kongress der radikalen Föderation des Rhône-Departements beschloß ein Tadelsvotum gegen das Exekutivkomitee, und um das Gewicht dieses Beschlusses zu erhöhen, erklärten drei der angesehensten Komiteemitglieder, Herriot, Bürgermeister von Lyon, Pontelle, Deputierter, und Godurt, Senator, ihre Demission. Als unmittelbare Veranlassung des Beschlusses wurde angegeben, daß Vasserre dem Beschluß des letzten Parteitags entgegen die von der Regierung gewünschte

Abkehrung der Wiederherstellung des Disziplinartums fördere. Lafferre leugnet dies, aber in Wahrheit besteht der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen nicht nur in dieser Frage, sondern in der Stellung zur Regierung und zur Kleinbürgerlichen Sozialreaktion überhaupt.

Die Interpellationsdebatte über die allgemeine Regierungspolitik wird am 18. Juni stattfinden. Bis her weiß man nur, daß die geeinigten Sozialisten und die Rechte eingreifen werden. Wird die bürgerliche Linke sich zu einem einheitlichen Vorgehen aufraffen, so werden auch nur ihre oppositionellen Elemente ihre Entschiedenheit wiederfinden? Werden die papierenen Tadelresolutions eine stärkere Kraft beweisen als die bösen Papiere, von denen Clemenceau drohend die Siegel gelöst hat? Die Affäre des Hauptmanns Marx mit ihren parlamentarischen Ausläufern, die Affäre Dupont, in die der Exminister Thomson so unangenehm verwickelt und mit der die ganze Mistgrube der Marineffandale geöffnet wurde, scheinen mächtige Bürgerchaften für eine diskrete Methode der Opposition. Für das Proletariat aber macht es zuletzt nicht viel aus, ob der Radikalismus in hitigen Krisenkämpfen oder in sanfter Fäulnis zerfällt. Und die Sorge um eine mächtige, zielklare Klassenorganisation ist wichtiger als die um die moralische Verjüngung der bürgerlichen Demokratie.

Ekelhafter Patriotismus.

Eines der Mittel, die die Junkerkaste Preußens mit der ihr eigenen Konsequenz und Rücksichtslosigkeit gebraucht, um ihre Herrschaft über Deutschland aufrecht zu erhalten, die durch die ökonomische Entwicklung längst überholt ist, besteht in der sorgfältigen Auslese aller Staatsangestellten und besonders der Beamten. In Preußen braucht der Beamte viel mehr noch als Lässigkeit und Wissen die „staatsbehaltende“, d. h. die konervative Gesinnung. Der Fall Schäking hat neuerdings wieder bewiesen, wie rücksichtslos der regierende Ausschuss der Konserverativen, die preussische Regierung, ihre Macht anzuwenden versteht und gleichzeitig diese auszudehnen bemüht ist über die von ihr unmittelbar Angestellten hinaus auf die Organe der Selbstverwaltungskörperschaften. Besonders Gewicht wurde auch von jeher gelegt auf die Erhaltung des „guten Geistes“ in den Universitäten und bei der Ernennung der Professoren spielt besonders auf dem Gebiete der sozialen Wissenschaften die Gesinnung eine Hauptrolle. Man kennt auch die Folgen: Die Freiheit der Wissenschaft hat auf preussischen Universitäten längst keine Stätte mehr, dafür ist aber ein Strebertum entstanden, das den Mangel an wissenschaftlichen Leistungen durch den Eifer ersetzt, mit dem er gute Gesinnung prätendiert. Es sind die Professoren, die immer zur Stelle sind, sobald die Regierung „wissenschaftliche“ Argumente für die Politik verwenden will, die ihr die gewünschten Beweise liefern für ihre Protomacher-, Kolonial- und Flottenpolitik, wie sie bereit wären, nach Bedarf auch das Gegenteil zu erweisen. In neuerer Zeit nahmen auch jene Leute unter den Professoren zu, die von Geburt oder aus Neigung oder aus Berechnung in immer engerer Beziehung zu bestimmten Interessentenkreisen des Reiches treten und ihre „Wissenschaft“ zum großen Vorteil ihrer Karriere in den Dienst der Politik des großindustriellen Scharfmacheriums oder der agrarischen Ruffahrt stellen. Das sind auch jene Leute, aus denen die berühmten „Straßprofessoren“ für die wegen ihrer sozialpolitischen Ueberzeugungen verdächtigen Professoren rekrutiert wurden.

Um so angenehmer berührt es, auch einmal eine Ausnahme zu entdecken und aus dem Munde eines deutschen, wenn auch nicht eines preussischen Professors ein paar entrüstete Worte über den Skandal der preussischen politischen Zustände zu hören. Prof. Alfred Weber (Heidelberg), der sich mit seinem Bruder Max seit Jahren bemüht, durch eine Organisation der Hochschullehrer der überhandnehmenden Korruption der Universitäten zu steuern, hat gestern in einer Protestversammlung gegen die Finanzpläne der Kommission, die von dem Vorkommnis der Berliner Kaufmannschaft veranfaßt worden, gesprochen und dabei über die Regierung und ihre Auftraggeber, die Agrarier, folgendes gesagt:

„Wenn man unserer Regierung nachsagt, daß sie einen Tropfen nicht demokratischen, sondern nur liberalen Dels habe, so mache man ihr schon ein zu großes Kompliment. Die Regierung sei geradezu unglaublich bemüht, es mit ihren nächsten Freunden, den Agrariern, nicht zu verderben. Die gerechteste Steuer, die es gebe, sei die Erbschaftsteuer, zumal sie erst eine Erbschaft von 20 000 M. aufwärts besteuere. Seit 25 Jahren stehe man vor dem Schlagwort von der „Notlage der Landwirtschaft“. Graf Kanitz bezeichnete bei Befürwortung seines Antrages auf Einführung des Getreidemonopols 180 M. als den Idealpreis für Roggen. Dieses Ideal sei heute nicht nur bereits erreicht, sondern weit überschritten. Angesichts dieser Tatsache sei es entweder eine Dummheit oder richtiger eine Unverschämtheit, von der „Notlage der Landwirtschaft“ zu sprechen. Der König von Preußen sei, durch die Verhältnisse gebrängt, genötigt gewesen, zu versprechen, daß Dreiklassenwahlrecht zu erweitern. Die Junker fürchten aber dadurch eine Vereinträchtigung ihrer Herrschaft. Sie wollen allein im Staate regieren. Nicht der Bauer sondern der Großgrundbesitzer macht die Gesetze im preussischen Herrenhause. Diese Leute haben eine patriotische Maske vorgebunden und die Regierung, soweit wir überhaupt noch eine Regierung haben, ist bemüht, den Junkern diese Maske zu halten. Diese Art von Junkern, die jeden an den Schandpfahl der Vaterlandslosigkeit stellen, der nicht in ihren patentierten Maskenpatriotismus einstimmt, der nicht bloß den Patriotismus in Kaiser-Geburtsstagesessen und dem Gesange „Heil dir im Siegertranz“ bezeugt, diese Klassenherrschaft ist geradezu ekelhaft! Die Junker haben drei Aufgaben: 1. die Zurückdrängung der Kulturentwicklung, 2. die Vermehrung der Armut und 3. die Auspflanzung ihrer Profitinteressen. Diese Gesichtspunkte leiten die polnisch-kerikal-konervative Rumpfkommision bei ihren Steuerbeschlüssen. Das deutsche Volk muß wie ein Mann aufstehen und sich mit allen Kräften gegen diese Junkerherrschaft wehren!“

Das alles ist gewiß nicht neu. Aber es ist doch ganz nützlich, wenn das von einem Kollegen der Herren gesagt wird, die an der Verbreitung dieses „ekelhaften Maskenpatriotismus“ nicht am wenigsten Schuld tragen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni 1903.

Das Ende der Finanzministerkonferenz.

Die Beratungen der Finanzminister der Einzelstaaten über die neuen Steuervorschläge sind beendet. Donnerstag abend 10 Uhr waren die Herren mit ihrer Arbeit fertig und die für Freitag vorgesehene Sitzung konnte unterbleiben. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird offiziell mitgeteilt, daß die vom Reichsschatzamt ausgearbeiteten Entwürfe über eine Erbschaftsteuer und mehrere Änderungen des Stempelsteuergesetzes (Wörtensteuer) genehmigt wurden; dagegen wurde von der Einbringung einer Reichswertzuwachssteuer beim Reichstage

Abstand genommen. Die von der Finanzkommission des Reichstages beschlossene Rotierungssteuer wurde abgelehnt. Bezüglich der sonstigen Vorschläge der Kommission (Steuer auf Parfümerien, Zündhölzer, Glühkörper usw.) sollen die Reichskassen des Reichstages abgewartet werden. In dieser Beziehung hatte das Reichsschatzamt eigene Entwürfe nicht ausgearbeitet. Die Vorlagen werden am Montagabend im Reichstage verteilt werden.

Wie ein offizielles Berliner Telegramm der „Alln. Zeitung“ meldet, soll sich im allgemeinen eine große Uebereinstimmung in der Auffassung der Lage und in den zu ergreifenden Maßnahmen herausgestellt haben. Man dürfe mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Reichskassen im Bundesrat ebenfalls angenommen werden. Die „Alln. Ztg.“ meint, daß diese Steuern, wie alle Steuern, die Betroffenen vielfach drücken; indessen müsse anerkannt werden, daß die Regierung auf diesem Gebiete ihre Forderungen gehalten und keine Steuern vorgeschlagen hat, welche Handel, Verkehr und Industrie in unerträglicher Weise schädigen oder die Transaktionen dauernd belästigen. Die Wertzuwachssteuer erfordere so sorgfame und schwierige Vorarbeiten, daß sie für die Finanzreform gar nicht in Frage kommen könne.

Eine brüderliche Ohrfeige.

Die jüngste Wahnsinnsausgeburt des preussischen Dreiklassenhauses hat der „große Bruder“ am Donnerstag ins Jenseits befördert. Die Finanzkommission der „Ersten Kammer“ lehnte mit allen Stimmen gegen eine den Fahrstuhl ab! Wir finden diese Geschichte durchaus nicht erkaunlich. So blödsinnig-reaktionär, so verbohrt volksfeindlich wie die derzeitige Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus kann eben kein zweites Parlament der Welt sein. Beim allerbesten Willen nicht! Da muß sogar das königlich-borussische Herrenhaus beschämt die Segel streichen.

Das Recht auf Mogelei.

Neben dem Motiv, sich seine Nachstellung zu erhalten und die in der letzten Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtages angekündigte Wahlrechtsreform in Preußen zu verhindern, treibt das Junkertum zu seinem Widerstand gegen die geplante Erbschaftsteuer die Verstrickung, daß durch die Nachlassfeststellungen die gewerbmäßigen Steuerbetriebe so mancher Sprödlings aus „edlem“ Hause festgesetzt werden könnten — und das Recht auf Steuerumgelei betrachten die meisten Junker als eines ihrer wichtigsten durch die allpreussische Tradition geheiligten, unüberäußerlichen Menschenrechte.

In welcher Weise sich die opfertwilligen Patrioten ihren Steuerpflichtigen zu entziehen wissen, beweist folgendes vom „Dresdener Generalanz.“ mitgeteilte Beispiel:

„Der Besitzer des im Kreise Dresden gelegenen Rittergutes mit Anzuchtbesitz Wasselsdorf, Herr Oberstleutnant a. D. und Kammerherr v. Bohrsch, dem 200 Morgen Fläche gehören, davon über die Hälfte Acker, 240 Morgen Wiesen, 800 Morgen Holzungen, 32 Morgen Park und Gärten und außerdem eine Brennerei, — also ein stattliches Gut mit einem Grundsteuer-Neinertrag von 8707 M. ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, mit 6 M. zur Einkommensteuer veranlagt. Wie ist diese Veranlagung zustande gekommen? Dem gefunden Menschenverstande wird diese Frage völlig unbeantwortet bleiben.“

Auch im Trebnitzer Kreise ist, wie daselbe Blatt meldet, die Zahl der Rittergutsbesitzer, die keine oder sehr wenig Einkommensteuer zahlen, sehr bedeutend. Damit nun niemand im Kreise den Rittergutsbesitzern nachrechnen könne, wieviel Einkommensteuer die Besitzer zahlen, hat der Herr Landrat des Kreises Trebnitz die Einreichung getroffen, die Höhe der zu erhebenden Kreisabgabe nicht wie früher im Kreisblatt bekannt zu geben, wonach man mit Leichtigkeit die vom Rittergutsbesitzer zu zahlende Steuer ausrechnen konnte, sondern die Kreissteuern werden den Herren Rittergutsbesitzern persönlich brieflich mitgeteilt. Die Kreisabgaben der Gemeinden werden nach wie vor im Kreisblatt publiziert. Wo ist hier das gleiche Maß? Nur die Beamten, namentlich die öffentlichen, deren Einkommen festgesetzt ist, müssen Heller und Pfennig versteuern, jeden Trunk und jede Zigarre vom Gehalt, nicht bloß indirekt, sondern auch im Gesamteinkommen direkt versteuern. In Langenau besitzt der Rittergutsbesitzer Max Gräber, der eine Tochter des reichen Schottländer aus Münsterberg, eine Nichte des Dresdener Erbprinzen-Schottländer zur Frau hat, ein Rittergut, das circa 1800 Morgen groß ist, auf dem sich eine große Flegel befindet. Dieser Herr ist noch nicht so hoch zur Einkommensteuer eingeschätzt, wie seine Hofnechte; er ist einfach frei, obwohl er einige Vermögenssteuer zahlt. Er hält sich wohl zehn Aufschensperde, zwei Kühe, gibt Festlichkeiten, scheidt seinen einzigen Sohn alle Tage per Wagen aus ein Dresdener Gymnasium — und doch keine Einkommensteuer! Das ist geradezu ein Witz. Die Gewerbetreibenden, wie Kaufleute, Gastwirte, Handwerker werden in der Einkommensteuer alljährlich in die Höhe getrieben, aber der Rittergutsbesitzer bleibt steuerfrei.

Die Renten des Zentrumsherrn.

Beim letzten Reichstagswahlkampf im westfälischen Kreise Ladinghausen-Warendorf war ein rührender Anblick, wie der Zentrumskandidat, der 400 Millionen schwere Herzog von Arenberg, überall öffentliche Versammlungen abhielt, um sich als „Sohn des Volkes“ vorzustellen. Erhielt er auch bei der Wahl 8000 Stimmen weniger als sein Vorgänger, so kann er immerhin jetzt für die Spahn und Konforten eine stattliche „Schloßbrücke“ bilden und dem Zentrum in Berlin ein schönes Haus bauen. Die Eignung des Herzogs aber für die Vertretung all der kleinen Landwirte, Handwerker und christlichen Arbeiter, mit Feuer und Flamme für seine Wahl einzutreten, wird in überaus charakteristischer Weise durch den soeben erschienenen Geschäftsbericht des bekannten Jochenkomplexes Hibernia für 1903 beleuchtet. Unter den Ausgaben für Steuern und Gefälle findet man nämlich folgende Posten:

Bergwerkssteuern für die Zeche Schlägel und Eisen für den Herrn Herzog von Arenberg 118 040 M.
Bergwerkssteuern für die Zeche General Blumenthal für den Herrn Herzog von Arenberg 92 984 M.

Zusammen sind das also 211 024 M. reine Gefälle für den Herzog; hingegen betragen die reinen Staatssteuern nach dem Geschäftsbericht nur 163 350 M. bei der Hibernia.

Woher dieser Goldstrom, der dem Herzog alljährlich in die Taschen fließt? Es handelt sich um eines jener feudalen Privilegien, von denen sich noch eine ganze Anzahl bis in unsere Tage hindergestellt haben. Gemeinsam mit dem preussischen Staat sind die Herzöge v. Arenberg Inhaber des Vergewalts in dem ehemaligen Herzogtum Arenberg, das 1815 unter preussische Hoheit kam und zu dessen einstigem Voden Stadt- und Landkreis Neulinghausen gehören, wo diese Zeche der Hibernia liegen. Der Herzog hat das Recht, ohne weiteres eine Abgabe für jede auf diesem Gebiete erzeugte Tonne Kohlen zu fordern! Jetzt soll es sich im ganzen um einen Betrag von über 800 000 Mark handeln. Da die industrielle Entwicklung in jenen Gebieten ständig im Wachsen begriffen ist und die Kohlenförderung ganz rapide steigt,

so kann man die Erlöse der Zeche für das von den Vätern ererbte Privileg ungefähr begreifen.

Und wie ein Löwe kämpfte er auch darum! Vor einer Anzahl von Jahren haben nämlich die verpöchteten Werke versucht, die sonst im Oberbergamtsbezirk Dortmund unbekanntes Loth abzuschütteln und die Gerichte zur Entscheidung anrufen. Bei ihrem Einspruch beriefen sie sich unter anderem auch auf die Mißliche Steuergesetzgebung von 1892/93, wonach auch der Fiskus keine Steuerabgaben mehr von den Kohlegruben erheben kann. Alle Instanzen aber entschieden für das Arenbergische Privileg; die Zechen müssen also weiter zahlen. Wie unangenehm das den Zechenherren sein muß, kann man an der großen Zahl der in Frage kommenden Bergwerke ermessen. Neben den Zechen Schlägel und Eisen und General Blumenthal sind nach Mitteilungen der westfälischen Presse noch folgende die Leidtragenden: Zeche Neulinghausen und Hugo der Harpener Gesellschaft, Graf Moltke und Nordstern der Gesellschaft Phönix, Prosper der Arenbergischen Gesellschaft, und die Gewerkschaften König Ludwig und Ewald; dazu sind noch in letzter Zeit die Zeche Auguste Viktoria (Vereinigte Farbenwerke) und Emischer-Tippe (Krupp und Norddeutscher Lloyd) gekommen, und ferner sind noch eine ganze Anzahl neuer, reiche Erträge versprechender Bergwerke im Werden begriffen. Unter diesen Umständen ist die Rechnung nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß der Herzog jährlich weit über eine Million Mark einnimmt, lediglich auf Grund eines längst überlebten Privilegs.

Vorläufig ist aber der Herzog sicher. Preussische Richter haben dieses Stückchen Mittelalter mitten im modernen Großkapitalismus für zu Recht bestehend erklärt und niemand darf daran rütteln. Und mag der Herzog geahmt seine Millionen in Deutschland verzehren, mag man zehnmal mit der Wünschelupe nach frisch fließenden Steuerquellen suchen — solange man aus dem Volke noch etwas herausquetschen kann, bleiben die Arenberger verschont. —

Steuerhumor.

Dem soeben erschienenen Korrekturabzug des vom Abgeordneten Raab bearbeiteten Berichts der Finanzkommission über die Matrizenbeiträge, Schuldentilgung, Fahrtensteuer, Zudersteuer und Abkündigung der Unfallversicherungsrenten ist u. a. eine Anlage beigegeben, die „Steuervorschläge, die direkt bei der Kommission eingegangen oder vom Reichstag überwiesen worden sind“, enthält.

Hier der Inhalt dieser Anlage, die in den ersten Steuerkämpfen auch den Humor zu seinem Rechte kommen läßt:

Abgelesen von den Vorschlägen, die sich auf die von der Regierung vorgeschlagenen oder in der Kommission sonst zur Sprache gekommenen Steuern beziehen, ist dem Reichstage noch eine Reihe anderer Projekte aus den verschiedensten Teilen des Reiches, zum Teil auch aus dem Auslande unterbreitet worden und zwar:

- Besteuerung von Luxusartikeln wie: Samt- und Seidenwaren, Brillanten, Perlen, Gold- und Silberwaren, Kunstmöbeln, Teppichen, Portieren, Luxuswagen, Pferde, Hunde, Katzen, Klavieren, Grammophonen, Ansichtskarten,
- Besteuerung von Schirmen und Stöcken durch Wanderrolle, desgleichen von Papier, Feuersteinen, Gips, Schaufenstern (pro 9 M.), Wohnungsfenstern,
- eine Reichswohnungssteuer, insbesondere eine Besteuerung von Luxusimmern und -häusern,
- eine Vereinssteuer, besonders für Vergnügungsvereine (je nach Mitgliederzahl),
- ein Eintrittskartenstempel,
- eine Reichsgesellschaftsteuer,
- eine Lantiensteuer,
- eine Couponsteuer,
- eine Reichsgeschäftssteuer für alle selbständig verdienenden Personen,
- eine Rentiersteuer,
- eine Besteuerung der Rabattvereine und ihrer Verlosungen,
- eine Besteuerung der Lotteriegewinne,
- eine Besteuerung des Klavierspiels, wenn es nicht zum Brot-erwerb geschieht,
- Besteuerung der Blausektion,
- Einführung von Reichsjagdskellen und Reichsradfahrkarten,
- Uebnahme des Bergbaus auf das Reich,
- Verstaatlichung der Notariatsgeschäfte,
- eine Reichsmpfsteuer (als Entgelt bei einer einzuführenden Befreiung vom Impfwang),
- ein Reichszeitungstempel (1 Pf. pro Exemplar),
- Besteuerung der Belästigung durch Rauch und Ruf,
- eine Pfeffersteuer (Kartoffeln, Bilsard, Regel, Sachspiel u. dergl.),
- eine Menschengewichtssteuer (für alle Personen über 200 Pfund),
- eine Erstgeburtsteuer,
- Besteuerung der Kinderlosigkeit für Personen beiderlei Geschlechts über 40 Jahre,
- Besteuerung der Ausländer nach Art der Kurtagen,
- eine Dienstbotensteuer,
- eine Sammelabgabestempelgebühr bei Zusammenladung mehrerer Güter zum Eisenbahntransport zwecks Erreichung billiger Frachten,
- ein Reichsmonopol auf Imprägnierungsmittel, mit denen alles Rugholz zum Zweck der Unverbrennbarkeit zwangsweise anzustreichen ist,
- desgleichen auf Eisenbitrol, mit dem sämtliche Worte geruchlos zu machen sind,
- Eingehung eines Teiles der Trinkgelder in Restaurationen, Hotels u. dergl. vom Gast zu Reichszwecken,
- eine Besteuerung der Wasserwerke nach Pferdestärken der Wasserkraft,
- Verzögerung der Pension bei Offizieren, die das notwendige Einkommen aus eigenen Mitteln aufbringen können,
- und endlich die zindbare Anlegung des Reichskriegsschatzes.*

Liberaler Dank an die Volksschullehrer.

Die Liberalen in Oberfranken sorgen dafür, daß ihre getreuesten Schildknappen bei allen erdenklichen Wahlen, die Volkschullehrer, nicht mehr zur Ruhe kommen und ein Akt der Opposition gegen liberale positive Politik dem anderen folgt. In Kulmbach, der liberal verwalteten fränkischen Biermetropole, hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung Beschlässe gefaßt, die nicht nur in Lehrkreisen, sondern bei jedem Freunde der Volksschule Entrüstung hervorgerufen müssen.

Es war bei Beratung des Disziplinarstatuts für Neueregierung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer. Der Passus, daß die Lehrer, die die Anstellungsprüfung bestanden, nach dreijähriger Tätigkeit in Kulmbach das Definitivum erhalten sollen, tief merkostandigweise die höchste Entrüstung und den heftigsten Widerspruch liberaler Mäße hervor. Die Furcht, durch diese Bestimmung den Stadtsäckel zugunsten der Volksschule etwas stärker als bisher zu belasten, ließ die Herren „alle Hände frömmel Schen“ abstreifen, und der Schularat, der für die Lehrer eine Lange brach und darauf hinwies, daß bei längerer Verweigerung des Definitivums gute Lehrkräfte von Kulmbach fernbleiben werden, mußte Argumente hören, die der gewöhnliche Arbeiter bei seinen Differenzen vom rücksichtslossten und brutalsten Unternehmern zu hören gewohnt ist.

„Wem's nicht paßt, mag gehen,“ äußerte einer der Herren Mäße mit Bezug auf die Lehrer.

Mit Wut und Rot kam schließlich ein Beschluß zustande, wonach die definitive Anstellung eines Lehrers nach dreijähriger Tätigkeit erfolgen soll, „wenn ein Bedarf vorhanden“!

Es kam aber noch besser! Der Entwurf enthielt den rechtlich gewiß unhaltbaren Passus, daß jeder Lehrer verpflichtet sei, für einen oder frankten oder beurlaubten Kollegen dessen Schul-

Klasse neben der eigenen drei Wochen lang ohne jede Vergütung mit zu versehen. Den liberalen Stadtbauern ging das noch nicht einmal weit genug. Sie beschloffen, die Zeit, während der ein Lehrer ohne jede besondere Vergütung zwei Schulklassen zu versehen hat, auf vier Wochen auszuweihen, ein Beschluß, der unter dem Widerspruch des Schulkollegiums gefaßt wurde.

Ob den Volksschullehrern, die sich mit wenigen Ausnahmen allzeit dienstfertig an den liberalen Parteikarren spannen liegen, allmählich ein Licht aufgeht und sie merken, wo ihrer und der Volksschule der Platz zu suchen ist?

Protest der Hamburger Volksschullehrerschaft.

Der 2300 Mitglieder umfassende Verein der Hamburger Volksschullehrerschaft: Die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, hielt Mittwoch, den 9. Juni, eine starkbesuchte Versammlung ab, in der der Lehrer Rudolf Roth, Redakteur der „Pädagogischen Reform“, einen Vortrag über Lehrermaßregelungen und Lehrerrecht hielt. Der Redner legte die rechtliche und praktische Unhaltbarkeit der bestehenden Statutenbestimmungen dar und verlangte mit erfreulicher Entschiedenheit die volle, gesetzlich gestützte Unabhängigkeit der Lehrer in politischer Beziehung. Er legte eine Resolution vor, in der es heißt: „Die „Gesellschaft“ erhebt nachdrücklich die Forderung, daß dem Lehrer außerhalb seiner amtlichen Tätigkeit der volle, ungeschmälerete Besitz seiner staatsbürgerlichen Rechte gewährleistet werde. Im besonderen darf aus der amtlichen Stellung des Lehrers nicht das Verbot seiner Zugehörigkeit zu irgend einer politischen Partei abgeleitet werden.“

Zur Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer hält die „Gesellschaft“ eine Reform der Disziplinar-gesetze für notwendig, wobei hauptsächlich auf folgende, in den Disziplinalgesetzen einzelner Bundesstaaten zum Teil schon verwirklichte Forderungen Gewicht zu legen ist:

- a) Die geheimen Personalakten sind zu beseitigen; Berichte über seine amtliche Tätigkeit sind dem Lehrer zur Einsichtnahme vorzulegen.
- b) Gegen die von der Behörde verhängten Ordnungsstrafen darf der Lehrer Berufung bei den Disziplinargerichten einlegen.
- c) In den Disziplinargerichten sind Lehrer als Weisiger hinzuzuziehen. Außer ihnen dürfen nur ordentliche Richter bei der Entscheidung mitwirken.
- d) Die Hauptverhandlung sei öffentlich.
- e) Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens.

Die Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Außerdem beauftragte die Versammlung den Vorstand der Gesellschaft, beim geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Lehrervereins in Berlin die Sammlung größerer Geldmittel zur materiellen Unterstützung gemahreger Lehrer anzuregen.

Die Deserteur, die zu dem deutsch-französischen Zwischenfall Anlaß gegeben hatten, wurden vom Kriegsgericht, wie aus Casablanca telegraphisch gemeldet wird, verurteilt und zwar vier zu fünf Jahren, einer zu acht Jahren und einer zu zehn Jahren Gefängnis und zur Degradation.

Oesterreich.

Für den Achtsundentag.

Wien, 11. Juni. Von dem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde eine Resolution des Sozialdemokraten Witzel, der die achtsündige Arbeitszeit in den galizischen Kohlwürken wünscht, mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen. Eine Resolution Diamands, welche verlangt, daß dem Staate die Gewinnung von Kohöl vorbehalten bleibt, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Frankreich.

Eine lächerliche Polizeimache.

Paris, 11. Juni. Wie verlautet, sind die gestern vorgenommenen Hausdurchsuchungen durch folgenden Vorfall veranlaßt worden: Vor kurzem wurden bei Bölle (Departement Jura) zwei Leute in dem Augenblick festgenommen, wo sie am Fuße einer Telegraphenstange eine Bombe (H) niederlegen wollten. Bei einem der beiden wurde ein Brief vorgefunden, in dem es heißt, man müsse für die Kameraden von der Post etwas Grobes unternehmen. Dem Brief lag ein Rundschreiben bei, in dem Mittel zu wirksamer Zerstörung der Telegraphenlinien angegeben waren. Unter den Leuten, bei denen gestern Hausdurchsuchungen abgehalten wurden, befanden sich mehrere Royalisten, unter ihnen ein gewisser de Voever, der vor einigen Monaten wegen des Versuches, das Jola-Denkmal zu zerstören, verhaftet worden war. Die Revolutionäre behaupten, die Regierung wolle die Royalisten nur deshalb in diese Angelegenheit verwickeln, um den Anschein zu erwecken, wie wenn sie einer antirepublikanischen Verschwörung auf die Spur gekommen wäre. Die Revolutionäre, bei denen gestern Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, versammelten sich abends bei ihrem Rechtsanwält Bouzon und beschloffen, jede Antwort zu verweigern, falls sie als Beschuldigte oder Zeugen vor den Untersuchungsrichter geladen werden sollten.

England.

Annahme der neuen Steuern.

London, 10. Juni. Unterhaus. Die zweite Lesung der Finanzbill ist heute mit 388 gegen 208 Stimmen angenommen worden. Die Widerheit bestand aus den Unionisten und den Nationalisten, die Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten für das Budget. Im Laufe der Debatte führte Premierminister Asquith aus, die Regierung habe in dem Budget gefaßt, die nötigen Mittel aus den Quellen zu schaffen, die sie erschließen könne, ohne den Wohlstand mit Strafe zu belegen, ohne die Industrie zu belästigen und ohne notwendige und einfache Genüsse des Volkes zu beeinträchtigen. Die Regierung glaube, der Hauptteil der Last werde auf die Schultern fallen, die sie am besten tragen könnten. Asquith schloß mit der Aufforderung, die Opposition möge einen gerechteren und besseren Weg zeigen, als den vorgeschlagenen.

Türkei.

Die Aretasfrage.

Konstantinopel, 10. Juni. Die gesamte hiesige Presse beschäftigt sich fortwährend mit der Aretasfrage. Spricht jedoch nicht mehr von Gewaltmaßnahmen. Trotz Versicherungen von türkischer Seite neigen alle politischen Kreise der Ansicht zu, daß das Auslaufen des türkischen Geschwaders wegen der Aretasfrage auch demokratischen Charakter habe. Es verlautet, daß die diplomatischen Vertreter der Schuttmächte sowohl in Athen als auch hier Mahnung in der Aretasfrage anempfehlen.

Die Fällung des im Bildis aufgefundenen Vorgeleges durch die Dank Litomans ergab 487 947 Pfund.

Die Expedition gegen Albanien.

Konstantinopel, 11. Juni. General Nisibid hat seine militärische Aktion gegen die Reaktionen Albanien wieder aufgenommen, nachdem er vorher seine Gebirgsbatterien mit Schnellfeuergeschützen und Maschinengewehren, die aus Mitrowiza eingetroffen

sind, ausgerüstet hat. Am Montag wurde eine Expedition in das schwierige Berggebiet Malissa mit 4 Bataillonen und 14 Geschützen unternommen. Es wurden verschiedene Dörfer besetzt und von den Höhen des Casa Morin die Beschließung der albanesischen Küsten begonnen. Die Expedition wird erfolgreich fortgesetzt. Nach einer griechischen Nachricht hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen Truppen und Albanesen unter Jzjet Jahar in Berat stattgefunden. Die Truppen hatten zwölf Tote und siebzehn Verwundete, die Albanesen zwei Tote. Die Meldung bedarf noch der Bestätigung.

Zu den Meutereien in Kleinasien.

Ueber die Haltung der Jungtürken zu den Vorgängen in Armenien wird uns aus Genf geschrieben:

Alle Bemühungen der türkischen Behörden haben den Zweck, jede fremde Intervention zu vermeiden. Deshalb haben sie anfangs die Armenier als die Schuldigen angeklagt. Diese merkwürdige Behauptung gründeten sie darauf, daß während der ersten Meutereien in Adana fast ebensoviel Mohammedaner als Armenier getötet worden wären. Aber dies zeigt nur, daß auch noch die Jungtürken es als selbstverständlich betrachten, daß die Armenier sich widerstandslos massakrieren lassen. Deshalb wird jetzt der lächerliche Widerstand der armenischen Bevölkerung als ihre Schuld betrachtet. Gegen diese schreiende Ungerechtigkeit haben auch mehrere ausländische Augenzeugen der blutigen Ereignisse protestiert und den türkischen Vöbel wahrheitsgemäß als Angreifer bezeichnet. So waren die Türken genötigt, ihre frühere Haltung zu ändern, und im „Temps“ hat die türkische Botschaft in Paris erklärt, es wären die Türken und die Armenier in gleicher Weise schuldig. Danach handelten auch die türkischen Behörden, und so wurden in Adana außer den Türken auch noch 250 Armenier verhaftet. Diese unaufrichtige Politik der Jungtürken, die die Gleichheit aller Völker der Türkei nur theoretisch anzuerkennen scheinen, hat in der armenischen Bevölkerung eine gerechte Enttäuschung hervorgerufen. Die Redaktion des Genfer „Droschal“ hat auch im „Temps“ und anderen Zeitungen die tendenziöse Erklärung der türkischen Botschaft auf Grund vieler Tatsachen widerlegt. Dies scheint auf die türkischen Regierungskreise eine gewisse Wirkung ausgeübt zu haben, und der türkische Minister des Innern berichtigte kürzlich durch den Genfer Konsul der Redaktion des „Droschal“, die Regierung klage die Armenier nicht an und ergreife alle notwendigen Mittel, um die Schuldigen zu bestrafen; ebenso hat der Premierminister Hilmi Pascha in seiner Programmrede die Ereignisse in Cilicien als das Werk des alten Regimes bezeichnet. Leider geben sich Hilmi Pascha und die maßgebenden Kreise nur den Schein, als ob sie wirklich die wahren Anstifter der Adanaer Schreden ermittelt hätten und sie zu bestrafen bereit wären. Dagegen sprechen die zahlreichen Verhaftungen, die unter den Armeniern vorgenommen sind, die die Selbstverteidigung organisierten und auf diese Weise die armenische Bevölkerung vor der vollständigen Vernichtung schützten; es ist auch sehr verdächtig, daß in den Orten, wo der Widerstand der Armenier am heftigsten war, z. B. in Tschort-Marwan, und auch dort, wo die Armenier dank ihrer Tapferkeit unversehrt blieben, wie z. B. im bekannten Zeitun, Versuche gemacht werden, die Bevölkerung zu entwaffnen. Glücklicherweise haben der englische und der amerikanische Konsul die Verwirklichung dieser Absicht vorläufig verhindert, weil sie sehr gut wissen, daß die Entwaffnung der Armenier allein nichts anderes bedeute, als ihre Auslieferung an gut bewaffnete Mohammedaner, deren Meuterei noch ein Werkzeug in den Händen der Reaktionen ist.

Das einzig Richtige, das die jungtürkische Regierung machen könnte, wäre die Entwaffnung der mohammedanischen Bevölkerung, nach deren Durchführung die Armenier kein Bedürfnis nach Waffen mehr empfinden würden. Auch die Beschuldigung der Armenier wegen ihrer Selbstverteidigung müßte unterlassen werden. Denn die Selbstverteidigung gegen die Reaktionsarmee ist eine Tugend, und es wäre schändlich, diese Tapferen als Mörder zu verurteilen.

Persien.

Neue Reibungen.

Teheran, 11. Juni. Das Veröhnungskomitee hat dem Schah ein Wahlgesetz unterbreitet, das für die Provinzen die Wahl von Abgeordneten unabhängig von ihrem Domicil in dieser oder jener Provinz beantragt. Dies bezweckt die Wiederwahl früherer Abgeordneter und die Wiederherstellung der Partei Sami ed Dauleh. Das Komitee lehnte die Ausarbeitung des Wahlgesetzes für den Senat ab und besteht darauf, daß zuerst das Wahlgesetz allein eröffnet werde. Dieser Standpunkt erzeugt Reibungen zwischen dem Komitee und dem Premierminister, der die gleichzeitige Eröffnung des Reichstages und des Senats verlangt und darauf besteht, daß jede Provinz durch dort lebende Abgeordnete vertreten sei. Die nach Tabriz entsandte Truppenabteilung ist hierher zurückgekehrt.

Die türkischen Truppen.

Konstantinopel, 10. Juni. Der persische Votschafter hat heute bei der Porte Schritte wegen Zurückziehung der türkischen Truppen aus den von ihnen besetzten persischen Orten unternommen. Der Großwesir erklärte, daß nur wenige Soldaten zum Schutz des türkischen Konsulats sich in Urma befinden und daß diese sich zurückziehen würden, sobald sich die Lage beruhigt habe. Die Porte habe nicht die Absicht, persisches Territorium zu besetzen.

Unruhen.

Teheran, 11. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Resched werden große Unruhen gemeldet, die am 7. Juni damit begonnen haben, daß Revolutionäre im Gebäude der Endschumen den Chef der Polizei erordeneten. In Resched treiben Räuber ihr Wesen; ein Anschlag auf den Generalgouverneur, der sich auf dem Wege nach Resched befindet, wird bestrahlt. Beim Schießen in der Stadt flohen die Kugeln auch bis zum russischen Konsulatsgebäude. Es herrscht völlige Anarchie. Den Europäern droht Gefahr.

Amerika.

Samuel Compers Studienreise.

Der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes schiffte sich am 19. Juni in New York ein, um eine dreimonatige Reise nach Europa zu unternehmen. Er wird dem englischen Gewerkschafts-Kongress sowie der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre beiwohnen, die im August in Paris oder London stattfinden wird. Herr Compers wird England, Frankreich, die Schweiz, Italien, Oesterreich und auch Deutschland besuchen. Herr Compers, der sich bekanntlich im schroffen Gegensatz zu unseren amerikanischen Genossen befindet, von der Sozialdemokratie, überhaupt von einer selbständigen Arbeiterpolitik nichts wissen will, ist ausgerüstet mit Empfehlungsschreiben der Regierung der Vereinigten Staaten an die amerikanischen Konsulate und sonstigen Behörden.

Die Rev. Porter „Volk-Zeitung“ richtet am Abschied an Herrn Compers die Mahnung, über die europäische Arbeiterbewegung sich von der einen Seite informieren zu lassen. „Und zwar legen Sie, rät das Blatt, allen dortigen Arbeiterführern von einiger

Bedeutung die eine Frage vor: ob sie mit Erfüllung ihrer Forderungen für die Arbeiterklasse auch nur annähernd so weit gekommen wären, wie sie es tatsächlich sind, wenn sie nicht als unabhängige sozialistische Arbeiterpartei das politische Feld betreten hätten?“

Wir können uns dem Wunsche, die ausländischen Arbeiterführer möchten sich nicht immer nur von Personen führen lassen, die ein Interesse daran haben, nur die glänzenden Seiten zu zeigen, nur anschließen.

Aus der Partei.

Zum Organisationsentwurf

nahm am Donnerstag eine Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation Stellung. Nach eingehendem Referat des Parteisekretärs H. Stubbe, welcher der vom Nürnberg-Referat eingeleiteten Revisionskommission angehört, und eingehender Aussprache wurden diese Abänderungsanträge angenommen:

Zu § 4 (Antrag der Genossin Steinbach): „Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, können (statt „müssen“) diesen eine Vertretung im Vorstände gewähren.“

Soweit dem Vorstände ein weibliches Mitglied angehört, hat dasselbe im Einverständnis mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben.“

Zu § 5 (Antrag der Parteileitung): „Den Passus betr. unentgeltlicher Lieferung der „Gleichheit“ zu streichen.“

Zu § 7 (Antrag Weinheber): Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Maßgabe, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte gewählt werden können (statt zu „wählen sind“).

Zur Tagesordnung zum Parteitag.

Die „Dresdener Volkswacht“ schreibt zu diesem Thema:

Wir möchten vor allen Dingen aber auch den Vorschlag unterstützen, die Reichsfinanzreform, ganz gleich, ob sie bis zum September erledigt ist oder nicht, als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, um damit der eben gar zu „geschäftsmäßigen“ Tagesordnung einen etwas bedeutenderen Mittelpunkt zu geben, wie er den Bedürfnissen einer lebendigen, tätigen Partei entspricht.“

Unsere Taten.

In Bremen ist am Sonnabend Genosse Johann Brinkmann gestorben. Er war ein eifriger Kämpfer für die Sozialdemokratie. In der Zeit des Schandgeschicks hat er des öfteren sich großen Gefahren ausgesetzt. Verschiedene Male hat er auch Sendungen des von der Polizei mit größter Aufmerksamkeit bedachten „Sozialdemokrat“ erhalten, die dann von seinem Hause aus an die Verbreiter weiter befördert wurden. Sein Eintreten für die Sache des Proletariats war schließlich auch den Sozialistenhassern nicht verborgen geblieben. Diese hatten dann nichts Eiligeres zu tun, als ihn wirtschaftlich zu ruinieren. Brinkmann besah in den achtziger Jahren ein Zigarrengeschäft. Seine Kundschaft bestand in erster Linie aus Soldaten der nahegelegenen Kaserne. Eines guten Tages wurde über sein Geschäft der Mistärberkott verhängt. Das Geschäft ging in die Brüche. Brinkmann mußte wieder als Zigarrenmacher nach der Fabrik wandern. In den achtziger Jahren ist der Verstorbenen auch als Kandidat der Sozialdemokratie für die Bürgerschaft ausgestellt gewesen. Gewählt wurde er allerdings nicht. Seit geraumer Zeit hat er in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr gespielt. Kränklichkeit zwang ihn, sich Schonung aufzuerlegen. Ehre seinem Andenken!

Sozialistische Literatur für Blinde

Im Anschluß an den Blindenkongress in Dresden fanden sich, wie uns ein blinder Genosse mitteilt, am Abend des 4. Juni in einem Zimmer des Dresdener Volkshauses sozialistisch gesinnte Blinde aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um über Mittel und Wege zu beraten, durch planmäßige Propaganda in den Kreisen der Blinden für unsere Weltanschauung zu wirken. Die geführte Debatte zeigte volle Übereinstimmung darüber, daß es vor allem notwendig sei, geeignete Agitationsliteratur in die Blindenschrift zu übertragen, um so das erforderliche Material zu beschaffen. Die vierstündigen, sehr anregenden Beratungen führten zu dem einstimmig gefaßten Beschluß: Es ist die Gründung einer Zeitschrift zur Pflege und Vertiefung sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden ins Werk zu setzen. Die Zeitschrift wird in braunlichem Punktdruck hergestellt und erscheint vorläufig vierteljährlich ein Mal.

Es wurde ein fünfgliederiger Ausschuss gewählt, der die nötigen Vorarbeiten, wie die Aufbringung der erforderlichen Mittel in die Wege zu leiten hat.

Es ist zu wünschen, daß das geplante Unternehmen recht bald zur Ausführung kommen möge.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Hundertfünfzig Mark Geldstrafe wegen Fabrikantenbeleidigung!

Die „Märkische Volksstimme“ zu Koitbus berichtet: Am Mittwoch hatte sich unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Wendemuth, zum ersten Male während seiner Tätigkeit in Koitbus vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er sollte einen Färbereibesitzer in Fort durch eine Post beleidigt haben, in der mit scharfen Worten gerügt worden war, daß dieser einen Arbeiter geschlagen hatte. Nun war dabei aber unserem Gewährsmann ein Irrtum unterlaufen: Der Färbereibesitzer hatte nicht einen beliebigen Arbeiter, sondern seinen eigenen, oder auch bei ihm beschäftigten Sohn geschlagen. Des war von uns und auch nach einer hier eingegangenen Mitteilung, die aufzunehmen wir gar keine Verpflichtung hatten, berichtigt worden. Trotzdem lief der Färbereibesitzer zum Stadt und ließ seine Klage durch einen Rechtsanwält vortragen. Genosse Wendemuth erhob die Einwände, daß sein Gewährsmann bis dahin immer zuverlässig gewesen sei, und auch in diesem Falle keine Ursache vorgelegen habe, die Angaben zu bezweifeln; daß auch ein solcher Irrtum leicht möglich und entschuldbar sei; daß er auch die Klage in der gedruckten Form nicht durchgesehen hätte, wenn er nicht um die fragliche Zeit wegen des Fehlens eines Kollegen mit Arbeit überlastet gewesen wäre. Es half alles nichts, die Einwände wurden mit einer unerschütterlichen Ruhe und Unberührbarkeit hingenommen, die so viele unserer Richter auszeichnet — und danach gab Urteil gesprochen. Es lautete auf nicht weniger als fünf-hundertfünfzig Mark Geldstrafe! Die Beleidigung sei schwer und sogar frivol, der Artikelschreiber habe bei einem Vorfall gleich verallgemeinert, und was dergleichen Dinge mehr waren, die zur Begründung vorgebracht wurden. . . .

Hochzeitsfeier mit Polizei.

Am 6. d. M. verurteilte das Landgericht Weuthen i. O.-Schl. den Redakteur des polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“, Genossen Stanislaus Rieckowski aus Katowitz, zu 50 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Polizisten Vollmüller in Donib bei Katowitz, der auf einer Hochzeitsfeier im November v. J. mit gekränktem Ekel gegenüber den Hochzeitsgästen auftrat. In der „Gazeta Robotnicza“ wurde seinerzeit das Verhalten des Polizisten scharf kritisiert. Das Gericht hat dem Angeklagten den Schuß des § 198 zugebilligt, weil er selbst Teilnehmer der irridlichen Hochzeitsfeier war und durch das Auftreten des Polizisten unmittelbar getroffen wurde.

Wegen formaler Beleidigung, die in Ausdrücken wie „Polizeilicher Ueberfall auf eine Hochzeit“, „Wohnansatz“ usw. erblickt wurde, wurde auf 50 M. erkannt.

Gewerkschaftliches.

Kirche und Polizei als Helfer der christlichen Gewerkschaften.

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften bezeichnen es stets als Verleumdung, wenn man ihnen nachsagt, daß sie in ihren Organisationen die Geschäfte der Zentrums-Partei besorgen, derjenigen Partei, zu deren Förderung die christlichen Sonderverbände ganz allein gegründet worden sind. Trotz der vielen vorliegenden Beweise leugnen die Herren diese Tatsache beharrlich ab; sie behaupten nach wie vor, daß sie unpolitische, neutrale Gewerkschaften seien, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die in Wahrheit sozialdemokratisch seien. Wie es aber mit der politischen Neutralität und parteipolitischen Passivität der christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit bestellt ist, das mag man wieder mal aus einem geheimen Dokument erkennen, das vom 4. Juni 1909 datiert und sämtlichen katholischen Pfarrern in Köln, dem Hauptstich der Zentrums-Gewerkschaften, zugegangen ist. Das Zirkular beginnt wie folgt:

„Ew. Hochwürden gestattet sich das Parteil der christlichen Gewerkschaften Kölns folgendes ergeben zu unterbreiten: Alljährlich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein oder mit Familie, in die Großstädte oder deren Vororte. Mit den Gefahren, die ihnen hier in religiöser und sittlicher Beziehung drohen, sind die meisten — namentlich die vom Lande Zugehenden — unbekannt. Solche Gefahren ergeben sich insbesondere aus dem gedrängten Zusammenwohnen, dem täglichen Verkehr mit Ungläubigen, der kirchenfeindlichen Presse usw. Auf der Arbeitsstelle wird insbesondere seitens der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln darauf hingewirkt, diese Leute für ihre Ideen zu gewinnen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn so viele Zugehende dem Christentum verloren gehen und in der Sozialdemokratie die wirkliche Vertreter ihrer Interessen erblicken.“

In dem Zirkular wird dann darauf hingewiesen, daß seit einigen Jahren die katholischen Arbeitervereine „planmäßig die Gewinnung dieser Einzelienden mit Hilfe der Pfarrämter für sich erstreben“. Zu dem Zwecke werde „von den einzelnen Pfarrern den katholischen Arbeitervereinen allmonatlich die Liste der zuziehenden Personen bezw. Familien überlassen“. Die Kartellkommission wünscht nun, daß für die Folge auch „unseren christlichen Gewerkschaften“ die Listen ausgehändigt würden. „Dadurch würden wir in die Lage versetzt, die Zugehenden durch unsere Vertrauensleute aufsuchen zu lassen und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so davor bewahrt, der sozialdemokratischen Agitation anheimzufallen, weil sie an unserer Organisation einen starken Rückhalt finden.“

Für den Kenner der Zentrums-Gewerkschaften hat es dieser Entlarbung der christlichen Gewerkschaftsführer als parteipolitische Agitatoren nicht erst bedurft. Angesichts der Unverfrorenheit der Herren aber, die selbst sichtbare Tatsachen abzuleugnen pflegen, ist die von ihnen selbst verfaßte Urkunde äußerst wertvoll.

Im übrigen aber offenbart das Schriftstück, welcher Mißbrauch von den Pfarrämtern mit den Listen der Zugehenden getrieben wird. Sie erhalten die Namen lediglich zu Zwecken der Kirchensteuer von den Polizeibureaus, benutzen sie aber zu kirchlichen Agitationszwecken, die ganz allein dem Zentrum zugute kommen und kommen sollen. Die Polizei ist verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, die diesen Unfug ein für allemal unmöglich machen.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bauklemper.

In einer allgemeinen Klempererversammlung, die am Donnerstag in Freyer Saal abgehalten wurde, erstattete Cohen Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Er konstatierte, daß die Arbeitgeber diesmal ihren Standpunkt nicht mehr mit der Schroffheit vertraten, wie bei den vorigen Verhandlungen, die im Falle des Arbeitgeberverbandes stattfanden. Doch die Zahlen, welche Herr Thom über die streikenden und die in Arbeit stehenden Bauklemper angab, seien vollkommen unrichtig. Wenn es wahr wäre, daß 825 Bauklemper — wie Herr Thom angab — zu den Bedingungen der Arbeitgeber beschäftigt sind, dann würden die Bauklempermeister nicht zum Einigungsamt gekommen sein. Die Parteien seien sich bei den diesmaligen Verhandlungen etwas näher gekommen wie früher, doch habe ja die Verhandlung selbst kein Resultat gehabt. 27 der bekanntesten Arbeitgeber seien vor dem Einigungsamt vertreten gewesen. Einer von ihnen, der Inhaber eines sehr bekannten und renommierten Geschäfts, habe am Tage nach der Sitzung den Tarif der Arbeiterorganisation unterzeichnet. Daß die Arbeitgeber, trotz der für sie nicht günstigen Position des Streiks, den Kampf solange hinziehen, sei nur dadurch zu verstehen, daß die Frage der Akkordarbeit von außen her in den Streik hineingeworfen sei. Die Streikenden könnten dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig entgegensehen.

Seitens der Streikleitung wurde noch mitgeteilt, daß die Branchenkommission beschlossen hat, jedem Streikenden aus dem Fonds einen wöchentlichen Zuschuß von 3 M. zur üblichen Streikunterstützung bis zur Beendigung des Streiks zu zahlen.

Schließlich ersuchte Cohen, den Zugang von Bauklempern und Baukloßern nach Hamburg zu weiden, da die Unternehmer beschloßen haben, die Arbeiter dieser beiden Gruppen aus Anlaß des Kampfes der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auszusperrten.

Achtung, Holzarbeiter! In der „Berliner Volkszeitung“ vom 11. Juni 1909 verlangt der Arbeitgeber Staats, Oberbaumstraße 5, unter Deckadresse (Meldungen im Barbiergeschäft, Oberbaumstraße 5) Tischler und Maschinenarbeiter für seinen Betrieb in Ruzlau in der Lausitz. Zur Information diene, daß sich in diesem Betriebe sämtliche Tischler und Maschinenarbeiter wegen bis zu 25 Proz. betragenden Lohnabzügen im Auslande befinden.

Der Bauvorstand.
Wie uns mitgeteilt wird, benutzt Herr Staats die Adresse des Barbiergeschäfts ohne Kenntnis und Zustimmung des Inhabers.
Red. d. „B.“

Die Tarifbewegung der Geldfrankarbeiter.

Die in den Geldfrankfabriken beschäftigten Arbeiter, deren Tarifvertrag gleichzeitig mit dem der Kunst- und Baukloßler am 30. Juni abläuft und wie dieser von den Arbeitgebern gekündigt worden ist, hatten sich am Donnerstag in Frankes Festsaal in der Bodstraße versammelt, um über ihre neuen Tarifforderungen zu beraten und zu beschließen. Der große Saal war gedrängt voll, so daß kaum einer von den beteiligten Arbeitern fehlte. Ueber die Forderungen war im Voraus von den einzelnen Berufsgruppen beraten worden. Die Fabrikanten möchten den von den Arbeitgebern der Kunst- und Baukloßler vorgelegten Tarifentwurf auch für die Geldfrankarbeiter durchgeführt wissen. Das würde für diese eine um so ärgere Verschlechterung ihrer Lohnverhältnisse darstellen, als ihr alter Tarifvertrag höhere Lohnsätze enthielt als der der Kunst- und Baukloßler.

Der Vertreter der Tarifkommission, Fuchs, verlas nun zunächst die Forderungen, wie sie aus den Gruppenversammlungen hervorgegangen waren. Sodann wurde über jeden einzelnen Punkt diskutiert und abgestimmt, wobei hier und da einige Abänderungen beschlossen wurden. Der Tarifentwurf, der von der Versammlung schließlich einstimmig gutgeheißen wurde, enthält nun in der Hauptsache folgende Forderungen:

Die tägliche Arbeitszeit soll 8½ Stunden betragen. Für Ueberzeitarbeit soll in den ersten zwei Stunden 3½ Prozent, danach 50 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 75 Prozent Zuschlag gezahlt werden. An den Sonnabenden soll eine Stunde früher Feierabend gemacht, am Tage vor den hohen Festen nur bis Mittag gearbeitet werden, und zwar ohne Lohnabzug. Als Minimalstundenlohn sollen gezahlt werden für ausgelernte Schlosser 55 Pf., nach Verlauf eines halben Jahres 60 Pf., für selbständig arbeitende Schlosser 75 Pf., für Schleifer ebenfalls 75 Pf., für Dreher 70 Pf., für Präfer und Hobler 65 Pf., Maschinenarbeiter 55 Pf., Schmiede 75 Pf., Stodgesellen 60 Pf., ungelernete Arbeiter 50 Pf., gelernete Maler und Radierer 65 Pf., Anstreicher 60 Pf., Arbeitsburschen nach sechswöchiger Tätigkeit in der Maler- und Lackiererei 50 Pf., im übrigen für Arbeitsburschen 40 Pf. — Diejenigen Arbeiter, die durch diese Neuregelung der Minimallohne nicht mindestens 5 Pf. mehr Stundenlohn erhalten, sollen gleichwohl eine solche Lohnzulage bekommen. Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt ist eine Zulage von 5 Pf. die Stunde zu zahlen; die Fahrzeit ist als Ueberstundenarbeit zu berechnen. Bei Akkordarbeit muß jeder Arbeiter im Voraus mit dem Preis unterrichtet werden und der Stundenlohn muß garantiert sein. — Bei Arbeitsmangel soll die Arbeitszeit verkürzt werden, bevor Entlassungen stattfinden. Der Tarifvertrag soll, ebenso wie die in den Betrieben vorhandenen Akkordtabellen, für jeden sichtbar ausgehängt werden. Als Geltungsbauer des neuen Tarifvertrages wird die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1911 vorgeschlagen.

Achtung, Geschirrfabrik!

Die Differenzen bei der Firma Döring u. Schmital wurden zu unserer Zufriedenheit erledigt. Die Sperre über diesen Betrieb ist damit aufgehoben.

Verband der Sattler, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Hamburg.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Zur Zeit sind von etwa 15 000 in Betracht kommenden Arbeitern ungefähr 8000, also 50 Proz. ausgesperrt.

Von den Maurern sind ausgesperrt 3128. In Arbeit getreten sind 147, darunter 63 zu den neuen Bedingungen. Im ganzen arbeiten jetzt 500 Maurer zu den neuen, 1800 zu den alten Bedingungen. Von den Zimmerern sind ausgesperrt 1571. Es arbeiten noch 729. Von den Bauhilfsarbeitern sind ausgesperrt 2037. Zu den neuen und alten Bedingungen arbeiten 2000. Heute wurden von den Mauersteinarbeitern rund 200 ausgesperrt. Von 3100 Klempnern und Schlossern sind 473 Klempner und 345 Schlosser ausgesperrt. Die Unternehmer im Dachdecker- und Ofensegeerigewerbe sträuben sich, ihre Arbeiter auszusperrn. Jedoch wird vom Baugewerbeverband ein Druck auf sie ausgeübt.

Der Baugewerbeverband hat sich an den Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewandt; es sollen Leute mit vaterländischer Gesinnung dem Baugewerbeverbande zugeführt werden, also Arbeiter, die nicht organisiert sind.

In diesem Sommer findet das Bundesfest in Hamburg statt, wozu der Hamburger Senat und die Hamburger Bürgerschaft 60 000 M. bewilligt hat. Auf den Bauten für dieses Fest arbeiten zurzeit nur die Meister mit ihren Lehrlingen. Die Unternehmer sind daher in der größten Verlegenheit, die Bauten rechtzeitig fertigzustellen.

Auf die Gewerbebranche, wo Tarifverträge zwischen den Arbeitern und Unternehmern bestehen, wird vom Baugewerbeverband ein starker Druck ausgeübt, damit die Unternehmer den Tarif brechen und die Arbeiter aussperrn.

Zum Ausstand der Kieler städtischen Arbeiter.

Wird gemeldet:

Die Mittwoch nacht angekommenen Arbeitswilligen sind von Essen gekommen. Gestern, Donnerstag abend, (10. Juni), sollten weitere 60 Arbeitswillige eintreffen; der Zug blieb aber aus. Die königliche Polizei geht in einer sehr rigorosen Weise vor, wie das hier noch bei keinem Streik erlebt worden ist, selbst nicht beim letzten Kohlenarbeiterstreik.

Die Gutenbergsstraße, an deren Ende die städtischen Depots liegen, war während des gestrigen Tages streckenweise verschiedene Male vollständig abgesperrt durch mit Revolvern bewaffnete Polizisten. Stündlich finden Verhaftungen von Ausständigen statt. Auf dem städtischen Polizeibureau geht es drunter und drüber. Die notwendige Bureauarbeit bleibt liegen, weil die Beamten zur Begleitung der Abfuhrwagen kommandiert sind. Die Straßenreinigung ruht schon drei Tage; auch ist noch kein Müllwagen abgefahren worden. In den verkehrsreichsten Straßen läuft sich der Schmutz. Gestern nacht haben in verschiedenen Straßen Kieler Einwohner zur Selbsthilfe gegriffen und die nicht abgeholt, überfüllten Müllwagen einfach auf der Straße entleert, wodurch ein pestilenzialischer Gestank in diesen Straßenteilen entstand. Heute — Freitag morgen — war die städtische Feuerwehr tätig, die großen Notmassen wegzusprengen.

Es sind nicht 600 Arbeiter ausständig resp. ausgesperrt, wie die bürgerliche Presse meldet, sondern 350.

Zu Montag abend hat das Gewerkschafts-Kartell drei Volksversammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Kommunale Gewaltverhältnisse und Belagerungszustand in Kiel“, die zu dem Kampfe Stellung nehmen sollen.

Die Arbeiterpresse wird gebeten, ganz energisch für Abwehr des Zuganges tätig zu sein.

Tarifabschluss im Kieler Brauereigewerbe.

Die jetzt durch Abschluß eines Tarifvertrages beendigte Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Kiel war insofern von besonderem Interesse, als diesmal der Arbeitgeberverband von Kiel für die Brauereien einsprang und die Verhandlungen führte. Der Arbeitgeberverband hatte die nicht der Brauereivereinerung aber dem Arbeitgeberverband angehörenden Brauereien, deren Tarife mit dem Brauereiarbeiterverband auch in kürzester Zeit abließen, veranlaßt, die Forderungen der Brauereiarbeiter mit der Brauereivereinerung gemeinsam zu erledigen, und die Brauereivereinerung trat dem Arbeitgeberverband bei. So waren die Brauereien dreifach organisiert: in ihrer Vereinigung, im Deutschen Volkskloßlerverband für Brauereien und in der Arbeitgebervereinigung. Diesem dreifachen Schutz entsprach denn auch das „Entgegenkommen“, das sich in angebotenen Verschlechterungen und der im Laufe der Verhandlungen gedrohten Verlängerung der Arbeitszeit äußerte, als die Vertreter der Brauereiarbeiter nicht so wollten wie die Unternehmer.

Die Verhandlungen waren langwierig. Ueber trotz der Zugewandtheit der Unternehmer und ihrer Vertretung durch den Arbeitgeberverband gelang es den Vertretern der Brauereiarbeiter, nicht nur die beabsichtigten Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch nach Lage der Sache recht ansehnliche Erfolge zu erzielen. Die Lohnhöherungen, an der alle Kategorien und Arbeiter beteiligt sind, betragen 1 bis 1,75 M. pro Woche, meistens erfolgen diese zu zwei Terminen, daneben wurden die Sätze für Ueberstunden geregelt bzw. erhöht, der Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit

um 5 Prozent und die Entschädigung für die Nachtschicht um 50 Pf. pro Woche erhöht, ferner die Vereinbarungen auf Grund des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches verbessert.

Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit konnte leider nicht durchgesetzt werden, weil die Vertreter der Brauereiarbeiter großes Gewicht auf die Lohnhöherung der niedrigst bezahlten Kategorien legen mußten. Doch wurde für die Heizer, die in Nachtschicht arbeiten, eine Verkürzung der Sonntagsarbeit um 6½ Stunden oder der Wochenarbeitszeit von 58½ auf 52 Stunden erzielt; weiter wurde auch für die Sekturwerker (Kellerknechte) und Stallente die tägliche Arbeitszeit um ½ Stunde, von 10 auf 9½ Stunden, verkürzt, so daß sie in bezug auf Arbeitszeit mit den anderen Arbeitern gleichstehen.

Die Kieler Brauereiarbeiter erfreuen sich einer guten und geschlossenen Organisation, deren Schlagfertigkeit die Unternehmer erkennen. Ohne dem hätten sie diese Erfolge in der gegenwärtigen Zeit nicht erzielt.

Der Kampf im Holzgewerbe Rheinland-Westfalens

Scheint in ein anderes Stadium zu treten. Wie bereits im „Vorwärts“ berichtet, hatte der Vorsitzende des Gewerbevereins in Essen den Vorschlag gemacht, die Arbeit solle in allen Orten zu den früheren Bedingungen aufgenommen werden und erst dann sollten die Vertragsverhandlungen beginnen. Die Arbeiter lehnten dann diesen Vorschlag in allen Orten einstimmig ab, während der Arbeitgeberverband demselben zustimmte. Am Montag wurden nun die Organisationsvertreter zum Dienstag plötzlich zu Verhandlungen über neue Verträge nach Essen berufen. Es ging also auch vor Wiederaufnahme der Arbeit. Zu den Verhandlungen selbst ist zu sagen, daß dieselben im Essener Rathaus unter Vorsitz des Vorgesetzten Rath stattfanden. Als Vertreter der Arbeiterorganisationen fungierten die Gauleiter des deutschen und christlichen Verbandes, sowie des Gewerbevereins, außerdem waren die Zentralvorstände vertreten durch Veder vom deutschen und Kurtscheid vom christlichen Verband. Ueber eine ganze Reihe Punkte des Vertragsentwurfes für Ortstarife wurde zwischen den Vertretern bald eine Einigung erzielt. Die Ortstarifverhandlungen für Dortmund, Gelsenkirchen, Herne und Böhlingshausen brachten dagegen ein endgültiges Resultat nicht. Diese sollen jedoch zwischen den örtlichen Parteien fortgesetzt werden und im Anschluß daran sollen die Plenarverhandlungen in der nächsten Woche in Essen fortgesetzt werden. Ueber den Ausgang läßt sich heute noch nichts sagen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es zum Frieden kommt.

Der Zugang von Holzarbeitern ist von Rheinland-Westfalen auch weiter streng fernzuhalten.

Ausland.

Lohnkämpfe in Schweden.

Die allgemeine Aussperrung in der Baumaterialindustrie Schwedens dauert unverändert fort. Selbst solche Betriebe haben ausgesperrt, für die noch geltende Tarifverträge bestanden. Verhandlungen haben bisher zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer bestehen unter anderem darauf, daß in allen Betrieben, wo Schichtwechsel stattfindet, statt der teilweise schon bestehenden achtstündigen die zwölfstündige Arbeitsschicht eingeführt wird, und behaupten, die Arbeiter selbst wünschten diese Schichtverlängerung, getrauten sich nur aus Furcht vor ihrer Organisationsleitung nicht darauf einzugehen. Das ist selbstverständlich nicht wahr, aber der Schlichtungsbeamte, der in diesem Lohnkampf zu vermitteln hat, scheint daran geglaubt zu haben, und machte den Parteien den Vorschlag, die zwölfstündige Schicht vorläufig auf zwei Jahre einzuführen und danach die Arbeiter selbst entscheiden zu lassen, ob die achtstündige Schicht wieder eingeführt werden soll. Die Unternehmer lehnten diesen Vorschlag aber ab, mit dem die Arbeiter allerdings auch nicht einverstanden sind. Der Schlichtungsbeamte versucht nun, neue Verhandlungen zwischen den Parteien anzuknüpfen.

Ueber die Aussperrung in der Konfektions- und Schneiderei Schwedens haben bereits in der vorigen Woche langwierige Verhandlungen stattgefunden. Einigung kam nicht zustande. Auch dieser Kampf dauert fort.

Ein Lohnkampf der Flößereiarbeiter, an dem über 800 Mann beteiligt sind, ist in Dalarna ausgebrochen. Polizei und Landmann sind hier tätig, um die Interessen der großen Holzexportgesellschaften zu schützen, und vertreiben die Ausständigen aus ihren Wohnungen. Ueber das Streikgebiet ist der Belagerungszustand verhängt, und gegen mehrere Arbeiter ist bereits Anklage erhoben, weil sie das Gebiet betreten haben. Die Vermittlungsversuche des Schlichtungsbeamten sind von den Aktiengesellschaften zurückgewiesen worden, während der Sägegewerkschaftenverband bereit ist, zu verhandeln.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Bürgermeister auf Reisen.

Frankfurt a. M., 11. Juni. (B. S.) Wie der „Kleinen Presse“ aus dem Haag gemeldet wird, ist mit Hinterlassung einer Frau und sechs unmündigen Kindern der Bürgermeister Hertel aus Preußen in Gesellschaft eines jungen Mannes flüchtig geworden. Von Basel aus sandte er seine Demission als Bürgermeister.

Die Aretasfrage.

Paris, 11. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Der Minister des Auswärtigen, Richon, erklärte, es sei bisher keine Verständigung zwischen den Mächten bezüglich der vorläufigen Weibehaltung der Truppen auf Areta erzielt. Die Klärung werde im Juli stattfinden, wenn kein neues Uebereinkommen auf anderer Grundlage zustande kommt.

Sicherung des englischen Besitzes.

London, 11. Juni. (B. L. W.) Heute ist der am 10. März dieses Jahres in Bangkok unterzeichnete englisch-siamische Vertrag mit dem Schriftwechsel zwischen dem englischen Gesandten in Bangkok, Baget, und dem siamischen Minister des Aeußern, Dewawongse, veröffentlicht worden. Danach hat Baget dem Minister des Aeußern am 10. März mitgeteilt, daß Großbritannien mit Rücksicht auf die Lage seiner Besitzungen auf der malaisischen Halbinsel von Siam die Sicherung wünscht, daß es nicht gestattet werde, daß irgendeine Gefahr für die britischen Interessen durch Benutzung irgendeines Teiles siamischen Gebietes auf der Halbinsel zu militärischen oder Marinezwecken seitens fremder Mächte entstehe. Deshalb werde Siam ersucht, ersiens weber direkt noch indirekt irgendein Territorium südlich der südlichen Grenze des Monthonrajahats oder auf den umliegenden Inseln an eine fremde Regierung zu überlassen oder zu verpachten oder einer solchen das Recht einzuräumen, eine Kohlenstation zu errichten oder zu pachten. Ferner irgendeine Anlage oder Ausbesserungsbaustelle zu bauen oder zu erwerben oder irgendeinen Hafen ausschließlich in Anspruch zu nehmen, wodurch möglicherweise britische Interessen vom strategischen Standpunkt aus geschädigt werden könnten. Dies beziehe sich nicht auf kleine Kohlenlagerstätten, wie sie der gewöhnliche Schiffverkehr für den Küstenhandel an der Halbinsel notwendig mache. Dewawongse antwortete am demselben Tage auf die britischen Forderungen zustimmend.

Die Maifeier und der Metallarbeiterverband.

Am sechsten Verhandlungstage — 5. Juni d. J. — nahm die 9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hamburg zur Maifeierfrage in namentlicher Abstimmung ohne Debatte mit 129 gegen 51 Stimmen folgende Resolution an:

Nach den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse soll die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai — die als die würdigste Form der Maifeier gilt — nur dann von den Arbeitern begangen werden, wenn dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse geschehen kann. Hierzu erklärt die Generalversammlung, daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sowie auch mangels völliger Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist.

Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits errungener Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Verlässlichkeit tatsächlicher Maßnahmen nicht ermöglicht.

Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen Mitgliede, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongreßbeschlüsse und Uebereinstimmung aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen.

Die neunte ordentliche Generalversammlung erklärt durch die Annahme dieser Resolution die Resolution des Verbandstages in Leipzig, zur Maifeier, für erledigt.

Die Resolution bedeutet nichts Beringeres als eine Warnung vor der Maifeier. Mit besonderer Betonung wird zwar hervorgehoben, daß der internationale Maifeierbeschuß zur Arbeitsruhe überall dort aufzubrechen, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, doch davon weiß die Metallarbeiter-Resolution, wußten Reichel und Sebering nichts zu sagen, daß im internationalen Maifeierbeschuß jenem einschränkenden Satze der Obergedanke unmittelbar vorausgeht, daß es „sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht“ gemacht wird, „die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben“!

Man kann es nun unmöglich als ein Hinströben zur Arbeitsruhe am 1. Mai auffassen, wenn die höchste Beschlussinstanz einer Organisation von der materiellen Stärke und dem moralischen Einfluß des Metallarbeiterverbandes den Mitgliedern als Einzelpersonen sowohl die ganze Verantwortung für den Beschluß, am 1. Mai zu feiern oder nicht, als auch die volle Wucht aller sich aus der Arbeitsruhe etwa ergebenden Folgen aufwälzt. Dieser Passus der Resolution schlägt einfach dem großen Organisationsgedanken, der sich in unseren modernen Arbeitervereinigungen verkörpert hat, brutal ins Gesicht: er faßt nicht die hundertaufende von Einzelwillen unter irgend einem — ermunternden oder ablehnenden — Gedanken vereinigend zusammen, nein: er trennt, er zerstückelt, und er negiert infolgedessen das Lebens- element der Gewerkschaften, ihren organisatorischen Grundgedanken.

Seit den Berliner Vorkommnissen von 1906 (A. E. G.) bildet die ganz deutsche, ja die internationale Arbeiterschaft auf den Deutschen Metallarbeiterverband und seine Stellung zur Maifeier. Die Taktik dieser Organisation bedeutet also mehr als einen nur den Kreis ihrer großen Mitgliederzahl erfassenden Richtungshinweis. Dessen sind sich die beiden Referenten, dessen sind sich die 129 Delegierten, die mit „Ja“ stimmten, bewußt gewesen, und deshalb gerade muß der Hamburger Beschluß als einer der bedauerlichsten bezeichnet werden, den eine deutsche Arbeiterorganisation jemals gefaßt hat; denn wenn erst einmal an

*) Wir zitieren den Wortlaut der Resolution sowie die Ausführungen des Referenten Reichel und des Berichterstatters der Maifeierkommission, Sebering, nach dem „Hamburger Echo“ Nr. 129, 1. Beilage (5. Juni 1909).

Kleines feuilleton.

Künstlers Erdenwallen. In fabelhaften Preisen hat der berühmte Chaudard die kostbare Gemäldesammlung zusammengebracht, die jetzt an das Louvre-Museum übergeht. Insbesondere die Meister von Barziz in werden heute mit Preisen bezahlt, die als eine Abbitte der Nachwelt gegen die von ihren Zeitgenossen verkannten Künstler gelten können. Unwillkürlich schweift die Erinnerung zurück zu dem Leben der Meister, von deren Werke jetzt mit Millionen gekämpft wird; Paul Giniyu erzählt im „Journal des Débats“ einige interessante Einzelheiten von der Not und den bitteren Erfahrungen der Künstler, die einen herben Kontrast bilden zu dem Ruhm und der Bewunderung, die ihnen heute die Nachwelt darbringt. Sie alle, die in der stillen Landschaft von Fontainebleau an der Schaffung einer neuen Kunst arbeiteten, wurden von den Zeitgenossen mißachtet oder verhöhnt; nur wenigen war es vergönnt, in ihren letzten Lebensjahren die so spät herausdämmende Anerkennung zu erleben, viele von ihnen starben dahin, ohne Anzeichen einer späteren Gerechtigkeit noch erfahren zu dürfen. Roujseau mußte es erleben, als er nach langen Kämpfen und Entbehrungen endlich seine Stellung besetzt glaubte, sich von geschickten Mittelmaßigkeiten verdrängt zu sehen. Für Trovon kam der Ruhm zu spät, durch die Entbehrungen der Jugend war sein Körper geschwächt, er war kränklich, mißgelaunt und verbittert und nur mit einer Art spöttischen Vergers nahm er die Ehrungen hin, die ihm so spät widerfahren. Man stirbt im vollen Glanz an dem vergangenen Unglück. Die materielle Not war dabei nicht die schlimmste der Dittennisse. „Wir hatten nie einen Sou“, erzählt Diaz, „aber wir sprachen niemals von Geld, denn Geld war nicht unser Ehrgeiz“. Aber die Sorgen nagten doch an der Schaffensfröhllichkeit und wuchsen bisweilen buchstäblich bis zum Nahrungsmangel heran. Vor allem Millet mit seinen Kindern hat die Not kennen gelernt und mehr als einmal mußte er mit seiner Familie hungern schlafen gehen, wenn der Väter oder der Krämer müde waren Kredit zu geben. Da war es ein Freudentag, als mit der Abenddämmerung Diaz, der Unternehmungslustigste dieser Kameraden der Kunst, triumphierend und glänzend bei Millet anklopfte und mit großer Gebärde elf Künfrankstücke auf den Tisch legte; das war der Erlös für drei Studien von Millet, deren Verkauf Diaz übernommen hatte: 60 Frank, von denen er fünf sofort zum Kauf von Nahrungsmitteln angelegt hatte. Millet hätte diese „Abenddämmerung“ oft erleben können, wenn er dem stets verschämten Rat gefolgt wäre, „weniger Häßliches zu machen“, aber selbst der Hunger verführte ihn nie zu einem Berrat der eigenen Ueberzeugung. Ein festes Band enger Freundschaft umschloß die Gruppe der damals noch unbekannteren Künstler, und diese gegenseitige Liebe, Treue und Anerkennung waren jahrelang ihr einziger Trost.

dem Bau herumgebrochelt worden ist, den der Pariser Internationale Arbeiterkongreß im Jahre 1889 errichtete, an dem Bau, der nunmehr zwei Dezennien allen Stürmen schlecht und recht zwar, aber doch immerhin getrotzt hat, dann ist die Gefahr nicht gering, daß andere Gewerkschaften dem Hamburger Beispiele folgen, und daß der Bau, der gedacht war als ein ragendes Monument der Energie, des Idealismus und des Opfermutes des internationalen Proletariats, bald daselbst als verfallenes Denkmal der Verzögertheit, des Klein- und Bankehmutes, wie er zuweilen auch die Herzen der Besten und Tapfersten beschleicht. ... Gerade der Metallarbeiterverband aber mußte sich hüten, den Reigen der Maifeierstürzer zu eröffnen, damit nicht das Gerede aufkomme, ihm hätten die Berliner Vorkommnisse von 1906 eine Verallgemeinerungs- und Verzögerungstaktik eingegeben.

Die Resolution bietet auch sonst Angriffspunkten in nicht geringer Zahl. So wird z. B. die Unmöglichkeit, völlige Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai zu erreichen, als ein Hindernis für die Arbeitsruhe selber angeprochen! Das sieht einem arg mißglückten Verlegenheitsargument verzeihlich an. Was heißt „völlige“ Uebereinstimmung? — Sollten die Arbeiterorganisationen das unhaltbare Prinzip aufstellen, ihre Taktik nur nach Beschlüssen zu regeln, die unter „völliger“, d. h. restloser, Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft zustande gekommen sind, dann könnten sie schon heute allen weiteren Entwicklungsmöglichkeiten entfangen und der Zukunftshoffnung, dem Zukunftsglauben gute Nacht wünschen. Die wunderbare Entfaltung der modernen Gewerkschaften wäre unmöglich gewesen ohne den grandiosen Ausbau des demokratischen Regimes mit seinen Proporzbestimmungen, Delegiertensystemen, Urabstimmungen usw. Und da soll plötzlich eine Maßregel nicht getroffen, nicht empfohlen werden können, weil nicht „völlige“ Uebereinstimmung zu erreichen war, das heißt: weil eine Konstellation ausblieb, die so gut wie niemals vorhanden ist! —

Wenn Reichel gezeugnet hätte, daß die Maidemonstration der Arbeiterschaft irgendwelche praktischen Erfolge gebracht hat, dann hätte man seinem Vortrage nachsagen müssen, er sei aus einem Gufe, taktisch geschickt und logisch konsequent gewesen. Da er aber wohl oder übel zugeben mußte, daß durch die Maifeier nicht nur die Arbeiter, sondern auch bürgerliche Sozialpolitiker, ja sogar Parlamente und Regierungen auf die Bahn der Arbeitszeitverkürzung getrieben worden seien, da er ferner ausdrücklich erklärte, „dieser wichtige Fortschritt wäre in dem Umfange nicht eingetreten, wenn nicht durch die Maifeier die Bewegung tiefen Gehalt und eifrige Förderung erhalten hätte“, so laßt in seinem Referat ein tiefer Miß, den keine Dialektik im zweiten Teil des Vortrages zu überbrücken vermochte. Die wirtschaftlichen, die psychologischen — allgemeinen wie individuellen — Grundlagen, auf denen der Kampf um die Maifeier ruht, können sich nicht von heute auf morgen ändern, und es heißt allen Erfahrungen, aller Logik Gewalt antun, wenn man — mit Reichel — debuziert: bis gestern oder vorgestern hat die Maidemonstration diese und jene Erfolgsaussichten in sich getragen, diese und jene Fortschritte herbeiführen helfen, von morgen aber übermorgen an jedoch sind all die Quellen verstopft und verhärtet, aus denen bisher in reicher Fülle unbegrenzte Siegesmöglichkeiten quollen.

Daran wird nichts geändert durch die Tatsache, daß Reichel zeigte, wie mit absteigender Konjunktur die Zahl der Maifeiern sinkt und wie die wirtschaftliche Krise vollends den Prozentsatz auf ein Minimum herabdrückte. Diese Argumentation hat ebensowenig Wert, als wenn unbedingte Anhänger der Arbeitsruhe am 1. Mai bei Ausbruch der Konjunktur und Abschwellen der Krise mit den zu ahnenden Zahlen der Maidemonstration operierten und die Möglichkeit unberücksichtigt ließen, daß schlechtere Zeiten wieder den Abstieg der Kurve bringen müßten.

Hatte Reichel die den Arbeitern zugute kommenden Wirkungen der Maifeier in allgemeinen Ausführungen anerkannt, so spezialisierte Sebering sogar, indem er — allerdings nur für die erste Zeit — den demonstrativen Charakter der Arbeitsruhe und ihren Eindruck auf die Unternehmer schilderte und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Anfang der neunziger Jahre erfolgte Verkürzung der Arbeitszeit nicht zuletzt auf die Arbeitsruhe

Das war die härteste Probe für alle: daß sie arbeiteten, kämpften, rangen und ihr Bestes gaben und kein anderes Echo fanden als Spott, Hohu oder gelassene Mißachtung. Ein Vierteljahrhundert währte diese Einsamkeit. Witter war für die Künstler besonders die Gleichgültigkeit und die Feindseligkeit der Kollegen. Von der Höhe seines Ruhmes herab empfand der große Maler Delacroix gegen Millet. „Er gehört zu jener Rotte häßlicher Künstler“, meinte er verächtlich, „die der Revolution von 1848 Verfall klarkamen, weil sie unheimlich glaubten, daß mit der Gleichheit des Bestes auch die Gleichheit der Vergütung käme.“ Und über die Malweise der Neuerer überhaupt fällt er das seltsame Urteil, ihre Malerei sei „kalt“ und „kalt“. Heute ist es der Ehrgeiz und das Glüd jedes Kunstlenners, eine Probe dieser „kühlen“ Malerei sein eigen zu nennen.

Panamahüte. Der Name „Panamahut“ führt irre: aus Panama kommen diese Hüte nicht! Sie dieser Industrie ist nicht Mittel-, sondern Südamerika, und zwar hauptsächlich Columbia, Peru und Ecuador. Einige Einzelheiten über diese Industrie bringt die „Revue scientifique“, und dieselben dürften wohl jetzt, da die feingelochtenen, weißen Hüte wieder in den Auslagen der Hutthändler erscheinen, von Interesse sein.

Der Grundstoff, das sogenannte „Toquilla-Stroh“, liefert eine weiche Palme von 2-3 Metern Höhe, die *Carludovicia palmata* Ruiz, und zwar sind es die Blattrippen dieser Pflanze, die das Flechtmaterial bilden. Die Blätter werden zunächst auf einige Augenblicke in kochendes Wasser getaucht, dem man, zur Erzielung eines möglichst weichen Materials, den Saft einiger Zitronen zusetzt. Sobald man die Blätter aus dem Wasser gezogen hat, hängt man sie in Schatten auf und dörert sie dann weiter an der Sonne. Die Vorbehandlung ist damit beendet. Am Blattstiel hängen nun die 1-2 Zentimeter starken, 55-60 Zentimeter langen Blattrippen. In dieser Form geht das Toquilla-Stroh den Flechtern zu, und die schwerste Arbeit beginnt.

Der Preis des Rohstoffes ist zwar sehr schwankend, beeinflusst aber den Wert des Hutes nicht wesentlich; denn zur Herstellung eines solchen genügen meist schon 200 Gramm. Der hohe Preis der Panamahüte ergibt sich hauptsächlich aus der Schwierigkeit und Langwierigkeit ihrer Herstellung. Bei täglich sechsständiger Arbeitszeit braucht ein Arbeiter zum Flechten eines gewöhnlichen Biermuthutes sechs bis sieben Tage; ein Hut im Werte von fünf bis zwölf Mark beansprucht vierzehn Tage, ein feiner, etwa hundert Mark losender sogar sechs Wochen Arbeitszeit.

Am feinsten, leichtesten und schönsten gearbeitet sind die von Montecristi, die auch von allen die berühmtesten sind. Die gewöhnlichen Montecristi kosten zehn bis sechzehn Mark, die halbfinken zwanzig bis dreißig Mark, die feinen vierzig bis zweihundert Mark, ja noch mehr. Von gleichfalls ganz vorzüglicher Qualität ist der Santa-Elena-Hut, der zwar nicht so fein ist, sich aber durch regel-

zurückzuführen sei! Und nun derselbe Salto mortale, derselbe Todesprung für die Maifeier, den Reichel wagte: Durch das fortgesetzte Eintreten für die Arbeitsruhe hat sich der Eindruck bei Unternehmern und Behörden verwickelt, die Sache läßt sich nicht mehr steigern, sie verliert daher (1) ihre Wirkung, zumal da die Zahl der Teilnehmer an der Arbeitsruhe nicht gestiegen ist. Und endlich des Pudels Kern: „Die Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung einer durchgreifenden Arbeiterschutze, Völkerrubens usw. kann auf den Abend oder auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werden.“

Um mit dem letzten zu beginnen, so ist gegen Sebering doch folgendes zu bemerken: Man darf es dem Gros der Arbeiterschaft, das trotz alledem und alledem mit zäher Energie an seiner Maifeier hängt, nicht als Kurzsichtigkeit oder Verbohrtheit antrechnen, daß es die Arbeitsruhe am 1. Mai als die ideale Taktik und die Abend- oder gar die Sonntag-Feier als ein klägliches Surrogat betrachtet. Diese Wertbestimmung entspringt dem gesunden Gefühl und dem klaren Verständnis dafür, daß man, um für Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren, nichts taktisch und agitatorisch Klügeres und Geschickteres tun kann, als daß man eben die Arbeitszeit um einen Arbeitstag verkürzt!

Was uns aber an den Ausführungen eines Parlamentariers, eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, ganz besonders in Erschauen setzen muß, das ist die zarte Rücksichtnahme auf die Abstumpfung, die sich durch unser fortgesetztes Eintreten für eine große Idee der Herren Unternehmer und der Behörden Bemächtigen oder schon Bemächtigt haben könnte! Dabei ist die ganze sozialdemokratische Parlamentaristik auf eben diesem Durchbohrungsprinzip der unermüdbaren, ewig alten und doch ewig neuen und jungen Propaganda für die Zukunftsidee des Sozialismus aufgebaut. Hätte Sebering recht, so täten unsere Abgeordneten gut, den bürgerlichen Parteien nicht zum hundertsten und tausendsten Male mit dem Zeinstandentag oder der Abschaffung der Todesstrafe oder der Aufhebung der indirekten Steuern oder der Sicherung des Koalitionsrechtes oder mit diesen und jenen Forderungen sonst zu kommen, die den Gegnern der Sozialdemokratie nichts als „olle Kamellen“ sind und für die unsere Abgeordneten, Parteipresse und Parteiblätter schon so viele und so gute Argumente zusammengehäuft haben, daß sich die „Sachen“ auch kaum mehr steigern lassen! Den Gedanken ausprechen, heißt seine Aburdtheit ausdrücken und damit die Seberingische Resignationspolitik auf ihren wahren Wert zurückführen.

Ist man die Hamburger Resolution, hört man Reichel und Sebering, so könnte es fast scheinen, als ob die Maifeier nur den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung, des Achtstundentages in sich birgt. Nirgends eine Spur davon, daß für den Arbeiterschuh im allgemeinen demonstriert, nirgends ein Wesen des Bedenkens, daß am 1. Mai die Internationalisierung des proletarischen Klassenkampfes, die Idee des Weltfriedens propagiert werden soll. Und das ist im Grunde genommen das Betrübenste von allem, was die Hamburger Verhandlungen über die Maifeierfrage gebracht haben.

„Der Idealismus darf nicht einen Tag dauern, sondern 365 Tage“ — dieses große Wort hat Sebering in Hamburg gelassen ausgesprochen. Hoffen wir, daß auf dem internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen 1910 Idealismus und Realismus in gesunder Vermischung eine solidarisches Maifeier-Taktik gebären, an der das Proletariat aller Länder seine Freude haben kann.

Internationaler Herztekkongreß für Berufsunfälle.

Unter dem Protektorat der italienischen Regierung hat vom 23.-27. Mai in Rom der 2. Herztekkongreß für Betriebsunfälle stattgefunden. Fast alle europäischen Staaten waren vertreten; auch ein Delegierter Japans nahm an den Verhandlungen teil. Von deutschen und österreichischen Spezialisten waren die Professoren Wulpinus-Heidelberg, Feder-Berlin, Winichid-Leipzig, Rininger-Düsseldorf, Thiem-Nottingham, Dum-Wien u. a. m. zugegen. Die Tagesordnung, bei der der Diskussion durch Zeitmangel recht enge Grenzen gezogen waren, erstreckte sich über die folgenden Punkte: 1. Organisation des ärztlichen und chirurgischen Dienstes zur Pflege und Ueberwachung der Folgen der Arbeitsunfälle. 2. Organisation des gerichtsarztlichen

mäßiges, festes Flechtwerk, feingelochtenen Rand und reinweißes Material hervorragend auszeichnet.

In den letzten Jahren hat der Export ganz bedeutend zugenommen, und die billigeren Sorten sind aus diesem Grunde im Preise mehr oder weniger zurückgegangen. Die feinen und feinsten Qualitäten jedoch behaupten ihren Wert.

Musik.

Als „Eine Geschichte aus dem alten Karlsbad“ bezeichnet sich die Operette „Die Sprudelsee“, der das Neue Operetten-Theater am Donnerstag zur Berliner Erkaufführung verholten hat. Die zwei Textverfasser führen eine Geschichte von der armen Aristokratentochter durch, die den reichten, aber mehr den häuerlichen Mädchen nachgehenden Aristokratenjüngling dadurch für sich gewinnt, daß sie die Rolle eines vielumworbenern Karlsbader Brunnenmädchens spielt. Der Komponist Heinrich Reinhardt schlägt keine neuen Wege ein und erreicht auf den alten Operettenwegen an Gutem nur etwas Vielesentimentalität, zumal in typischen Duetten. Für sein Können lassen wir gerne den Umstand sprechen, daß die Musik von der sehr minderwertigen Oubertüre angefangen sich allmählich hebt. Auch der Gesang und namentlich das Spiel wurden nachgerade viel besser als an Anfang. Wenn wir neben den honorieren Stimmen des Tenors O. Braun und der Mezzosopranistin H. Wolff, die eine nicht eben leichte Gesangspartie zu bewältigen hatte, den weicheeren Tenor von C. Bachmann und den dünneren Sopran von A. Lorenz erwähnen, so geschieht es, weil gerade diese Gegenstände den Absichten des Komponisten, durch Kombination von Verschiedenartigen zu wirken, gut entgegenkommen.

Die sehr solche Aufführungen auf den äußeren statt auf den inneren Erfolg ausgehen, zeigt auch das Dinausgehen des Abends. Verspäteter Beginn und Wiederholungen wirksamer Stücke: das raubt so viel Zeit, daß sie auch dem auf die Dauer zu lang werden muß, der sich immer wieder Mühe gibt, aus einer sommerlichen Kinderwertigkeit noch dies und das Schändenderte herauszufinden, auch wenn's nur zu Ofgefogtem Anlaß gibt. — sz.

Nutzen.

— Eine Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft hat sich in München durch Zusammenwirken einer größeren Anzahl von Hochgelehrten gebildet. Die Gesellschaft untersteht sich von ähnlichen wissenschaftlichen Gesellschaften dadurch, daß sie ihre Tätigkeit nicht auf die Fachkreise beschränkt, sondern naturwissenschaftliche Kenntnisse durch berufene Kräfte in die weitesten Kreise tragen will. Die neue Gesellschaft gewinn bereits eine Anzahl angehender wissenschaftlicher und schriftstellerischer Kräfte als Mitarbeiter. Sie plant zunächst die Herausgabe einer Zeitschrift und verschiedener Publikationen, die in dem Verlage Theob. Thomas, Leipzig, Takt. 13, erscheinen werden, wozu auch Anfragen nichtwissenschaftlicher Natur und Anmeldungen zu richten sind.

Sachverständigenrat bei Unfällen. 3. Feststellung und Prognose der Unfallursachen. 4. Schätzung der Arbeitsfähigkeit vor und nach dem Unfall. 5. Einfluss der Entschädigungsart auf den Verlauf der posttraumatischen Nervenkrankheiten. 6. Statistische Beobachtungen von ärztlichen Standpunkten aus, nach Anwendung der Unfallgesetze. 7. Die funktionelle Anpassung der traumatisierten Glieder.

Was den therapeutischen Standpunkt betrifft, so herrschte große Uebereinstimmung darin, daß in chirurgischer Beziehung durch zu lange Immobilisierung viel Schaden angerichtet wird, und daß zur Vermeidung der nervösen Unfallfolgen eine möglichst frühzeitige Aufnahme der Arbeit anzustreben sei. Prof. Uum meinte, daß durch die Ungelehrtheit der Ärzte in den mobilisierenden Methoden arg gefährdet werde, und betonte die Wichtigkeit eines Passus des dem österreichischen Parlament vorliegenden Unfallgesetzentwurfes, in dem es heißt, daß häufig „ein Verletzter nur deshalb mit einem dauernden Schaden behaftet bleibt, weil ihm von Anfang an nicht die richtige Behandlung zuteil wird“. Um die aus therapeutischen Gründen wünschenswerte frühzeitige Aufnahme der Arbeit zu ermöglichen, wurde der außerordentlich bedenkliche Vorschlag gemacht, die Einrichtung besonderer Institute oder Gesellschafterbestimmungen von der Regierung zu fordern, in denen der Arbeiter vor voller Leistungsfähigkeit unter ärztlicher Überwachung arbeiten kann. Prof. Feilchenfeld - Berlin schlug Genesungsrenten vor, die als Prämien für eine schnelle Genesung gegeben werden sollten. Bei all diesen Sachen besteht natürlich die Gefahr, daß man unter dem Mantel therapeutischen Vorteils den Arbeiter schnell in die Fabrik zurückdrückt, um die Versicherungskaße oder Berufsgenossenschaft zu entlasten.

Die Interessen dieser auf Beeinträchtigung der Rechte des Arbeiters hinarbeitenden Institutionen wurden übrigens recht stark auf dem Kongresse verteidigt. Prof. Lininger - Düsseldorf drückte seine Befriedigung darüber aus, daß in einem bis vor die oberste Instanz gekommenen Fall ein Schloßer für den Verlust des rechten Zeigefingers keine Entschädigung erhalten hatte, weil seine Erwerbsfähigkeit nicht behindert war! Durch Anwendung dieses Kriteriums hätte eine Betriebsgenossenschaft in einem einzigen Jahre 15 000 M. Renten gespart. Der Professor vergaß anzuführen, daß seine und anderer Richter Erwerbsfähigkeit danach Einbuße nicht erleiden, wenn sie ihren Kopf verlieren würden. Natürlich war auch des Zimmers über die bösen Simulanten kein Ende. Allerdings wurden auch Fälle vorgeführt, in denen zweifellos willkürliche Verstümmelungen und Verletzungen als Unfallfolgen ausgegeben worden waren. Solche, namentlich von Professor Kaufmann - Zürich und Bernachi - Mailand vorgeführten Einzelfälle schädigen den ethischen Arbeiter in außerordentlich hohem Maße. Diese vereinzelt sich nicht recht fertigen aber keineswegs die Simulantenjournale seitens der Ärzte.

Ueber die Nervenkrankungen nach Unfällen, die eine große Zahl unfähiger Ärzte früher einfach in den großen diagnostischen Topf der Simulationen oder der Hysterie zu werfen pflegte, war der Kongreß nur insofern getrennter Ansicht, als eine Minderheit der traumatischen Neurose den spezifischen Charakter absprach, während die Mehrheit in dieser Nervenkrankung einen deutlich umrissenen Symptomkomplex sah. Ueber den Einfluss, den der Kampf um die Rente auf die Entstehung der Neurose hat, war der Kongreß nicht einig. Professor Winstel betonte, daß es sich bei der Geltendmachung der Ansprüche des Arbeiters um durchaus berechnete Ansprüche handele, und daß keineswegs ein Normus für den Arbeiter darin liege, wenn man sagte, „ohne Renten keine Neurose“. Der nach Unfall nerbenkranke Arbeiter sei tatsächlich und unlegbar krank.

Bei dem offiziellen Charakter des Kongresses versteht es sich von selbst, daß die Festlichkeiten und Empfänge mehr Zeit in Anspruch nahmen als die Verhandlungen. Der nächste Kongreß wird in Düsseldorf stattfinden.

Rückgang der Bergarbeiterlöhne.

Nach den amtlichen Angaben über die in preussischen Bergbau-Bezirken gezahlten Arbeiterlöhne ergibt sich für das I. Quartal 1909 gegenüber dem IV. Quartal 1908 wiederum ein starker Rückgang. Die Löhne betragen:

	im IV. Quartal 1908	im I. Quartal 1909	pro Schicht IV. Quartal 1908	pro Schicht I. Quartal 1909
Steinkohlenbergbau:				
in Oberschlesien	250	243	3,52	3,48
in Niederschlesien	248	244	3,31	3,24
im Oberbergamtsbezirk Dortmund	357	327	4,76	4,56
in Saarbrücker Staatswerken	294	286	4,08	4,00
im hiesigen Bezirk	332	330	4,54	4,55
Draufkohlenbergbau:				
im Bezirk Halle	270	263	3,58	3,47
im linksrheinischen Bezirk	293	274	3,96	3,97
Salzbergbau:				
im Bezirk Halle	294	291	3,92	3,88
im Bezirk Klausthal	303	309	4,08	4,11
Erzbergbau:				
in Mansfeld	259	260	3,40	3,42
im Oberharz	222	217	2,98	2,98
in Siegen	258	262	3,65	3,67
in Kassel und Weylar	217	221	3,02	3,06
im übrigen rechtsrheinischen Bezirk	299	295	3,29	3,31
im linksrheinischen Bezirk	210	211	2,96	2,96

Demnach ist im Erzbergbau der Lohn teilweise etwas gestiegen, dagegen zeigt sich besonders für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau eine empfindliche Einkommensverminderung, ging doch der Schichtlohn um 20 Pf. zurück und das Quartalsminut stellt sich auf 30 Mark.

Die goldene Internationale.

„Courrier de la Bourse“ zufolge findet in Brüssel demnächst eine internationale Konferenz französischer, belgischer und amerikanischer Bankiers und Finanzleute behufs Einführung der vornehmsten amerikanischen Börsen statt. An der Konferenz werden Roosevelt, Finanzminister Shaw, die Eisenbahnkönige Harriman, Winchell und Gary, sowie die Vertreter des amerikanischen Staatstrustes teilnehmen.

Ausstellung in Berlin. Wie dem „L. A.“ gemeldet wird, gibt ein Ausschuh von Vertretern der amerikanischen Geschäfts- und Finanzwelt bekannt, daß für die Monate April, Mai und Juni 1910 in Berlin eine Ausstellung amerikanischer Industrieerzeugnisse zur Förderung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen geplant ist.

Soziales.

Bundesratsverordnung über Steinmetzbetriebe.

Der gestrige „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung erlassene Verordnung des Bundesrats über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien vom 31. Mai d. J. Diese Verordnung tritt vom 1. Juli ab an Stelle der Bundesratsverordnung vom 20. März 1902. Die neue Verordnung unterscheidet sich von der zurzeit bestehenden in folgenden Punkten:

1. In § 4 ist ausgesprochen, daß nicht nur für die im Freien arbeitenden Steinhauer, sondern auch für die im Freien arbeitenden Schrottschläger, Kleinschläger, Klarschläger und Plastersteintipper (Plastersteinschläger) zum Schutz gegen die Unbilden der Witterung entweder Schutzdächer über den Arbeitsplätzen oder Arbeitsbuden errichtet werden müssen; die Arbeitsbuden müssen nach drei Seiten, insbesondere nach der Windrichtung hin geschlossen werden können.
2. Die in § 9 der bestehenden Verordnung festgelegte zehnstündige Höchstarbeitszeit für Arbeiter, die bei der Steingewinnung beschäftigt werden, ist in der neuen Verordnung ausdrücklich auch auf den Fall ausgedehnt, daß die Arbeiter nur während eines Teils des Tages bei der Steingewinnung verwendet werden. Ein gleicher Schutz gegen die Umgehung der bestehenden Höchstarbeitszeit ist zugunsten der Arbeiter vorgeschrieben, die bei dem Vorfieren oder der weiteren Bearbeitung von Sandstein verwendet werden: die für diese Arbeiter vorgeschriebene Höchstarbeitszeit von neun Stunden findet vom 1. Juli ab auch dann Anwendung, wenn die Arbeiter zu solchen Arbeiten nur während eines Teiles des Tages verwendet werden.
3. (§ 10.) Das Verbot der Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern bei der Steingewinnung oder der Rohaufarbeitung von Steinen ist auf die Abräumungsarbeiten ausgedehnt. Die neue Verordnung setzt hinzu: „Als Rohaufarbeitung von Steinen im Sinne dieser Bestimmungen gilt auch die Herstellung von Chausseesteinen (Schotter, Klarschlag, Anaschlag, Kleinschlag) in solchen Betrieben. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen über achtzehn Jahren mit der Herstellung von Chausseesteinen beschäftigt werden; die Dauer der Beschäftigung im Steinbruch darf in diesem Falle sechs Stunden täglich nicht übersteigen.“
4. (§ 10.) Falls jugendliche Arbeiter, wenn auch nur während eines Teiles des Tages zur Bearbeitung von feuchten Sandsteinen verwendet werden, so dürfen sie vom 1. Juli ab nicht länger als neun Stunden täglich beschäftigt werden.
5. (§ 10.) Das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beim Transport und Verladen von Steinen ist auf den Transport und das Verladen von Abraum oder Abfall ausgedehnt worden. Die von der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde abhängige Ausnahme, daß jugendliche Arbeiter beim Transport oder Verladen von Steinen mit ihren Kräften angemessenen Arbeiten beschäftigt werden dürfen, ist aufrechterhalten.

Die Verordnung ergänzt mithin die bestehende, durch unangesehene Agitation der Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Fraktion dem Bundesrat als Abschlagszahlung abgerungene Verordnung in nur wenigen Punkten. Die großen gesundheitlichen Schädigungen, die der Steinmetzbetrieb nach sich zieht, hätten nach siebenjährigem Bestehen der Verordnung wohl insbesondere eine weitere Herabsetzung der Höchstarbeitszeit gerechtfertigt. Leider trägt die Verordnung dem keine Rechnung.

Die Saar- und Moselgruben entbehren der Sicherheitsvorrichtungen! Das ist nunmehr gerichtlich festgestellt. Zwei Vergleute des Schachtes 5 der Saar- und Mosel-Gruben in Merlenbach verliegen nämlich — wie es ihr Recht war — ohne Abhängigkeit der Arbeit, weil sie infolge des Fehlens von Sicherheitsmaßnahmen gegen fallende Steine Gefahr für Gesundheit und Leben fürchten.

Die Verleute verklagen auf Zahlung des Lohnes und beziehen sich dabei auf das Zeugnis des Vergleutes Weibel, der im November vorigen Jahres, als die Arbeiter ebenfalls wegen des Mangels an Sicherheitsvorrichtungen die Arbeit niederlegten, die Grube befahren hat. Als aber der Verglat in dem Termin Zeugnis ablegen sollte, erhielten die Arbeiter den Bescheid, daß der Termin aufgehoben ist, weil der Zeuge Weibel erklärt hat, daß er von seiner vorgelegten Behörde keine Ermächtigung zur Aussage erhalten habe.

Nach dem Gesetz darf die Genehmigung zur Zeugnisaussage nur dann verweigert werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines Bundesstaates Nachteil bereiten würde. Solch Nachteil kann offensichtlich nicht entstehen, wenn die Vergleute unrecht hätten. Er kann lediglich dann entstehen, wenn in der Tat die Gruben in einem das Leben und die Gesundheit der Arbeiter bedrohenden Zustand sich befinden und die zu Schutzmaßnahmen verpflichtete Behörde zur Erfüllung ihrer Verpflichtung ohnmächtig ist. Damit ist festgestellt, daß die Saar- und Mosel-Gruben in gemeingefährlichem Zustande sich befinden. Dringend notwendig ist mithin im Interesse des Wohls des Reiches und Elsaß-Lothringens ein Reichsberggesetz und die Anstellung unabhängiger Vergleute zur Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen.

Simulantenjournale.

Die Simulantenjournale einiger Fabrikkrankenkassen und Ärzte wurde durch eine dieser Tage vor dem Münchener Verwaltungsgerichtshof stattgefundenen Verhandlung in grelles Licht gestellt. Der jetzt im 66. Lebensjahre stehende Arbeiter Johann K. war 10 Jahre in der Email- und Blechwarenfabrik der Firma Straubinger und Müller in Weihenburg i. V. beschäftigt und gehörte auch der Fabrikkrankenkasse an. K. der während seiner Dienstzeit bei der Firma die Fabrikkrankenkasse nie in Anspruch genommen hatte, nahm nach seinem Austritt diese Kasse, deren freiwilliges Mitglied er geblieben war, wiederholt in Anspruch. Als K. im Januar v. J. wiederum 51,20 M. Krankengeld verlangte, verweigerte ihm die Kasse die Bezahlung des Betrages, da K. ihrem Verlangen, sich ins Krankenhaus zu begeben oder sich von dem prakt. Arzt Dr. Dörfler behandeln zu lassen, nicht nachgegeben war. Die Vorstandschaft der Kasse behauptete nämlich, K. sei ein Simulant, der es lediglich auf die Ausbeutung der Kasse abgesehen habe. Sie stützte sich dabei auf ein Gutachten, das Dr. Dörfler im August 1907 abgegeben hatte, sowie auf einige geschäftliche Aufzeichnungen, die K. gegenüber der Kasse gemacht haben soll. Anderer Anschauung wie die Fabrikkrankenkasse war jedoch der dortige Bezirksarzt, der den K. schon seit langem behandelt. In einem ausführlichen Gutachten erklärte er K. als schwer mit Neurasthenie behaftet, bei dem von einer Simulation nicht die Rede sein könne. Die Fabrikkrankenkasse erklärte darauf, der Bezirksarzt mache „zu Gunsten des K. Konzeption“ und blieb bei ihrer Zahlungswigerung. In die Verhandlung des Dr. Dörfler sich zu begeben, hatte K. sich deshalb geweigert, weil dieser ihn als Simulant erklärt hatte; in das Krankenhaus war er nicht gegangen, weil Dr. Dörfler auch Krankenhausarzt ist. Die Regierung von Mittelfranken, die sich auf erhobene Beschwerden hin mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, forderte zunächst ein oberärztliches Gutachten ein. Der Arbeiter K. wurde nachmals eingehend untersucht und außer schwerer Neurasthenie wurden noch eine ganze Reihe subjektiver Krankheitserscheinungen festgestellt, wie Atemnot, Verdauungsbeschwerden, Lähmungserscheinungen, rasendes Geräusch in der Lunge usw. Das Gutachten des Kreismedizinischen Referenten deutete sich infolgedessen auch vollkommen mit dem des Bezirksarztes. Die Regierung erklärte daraufhin die Fabrikkrankenkasse auch für verpflichtet, an den K. den Betrag von 51,20 M. zu zahlen. Wenn Zweifel wegen Simulation bestehen, so hätte die Kasse allerdings das Recht zur Krankenhaus-einweisung. Voraussetzung sei aber, daß diese Zweifel auch hinlänglich begründet seien. Das sei aber hier nicht der Fall, die geschäftlichen Aufzeichnungen bieten keinen hinreichenden Anlaß zur Einweisung, ebenso wenig könne das Gutachten des Dr. Dörfler vom August 1907 für eine Erkrankung im Dezember maßgebend sein. Der Verwaltungsgerichtshof, an den sich die Fabrikkrankenkasse beschwerdeführend wendete, gab dieser nur insofern statt, als er den zu zahlenden Betrag auf 43,20 M. ermäßigte. — Vor wenigen Tagen hat, wie unser Lesern aus dem Bericht über das Reichsgerichtsurteil gegen den Pastor Heise erinnerlich sein wird, das Reichsgericht angenommen, selbst jemand, der unentgeltlich und ohne Approbation einen Mitbürger zu heilen suche, sei für das Nichterkennen einer bestimmten Krankheit strafrechtlich verantwortlich. Es ist vom Standpunkt der Rechtsgleichheit aus zu bedauern, daß in vorliegendem Falle der Vorstand der Kasse und der Arzt nicht strafrechtlich belangt werden können. Ist doch die Kasse gesetzlich und vertraglich zur Gewährung freier Kränkhilfe verpflichtet und der Kassenarzt soll ja wohl, auch wenn er Fabrikkrankenkassenarzt ist, sein Entgelt für seine Hilfe, nicht für die Weigerung zu helfen erhalten. Konnte der Arzt und der Vorstand die selbst für einen mäßig fähigen Arzt leicht erkennbaren objektiven Krankheitserscheinungen nicht erkennen, so beweisen sie, daß ihre Simulantenjournale ihnen den Weg selbst zu der leichtesten Erkenntnis verperre. Derartige Ungehörlichkeiten folgen aus dem Mangel der Fabrikkrankenkassen. Die Reichsversicherungsordnung ist leider weit entfernt, die Fabrikkrankenkassen zu beseitigen.

Angst vor Unzufriedenheit.

Wegen Schulspartassen sprach sich in einer Sitzung der städtischen Kollegien der Oberbürgermeister von Göttingen aus. Im Interesse der Arbeiterschaft und anderer Berufszweige beschloß man, in Zukunft die Spargroschen für die Sparlasse durch Beauftragte abholen zu lassen. Dabei wurde auch die Schulspartassenfrage erörtert. Der Oberbürgermeister erklärte, er betrachte die Schulspartassen als einen sozialen Mißgriff. Für Schüler brauche man keine Sparlasse. Es sei höchst bedenklich, durch eine Maßnahme der Schulverwaltung besser situierte Kinder zur Abgabe von Einlagen anzuhäufen, während manche arme Mutter kaum in der Lage sei, den notdürftigen Lebensunterhalt für ihre Kinder zu erwirtschaften. Die Schulspartassen trügen unter solchen Umständen nur Unzufriedenheit in die Reihen der Kinder!

Der Göttinger Oberbürgermeister hat ganz recht. Er täuscht sich nur, wenn er meint, daß es erst der Schulspartassen bedürfe, um Unzufriedenheit zu erwecken. Die ist schon in übergroßem Maße da. Das Bestehen der höheren Schulen, Mittelschulen und ähnlicher Anstalten haben der Volksschule den Charakter der Armen-schule aufgedrückt. Und Unzufriedenheit erweckt auch in gleichem Maße, wenn die Kinder der armen Witwe hungern oder ihr dürftiges, oft trodenes Frühstück in der Schule verzehren und die gut-betlegten Butterbröde der besser situierten begehrend betrachten. Man beseitige dann doch lieber die Unzufriedenheit durch Einführung gerechter, alle Volksglieder befriedigende Zustände.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Mutterschutzhäuser“

veröffentlicht in bürgerlichen Blättern Ruth Brö einen Vorschlag, der für die Ideologie der Mutterschutzbewegung, soweit sie über bloß praktische Arbeit hinausgeht, charakteristisch ist. Da wird zunächst erwähnt eine „einstimmig angenommene Resolution“, in der man den Reichstag erjudet habe, Mutterschutzhäuser zu errichten, um Frauen, die durch ihren Zustand nicht mehr arbeitsfähig sind, einige Zeit vor der Entführung aufzunehmen. In diesen Zustahtsstätten sollen sie die letzten Tage oder Wochen vor der Geburt des neuen Staatsbürgers in Ruhe und Frieden verleben können und nicht bis zur letzten Minute in lebensgefährlicher Angst obdachlos herumirren müssen.“

Aus Industrie und Handel.

Kolonial-Rahenjammer.

Jahezehntelang wollte niemand etwas von der Kolonialpolitik wissen. Dann ging auf einmal der Kummel los! Die mit dem Blute der deutschen Soldaten getränkte südwestafrikanische Erde ließ kurz nach dem Eintreten Dernburgs in die Diplomatische Diamanten wachsen, und zwar zu einer so unglücklichen Zeit, daß der Staatssekretär des Kolonialamtes bei seiner Anwesenheit in Südwest selbst solche sammeln konnte. Schlaue Leute behaupteten damals, man hätte die kleinen glühenden Splitter erst vorher hingeworfen, sie wußten, das war das beste Mittel, einen Kolonialtaumel auszulösen, wenn sich zeigte, daß unser Wälfenland doch Diamantenberge. Und so kam es. Die Berliner Börse konnte in den letzten Monaten den Tropenkolonial-Organen feiern sehen. Die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika stiegen in wenigen Monaten von circa 300 Proz. auf über 1 000 Proz. Und alle Diamantenbergbauergesellschaften, die irgendwelche Interessen auf kolonialem Boden wahrzunehmen hatten, wollten von der guten Konjunktur Nutzen ziehen. Es gab da Gesellschaften für Baumwoll- und Kautschukulturen, Kaffee- und Kakao-Plantagen. Unterstützt wurde der Gründer dieser Tätigkeit durch die Wirtschaftlichkeit des deutschen Kolonialwirtschaftlichen Komitees. Eine ganz besonders lebhaft Tätigkeits erlustete die Kolonialfirma Merrens in Berlin. Fast jeden Monat wurde eine neue Gesellschaft, deren Arbeitsgebiet in den Kolonien lag, in das Berliner Handelsregister eingetragen. Als einmal unter der Firma „Deutsche Kolonialbank“ eine neue Aktiengesellschaft mit bloß 5 000 M. Kapital gegründet wurde, erhob die Berliner Handelskammer dagegen Protest und die neue Firma mußte wieder gelöscht werden. Jetzt lenkt sich die Aufmerksamkeit auf drei andere Kolonialgesellschaften, die die Firma Merrens aus der Taube gehoben hat. Es wurde bekanntgegeben, daß bei der Kamerun-Kautschuk-Co., der Boorne-Kautschuk-Co. und der Ostafrikanischen Pflanzungsaktiengesellschaft die Verwaltung den Antrag auf Einsetzung einer Revisionskommission gestellt habe. Erst nach und nach lösterte durch, daß die Verwaltung die Revision nicht ganz freiwillig beantragt hatte.

Wald dürfte bei manchem ein tüchtiger Rahenjammer den Kolonialkauf ablösen — und Dernburg ist um einen „Erfolg“ reicher.

Ein Weltmonopol.

Die Standard Oil Company hat auf dem Wege zum Weltmonopol einen Schritt vorwärts getan. In der letzten Zeit ist der Verbrauch österreichischen Oels in Deutschland ziemlich stark gestiegen. Um für die über den Abfahr hinausgehende Deliegwinung der österreichisch-ungarischen Gruben einen größeren Abnehmerkreis zu gewinnen, traten die Raffineure, die auch eine besondere Export-Organisation schufen — Oleg S. m. S. D. — mit den Amerikanern in scharfen Wettbewerb, und hatten Erfolg. Das mobilisierte die Standard-Oel-Deute, die auch den richtigen Weg fanden, größeren Einfluss in der österreichischen Petroleumindustrie zu gewinnen. Während sie anscheinend das Schwergewicht auf den direkten Kampf gegen die Oleg-Gesellschaft in Deutschland legten, bandelten ihre Vertreter mit den Delproduzenten selbst an und brachten diese dahin, einen Vertrag zu akzeptieren, der jene aus der finanziellen Kamalität weist, in die sie unter der Verhältnisse Angunst hineingeraten waren, welder aber auch gleichzeitig die Standard Oil Company die Kontrolle über circa drei Viertel der österreichisch-ungarischen Delproduktion ausüben. Die erste Folge der Vertragsschließung war die Herabsetzung des Rohölpreises von 1 Kr. auf 1,17 Kr. pro Tonne. Man hofft allerdings, die Regierung werde die Perfektierung des Vertrages zu verhindern wissen. Auch erklärt die Oleg-Gesellschaft, daß sie den Preiskampf gegen die Standard Oil Company weiter führen werde. Gewiß, solange, bis ihr akzeptable Bedingungen für die Uebergabe geboten werden, oder sie auf Gnade und Ungnade sich ergeben muß. Das ist der unerkennliche, kapitalistische Entwicklungs-gang.

Schon hören wir Zentrum, Rechte und selbst das Gros der Linken zornentbrannt gegen eine solche „Förderung der Unsitlichkeit“ zittern.

Wo sollen nun diese Mutterkuchenhäuser hergenommen werden? Wo hat der Staat die prächtigsten, geeignetsten Mutterkuchenhäuser bereits für und fertig stehen?

„Das ist im Osten, in den Provinzen, wo die Ansiedlungskommission Güter ausstellt.“

Bei dieser Aufstellung bleibt gewöhnlich das Herrenhaus mit Garten und etwas Land übrig. Das wird meist spottbillig verkauft. Eine halbe Stunde von Posen hat ein Rittmeister solch ein Herrenhaus mit 20 Zimmern, Nebengebäude, Stallungen, vier Morgen Park und Garten, 18 Morgen Feld gekauft. Kostenpunkt für diesen ganzen Besitz 24 000 M.!

So berichtet auch Broß ganz naiv. Der Zweck der Güterausstellung ist doch nicht der, Leuten, wie diesem Rittmeister, die Erwerbung eines standesgemäßen Logis zu erleichtern.

Der Staat habe auch noch Vorteil von diesen Mutterkuchenhäusern im Osten, sagt die Verfasserin:

„Er pflanzt junges Deutschtum im Osten...“
„Des Kindes erster Blick fällt in den grünen Garten. Mit dem ersten Atemzug atmet es den Geruch der Scholle ein. Die Mutter braucht nicht mit dem neunten Tage hinaus mit ihrem Bündelchen, ohne zu wissen, wohin. Sie kann dableiben, und wenn nun in ihr die Lust erwacht, auf dem Lande ihr Brot zu verdienen, so kann sie das Kleine mit sich nehmen in den Garten oder aufs Feld. Und das Kind schläft in Lust und Sonne und hat seine Mutter.“

Ist es größer, so hilft es wohl ein wenig mit: Obst lesen, Kartoffel lesen, nicht als gezwungene Arbeit, mehr so zum Spaß. Oder es geht mit in den Stall. Kühe, Kälber, Hühner, Schafe, Ziegen, Schweinchen, Kage, Hund, alle sind seine Spielgenossen.

Viele Mutter würde ganz dort bleiben, wo sie zuerst im Mutterkuchenhause Hilfe fand. Vielleicht könnten einige ihre Kinder im Heim lassen und in der Nähe Stellung nehmen. Wieder andere könnten ihr Kind in eine Stelle mitnehmen. Stellen gibt's überall! Bei den einzelnen Ansiedlern, bei der Ansiedlungskommission selbst und auf den königlichen Domänen, besonders in den großen Milchviehwirtschaften werden viel Frauen gebraucht. Sie würden auch gut bezahlt werden. Das hat man mir bei der Ansiedlungskommission schon versprochen. Und der deutsche Nachwuchs würde in den Ostprovinzen allmählich erstarben, könnte dort wieder Landarbeit tun und lieben lernen, an die Stelle fremder Arbeiter treten, die man hereingezogen, weil die Deutschen keine Landarbeit tun wollten. Das wäre gesunde Siedlungspolitik!

Man spekuliert natürlich darauf, daß die armen Mütter willige und billige Arbeitskräfte abgeben werden. Sollte nicht Broß sich das nicht selber sagen können? Entweder ist es mit der reinen Menschenfreundlichkeit solcher Mutterkuchenhäuser nicht allzu weit her — oder ihre soziale Einsicht ist noch etwas kümmerlicher, als man bisher schon annehmen mußte!

Frauenarbeit.

Zus den Spezialangaben der Berufszählung veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ Zusammenstellungen über die berufliche Tätigkeit der Frau. Im Jahre 1896 betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung erst 28 Proz., im Jahre 1907 aber schon 33 Proz. Während im Jahre 1896 insgesamt 1 234 121 selbständige und 2 177 640 angestellte weibliche Berufstätige gezählt wurden, betragen diese Zahlen 1907 1 704 187 bzw. 4 088 793. Bei den Angestellten hat sich also die Piffer fast verdoppelt. Es wurden gezählt in:

	1896	1907
Landwirtschaft	1 476 819	2 728 328
Industrie usw.	761 870	1 077 600
Handel und Verkehr	311 078	512 743
Haushalt usw.	148 877	209 608
Andere Berufe	97 100	166 423
Dyhe Beruf	617 019	1 038 331

Hast um die Hälfte hat die Tätigkeit der Frauen in der Landwirtschaft zugenommen. Die Entwicklung in den einzelnen Berufen, denen die weiblichen Arbeitskräfte besonders zugeströmen, war wie folgt:

	1896	1907
Spinnererei	89 820	43 876
Weberei	97 581	116 636
Wäuderei	12 979	28 638
Tabakfabrik	28 807	51 505
Häherei usw.	189 853	122 867
Schneiderei	107 483	219 193
Putzmacherei	30 413	34 937
Wäscherei	67 807	81 290
Warenhandel	141 236	292 531
Krankenflege usw.	42 946	74 988
Schönheitsgewerbe	144 445	166 035

Die Zahl der in der Bergwerksindustrie tätigen weiblichen Kräfte beträgt jetzt 17 000. In der Ziegeler, der Zonröhren- und Steingutfabrikation wurden rund 18 000 weibliche Erwerbstätige gezählt, etwa doppelt soviel wie 1896. 66 Frauen betrieben das Zupfer- und Schmiedehandwerk, darunter 35 selbständig. Selbständige Frauen in der Land- und Forstwirtschaft wurden rund 173 000 und in der Industrie 243 000 gezählt. 31 000 Frauen waren selbständig als Wäscherinnen und Plätterinnen, fast 80 000 im Waren- und Produktionshandel und 42 667 im Gast- und Schaustellergewerbe. Als Lehrkräfte und Erziehungslehrkräfte sind 51 000 Frauen selbständig tätig und beinahe 18 000 auf dem Gebiete der Musik, des Theaters und der Schauspielerei.

Gerichts-Zeitung.

Die Räuberfahrt des noch nicht zwanzigjährigen Hausdieners Walter Schwarz nach Bieleberg, bei der beinahe ein Menschenleben zugrunde gegangen wäre, beschäftigte gestern die Strafammer des Landgerichts Berlin III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow. Der Hausdiener Walter Schwarz stand unter der Anklage des Diebstahls unter Mitführung von Waffen, der Mitnahme mittelst einer Waffe und des Gebrauchs gefälschter Legitimationspapiere; der mitangeklagte Arbeiter Leo Hofante hatte sich wegen Begünstigung und Anfertigung falscher Legitimationspapiere zu verantworten. Der 19½-jährige Schwarz hatte bis zum 15. März gearbeitet, verlor dann die Arbeit und bemietete sich als Hausdiener in Eilenburg im Gasthaus zur „Stadt Leipzig“. Dort nahm er die Gelegenheit wahr, seinem Dienstherrn 300 M. zu stehlen. Er ging nach Berlin, wo das gestohlene Geld bald vertrieben war. Um wegen des Eilenburger Diebstahls nicht gefaßt zu werden, beschloß er, nach der Schweiz zu gehen. Dazu mußte er sich aber zunächst Geld verschaffen und dazu erlangt er folgenden Plan: Er begab sich nach dem Arbeitsbureau in der Jägerstraße, gab sich für einen Widermeister aus Kummelsburg aus und engagierte als solcher einen Wägereifellen Dommig, der ihm vertrauensvoll seine Papiere überließ und erst am nächsten Tage, als er arbeitslos nach Kummelsburg wanderte, erfuhr, daß er einem Gauner in die Hände gefallen war. Auf die Papiere des Dommig hin ließ sich der Angeklagte Schwarz dann als Hausdiener bei dem Besitzer des „Kaiser-Gartens“ in Bieleberg, Herrn Kühne, engagieren. Bei Herrn Kühne trat er dann als „Wilhelm Dommig“ seinen Dienst an. Durch den Regellen erfuhr er, wo Herr Kühne sein Geld bewahrte. Am 1. Mai schlich sich Schwarz in das Schlafzimmer der Küchenbesitzerin, wo in einem verschlossenen Schrank eine Kasse mit Geld aufbewahrt wurde. Er schloß den Schrank mit einem falschen Schlüssel auf und fand etwa 400 M. in einer Sammlung

alter Taler vor. Nachdem er sich das Geld angeeignet, forderie er den Jungen auf, mit ihm auszureisen. Der Junge sagte auch zu, bat aber, immer dorthinzu gehen, da er sich nur seine Mütze holen wolle. Der Junge hatte aber Angst bekommen und teilte den Diebstahl schließlich Herrn Kühne mit. Dieser telephonierte sofort an den Besitzer der „Neuen Welt“ in Spanbau, Herrn Fraebe, und bat ihn, auf den Spitzbuben, der dort vorbeipassieren müsse, Acht zu geben. Herr Fraebe stellte sich mit einigen Angestellten vor die Tür seines Restaurants und als der Verbrecher sichtbar wurde, machte sich der Duffetier Klagemann an ihn heran und zedelte ihm mit einer gleichgültigen Miene über das Weiter an. Walter Schwarz merkte aber, daß man ihn fangen wollte und gab plötzlich Herfengeld. Auf der Flucht drehte er sich um und gab auf Klagemann zwei Schüsse ab, die diesen in den Kopf oberhalb des linken Ohres trafen und zweifellos tödlich genocien wären, wenn nicht der Hand der Mütze, die Klagemann trug, die Kraft der Augen abgeschwächt hätte. Dann entfloß Schwarz quer über die nassen Biesen nach Charlottenburg. Es gelang ihm, mit Hilfe eines Autos nach Berlin zu entkommen. Hier machte er die Bekanntschaft des zweiten Angeklagten auf der Straße und teilte ihm seine Erlebnisse mit, fragte ihn auch gleich, ob er ihm nicht Quartier, trockene Kleider und Legitimationspapiere verschaffen könne. Rosinke war bereit dazu und führte ihn, nachdem beide erst noch etwas gezecht hatten, in die Wohnung seiner Wirtin in der Kieckstraße, wo er in Schlafstille lag. Hier vertauschte er seine Kleider mit anderen, die ihm Rosinke verkaufte. Dort wurde das erbeutete Geld gezählt, die leicht zur Entbedung führenden alten Taler ausgetascht und Schwarz erhielt ein nettes Legitimationspapier gegen Geld und gute Worte. Am nächsten Morgen las Schwarz den Bericht über seine Bieleberg-Spanbauer Helldent in der Zeitung. Er hielt es nun für geraten, baldigst aus Berlin zu verschwinden. Er bestieg an der Ecke der Johannid- und Friedrichstraße eine Autobuslinie, deren Chauffeur Albert Müller den Bericht über das Verbrechen und die Personalbeschreibung des Täters schon gelesen hatte und in Schwarz den jungen Mann erkannte, den er selbst an dem kritischen Tage nach Berlin gefahren hatte. Der Chauffeur verdrängte unauffällig einen Schuhmann, als dieser jedoch in das Auto stieg, zog der Angeklagte seine Pistole aus der Tasche und versuchte, sich zu erheben. Er erhielt jedoch nur einen Straßenschuß. So endete das Räuberabenteuer des Angeklagten. Der von ihm angehohene Duffetier Klagemann hat 14 Tage im Krankenhaus zubringen müssen und leidet noch jetzt an Schwindelanfällen. — Das Gericht verurteilte den gefährlichen Schwarz zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Wochen Haft, den sehr dreist leugnenden Rosinke zu 1 Jahr Gefängnis.

Verzögliche Schmiergelber.

Als Nachspiel zu der sogenannten „Patientenschacheraffäre“ verhandelte am Donnerstag das ärztliche Ehrengericht für die Provinz Brandenburg in zwei bis zum späten Abend währenden Sitzungen die Disziplinarstrafanträge, die die in dem Verzeiprozess mehrfach genannten Dr. med. Siegfried Weisklein und Sanitätsrat Dr. Friedemann (Schöneberg) gegen sich selbst gestellt hatten. In beiden Fällen endete die Verhandlung mit einem Freispruch.

Worin ein Amtsanwalt keine Klassenjustiz erblickt.

Aus Halle a. S. berichtet man und untern 11. Juni: Für den Werdegang unserer empfortretenden Justizmänner von recht charakteristischer Bedeutung ist ein Fall, der sich heute vor dem Schöffengericht abspielte. Ein Student Gohmann, der vor dem Examen steht, amüsierte sich am Abend des zweiten Ostersiebstages in den Thaliafestspielen auf einem Stützungsstiel der Wäderei- und beschästigte dort ein junges Mädchen nach Hause zu begleiten. Als sich im Saal kein Anstich für ihn fand, ging er in die Garderobe und forderte dort das junge Dienstmädchen Pansch unter unbilligen Redensarten auf, mit „auf seine Wunde“ zu kommen. Der Student versuchte dem Mädchen, das sich die Verlastigungen verbal, einen Zigarettenstummel in den Mund zu stecken. Die Verlastigte wies den zudringlichen Menschen wiederholt ab und veruchte ihm schließlich eine Ohrfeige zu verabreichen, die aber leider nicht traf. Darauf setzte der Student „mutentbrannt“ über die Garderobentische hinweg und betrat die der stehenden P. mit seinem Spazierstock einen Schlag auf den Arm, der die anstammoll. Das Mädchen verschaffte sich ein ärztliches Attest und stellte Strafantrag. Der Student versuchte die Sache mit Geld tot zu machen und zahlte der Verletzten 50 M., um sie zur Juridnahme des Strafantrages zu bewegen. Dies war jedoch nicht möglich. Der Student kam wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges vor Gericht. Er entschuldigte sich mit Trunkenheit und ein Polizist sagte aus, der Angeklagte habe sich auch noch auf der Polizeiwache ungebührlich benommen. Als man ihm sagte, er solle seine Kopfbedeckung abnehmen, entgegnete er, er solle der Wachtmeister seinen Helm abnehmen. Was sagte nun der Amtsanwalt, ein allerdings noch etwas junger Mann, der den Staat vertrat, zu dem Fall? Man hörte: Das der Staat ein gefährliches Werkzeug sei, müsse man bezweifeln. Beurteile man den Fall „rein“ menschlich und bedenke man, daß sich der Student infolge Alkoholgenusses in einer sexuellen Erregung befunden habe. Er vertrat, da man versuchte, ihm eine Ohrfeige zu geben, seine künftliche Ehre. Das subentische Leben bringt das nun mal so mit sich. Ich glaube nicht, daß man von Klassenjustiz reden kann, wenn man den Angeklagten freispricht. — Sogis und setzte sich. Nach dieser glanzvollen „Anklagerede“ erlaubte sich der Verteidiger des Studenten noch zu sagen, die „Scheinohrfeige“ sei für den Studenten schmerzvoller gewesen, als die Verlastigungen für das Mädchen. Das Gericht ließ den Studenten mit 50 M. Geldstrafe davonkommen. Es gab den Stuch gleichfalls nicht als gefährliches Werkzeug an. — Selbstverständlich werden von nun an solche Sitten in den Häusern der Arbeiter auch nicht mehr als gefährliche Werkzeuge angesehen.

„Strengste Discretion.“

In dem Abständlichen Kaltensordheim bei Leinefelde befindet sich eine Anstalt, die unter der Leitung des vor kurzem verstorbenen Dr. Kelsfeld stand. Er hatte es nicht nötig, die Damen „gebildeter Stände“, die sich „unter strengster Discretion“ für einige Zeit zurückziehen wollten, durch Inserate einzuladen, denn sein Haus wurde nicht leer von solchen Damen, die den ersten Kreisen Rheinlands, Hessens und Westfalens angehörten. Den Niederkommenden stellte Dr. Kelsfeld Frauen vor, die die Neugeborenen gegen Entgelt adoptierten. Zu diesen Frauen gehörte auch die Frau des Malermeisters Johann Schmidt aus Mannheim. Sie war im Oktober 1899 mit Dr. Kelsfeld in Verbindung getreten und hatte von ihm wiederholt Kinder zur Adoption zugewiesen erhalten. Eine fleißige Diebstahlerin der Frau Schmidt wurde mit der Zeit eine Rittgutsbesitzerin aus Hessen bei Hamm in Westfalen. Sie kam mehrfach in der Anstalt nieder. Die erst wenigen Wochen alten Kinder gingen jedesmal in den Besitz der Frau Schmidt gegen eine Abfindung von 1200—2000 M. für jedes Kind über. Frau Schmidt verpflichtete sich, die Kinder zu adoptieren und über deren Herkunft absolutes Stillschweigen zu bewahren. Die Angeklagte hat die Kinder sehr bald der Mutter eines ihrer Dienstmädchen übergeben, und zwar gegen eine Abfindung von je 200 M. In der Pflege dieser Frau ist ein Knabe bald gestorben, während ein zweites Kind an Frau Schmidt zurückgelangte, nachdem sie erfahren hatte, daß die Mutter sich betrauert hatte. Frau Schmidt begann nun, die Dame und deren Angehörige mit expressiven Briefen zu bombardieren und drohte, das Kind zurückzubringen, wenn man ihr nicht weitere Summen ausändigte. Auf diese Weise prekte sie über 5000 M. heraus. Eine andere Dame, ebenfalls eine frühere Rittgutsbesitzerin, hat die Angeklagte auf dieselbe Weise um 3000 M. geschädigt. Gegen Frau Schmidt wurde am Mittwoch vor der Mannheimer Strafkammer eine Anklage wegen Betrugs und Erpressung verhandelt. Es stellte sich heraus, daß in dem letzten Fall bereits Verjährung eingetreten war, so daß die Verurteilung nur wegen der beiden anderen Fälle erfolgen konnte. In der Verhandlung wurde übrigens noch festgestellt, daß Dr. Kelsfeld von dem Gelde, das die Angeklagte für die Adoption erhielt, jedes-

mal 500 M. für sich behielt. Die Angeklagte verteidigte sich damit, daß sie die adoptierten Kinder in sehr guter Pflege gehalten habe und die Adoption vornahm, weil ihrer Ehe Kinder verlegt geblieben seien. Das Urteil lautete wegen Betrugs und Erpressung auf nur 4 Monate Gefängnis, von denen acht Wochen durch die Unterjuchungshaft abgehen.

Revision von Jgel verworfen.

Das Reichsgericht bewar gestern, wie uns aus Leipzig telegraphisch gemeldet wird, die Revision des Berichtreferendars Harch von Jgel, der vom Schwurgericht III Berlin am 23. März wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Gastpflicht wegen Stehenlassens eines Wagens.

Mit dieser Frage hatte sich unlängst das Reichsgericht zu beschäftigen. Es handelte sich um eine Klage des Wegbegleiters S. in Dornpforten gegen den Fuhrwerksbesitzer und Kalmüller G. in Gellwangen. Der Kläger ist mit seinem Fuhrwerk auf der Nachbarstraße von Unternubach-Gellwangen dadurch zu Fall gekommen, daß er auf das linke Hinterrad eines dem Beklagten gehörigen, mit Lagerholz beladenen Wagens, der rechts von seiner Fahrtrichtung auf jener Straße stand und nicht beleuchtet war, aufgefahren ist. Der Wagen, dessen Langholzstämme etwa 7 Meter weit überragten, war aus Versehen ohne Beleuchtung in später Abendstunde auf der Straße stehen gelassen worden und zwar hatten der Beklagte und sein Fuhrwerk geglaubt, vor Dunkelheit zurückzugehen, so daß sie das Mitnehmen einer Laterne für überflüssig hielten. Infolge Missetatungen, die sie anderen Fuhrwerken gewährten, war es aber später geworden, als man anfangs geschätzt hatte. Die Schädigung des Klägers besteht in einem Bruch des linken Unterschenkels. Sein Anspruch beläuft sich auf Erloß für die Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit, soweit er nicht Unterstützung durch die Fleischer-Vereinsgenossenschaft Mainz erhält.

Das Landgericht Nottwil erkannte auf Verurteilung des Beklagten zu drei Vierteln. Das Oberlandesgericht Stuttgart entschied auf Abweisung des Klägers, da dieser jedenfalls unvorsichtig gefahren sein könne. Er sei vielleicht durch einen Stein abgeprallt und in den Wagen hineingefallen, trotzdem er ihn gesehen habe. Das entsprach auch viel eher der Wahrscheinlichkeit als die Erzählung des Klägers.

Durch Urteil des Reichsgerichts wurde das Urteil des Oberlandesgerichts wieder aufgehoben, da es verkehrswidrig und unfair sei, ein Fuhrwerk zur Nachtzeit ohne Laterne auf der Straße stehen zu lassen. Diese Umstände hätte der Berufungsrichter bei Bemessung des eigenen Verschuldens in Berücksichtigung ziehen müssen. Die Sache wurde deshalb zur anderweitigen Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen.

Verfammlungen.

Das Automobilgastpflichtgesetz und die Chauffeure

laute das Thema, das eine stark besuchte öffentliche Verfammlungen der Automobilfahrer am Donnerstag beschäftigte. Genosse Stadthagen hielt das Referat. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage schloß sich eine lebhafte Diskussion an, die erst um Mitternacht durch die Annahme eines Schlußantrages ihre Ende erreichte. Einmütig kam zum Ausdruck, daß das Gesetz den Automobilfahrern wohl ein reichliches Maß von Pflichten, aber keine Rechte gibt. Einige Redner meinten, die gegen den bisherigen Zustand bedeutend verschärften Strafbestimmungen seien der übertriebenen Angstlichkeit des Publikums zu danken. Keiner Maschine sei bei ihrer Einführung ein solcher Widerstand entgegengekehrt worden, wie dem Automobil. Die Antipathien in der öffentlichen Meinung seien durch die Tagespresse genährt worden. Auch der „Vorwärts“ habe sein Teil dazu beigetragen durch seine Artikel, die dem „rasenden“ Automobil und dergleichen sprachen. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, insbesondere den Mitgliedern derselben, die der Kommission angehört, müsse nachgesagt werden, daß sie die Interessen der Automobilfahrer nicht entschieden genug gewahrt haben. Die Forderung der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit hätte zum mindesten durchgeführt werden sollen. Die Fraktion hätte nicht für das Gesetz stimmen dürfen. In der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis wurde noch gezeigt, daß die Führer zu sehr der Willkür der Polizei preisgegeben sind. Insbesondere werden Vorschriften der Polizeiverordnung über die Fahrgeschwindigkeit als schikanös empfunden. Bei den Weißfahrten wird aber ungehindert gezeigt, daß das Fahrzeug eine Hundertkilometergeschwindigkeit besitzt. Die Verordnung sei im Verkehr nicht durchführbar. Das würde sich am deutlichsten zeigen lassen, wenn die Chauffeure die passive Resistenz ausüben wollten. Verlangt müsse werden, daß die Strafprozesse, die aus Anlaß der Automobil-Unfälle entstehen, beschleunigt werden, da dem Führer der Fahrschein bis zur Entscheidung entzogen wird, auch wenn er schuldlos ist. Dadurch sei die Existenzsicherheit der Führer und ihrer Familien arg gefährdet. — Stadthagen wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß der Reichstagsfraktion der heutige Zustand nicht unbekannt war und von ihr bekämpft ist. Es ist schade, daß die Reden der Abgeordneten in der Kommission über die Polizeivorschriften nicht stenographiert worden sind, dann würde man sich von der Haltlosigkeit der Vorwürfe sofort überzeugen können. Es könne natürlich nicht verlangt werden, daß die Alleinhererschaft des Automobils auf der Straße anerkannt werden soll. Schäden an Leben und Gesundheit müssen unbedingt von dem Halter des Kraftfahrzeuges entschädigt werden. Darin liegt keine Schädigung der Chauffeure, die nach dem neuen Gesetz nicht in stärkerem Maße wie zuvor hatten. Die erregte Stimmung gegen die vielen ungerechten Strafen teile er vollkommen. Doch die ungerechten Strafen haben ihre Ursache in der Gerichtsorganisation, nicht im Autogeseh. Sie sind wie in so vielen anderen Arbeiter treffenden Fällen der richterlichen Auffassung zuzuschreiben, und diese können durch ein Autogeseh nicht beseitigt werden, sondern nur durch Erloß der Richter durch Leute, die aus dem und durch das Volk gewählt werden. In Zukunft werde eine Kritik solcher Urteile im Reichstags wesentlich erleichtert. Die Heraufhebung der Maximalstrafgrenze von 60 auf 150 M. hat die Fraktion leider nicht hindern können, wohl aber in der Kommission die erheblichen Strafschärfungen des Entwurfs und der ersten Lesung zu Falle gebracht, wie ja auch die Uebertragung von Befugnissen der Polizei auf den Bundesrat und eine Ausschließung der Willkür bei Konfessionserteilungen auf die sozialdemokratische Arbeit mit zurückzuführen ist. Freilich alles ist nicht erreicht und konnte bei dem Widerstand nicht erreicht werden. Das Erreichte sei festzuhalten und auszubauen. Durch entschlossene gesellschaftliche und politische Agitation könne und werde auch auf diesem Gebiete eine Besserung erzielt werden. (Beifall.)

Darauf wird auf ein Urteil hingewiesen, das kürzlich das Landgericht I gefällt hat und das den Arbeitern das Koalitionsrecht raubt. Zur Besprechung desselben kam es wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr. Es soll dazu eine besondere Verfammlungen einberufen werden.

Eingegangene Druckschriften.

- Das alte Lied. Erlebnisse eines Fräulein Mutter. Von E. J. Eichen. C. Blügend, Berlin-Weißhof.
- Der Zeigerkettler und der Zug um 6 Uhr 10. Zwei Novellen von F. A. Roggeger. Brosch. 3 M., geb. 4 M. C. Eiserich, Köstritz und Leipzig.
- Moderne Blutforschung und Abkammungslehre. Von Dr. R. Seber. I. M. Neuer Frankfurt Verlag, Frankfurt a. M.
- Verband Zolle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Von Dr. D. Garna. Brosch. 1,70, geb. 2 M. G. Fischer, Jena.
- Bericht und Abrechnung für 1907—08 des Bundes der technisch-industriellen Beamten. Selbstverlag Berlin, W. 3. Nr. 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Franz Ladwig** am 10. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Wilmersdorf statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin 1.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Fritz Wolff** Mitglied seit 20. September 1906, am 6. d. M. an Lungenerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgte am 9. Juni 1909, 08/2 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **August Kuchler** am 10. Juni cr. nach schweren Leiden im Alter von 61 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung.

Sangesquartett „Rostige Stimmgabel“ Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Am 9. d. M. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser liebes Mitglied **Rudolf George.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
253/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin, Bezirk 5.
Am 9. Juni verstarb unser Mitglied **Heinrich Kassner.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
253/14 Die Ortsverwaltung.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Soeben erschienen:
Vorläufer des neueren Sozialismus.
— Von Karl Kautsky. —
Zweite durchgesehene Ausgabe.
Erster Band:
Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.
Preis 3 Mark.
Zweiter Band:
Der Kommunismus in der deutschen Reformation.
Preis 3 Mark.
Der historische Materialismus.
Für Arbeiter erklärt von Hermann Gorter.
Preis geb. 1 Mark.
Seriensausgabe 50 Pf.
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW. 65,
Lindensstr. 69, Laden.

Potsdam—Spandau—Osthavelland.
Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Steinebachs Volksgarten, Sakenfelde bei Spandau:

Große öffentliche Volks-Versammlung

unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine Spandau, Potsdam, Welten, Nauen, Hennigsdorf.

Tages-Ordnung:

1. Begrüßung des Genossen Dr. Karl Liebknecht.
2. Die politische Lage.

Referenten: Parteisekretär Otto Wels und Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.

Genossen und Genossinnen! Erscheint in Massen!

Für den Kreisvorstand:
Aug. Paris-Welten.

Für den Spandauer Vorstand:
Max Seior.

Vor und nach der Versammlung:

Großes Garten-Konzert. Im Großen Ball.

Anfang des Konzerts 11 1/2 Uhr. — Wozu freundlichst einladet G. Steinebach.

Fabrikarbeiter-Verband

— Verwaltung Groß-Berlin. —

Achtung! Urabstimmung! Achtung!

Die am 2. Mai 1909 stattgefundene ordentliche Generalversammlung hat durch Beschluß festgelegt, daß über die Frage: „Erhöhung des Lokalbeitrags“ die Gesamtheit der Mitglieder durch eine Urabstimmung entscheiden soll. Dieselbe findet am

Sonntag, den 13. Juni 1909,
vormittags von 10-2 Uhr,

in nachstehenden Lokalen statt:

Norden.

1. Döhling, Brunnenstr. 79.
2. Hoffmann, Wasserwerkstr. 8.
3. Kell, Schönhauser Allee 134a.

Nord-West.

1. Kirschowski, Bunsenstr. 9.
2. Schröder, Stromstr. 35.

Osten.

1. Rath, Krautstr. 30.
2. Rieh, Markthausstr. 61.
3. Kott, Strahmannstr. 29.

Süd-Ost und Süden.

1. Schulze, Forster Str. 17.
2. Knechtel, Wasserwerkstr. 14.
3. Scholz, Paruthstr. 22.

Rummelsburg.

1. Wolff, Kanistraße.

Ober-Schöneeweide.

1. Raabe, Wilhelminenhofstraße.

Johannisthal.

1. Gobbin, Roonstr. 2.

Rixdorf.

1. Seikert, Steinmühlstr. 93.

Charlottenburg.

1. Volkhaus, Rosinenstr. 3.

Weißensee.

1. Content, Leberstr. 5.

Reinickendorf.

1. Roemer, Vikenstr. 69.

Tegel.

1. Katties, Berliner Str. 92.

Schöneberg.

1. Gebhardt, Gothenstr. 23.

Wilmersdorf.

1. Schumann, Wilmersdorf.

Neuenhagen.

1. Wünsche, Bahnhofstraße.

Hennigsdorf.

1. Knorr, Hennigsdorf.

Spandau.

1. Schröder, Fischebörser Str. 5.
2. Gottwaldt, Schönwalder Str. 50.

Senzig.

1. Schmitz, Senzig.

Wilhelmsruh.

1. Felsche, Niederstr. 5.

Waldow.

1. Tempel, Kronprinzenstr. 45.

Röpenitz.

1. Tauchert, Müggelheimer Str. 4.
2. Golze, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Str. 4.
3. Goh, Schönerlinder Straße.

Alt-Gröden.

1. Joch, Köpenicker Straße.

Die Stimmzettel werden durch die Kassiererin, Vertrauensleute und Wahlstelleninhaber den Mitgliedern verabfolgt und wird die Teilnahme an der Abstimmung durch Stempelvermerk im Mitgliedsbuche bescheinigt.
64/17 Die Ortsverwaltung.

Meine Privatklinik für Frauenleiden
befindet sich jetzt Chausseestraße 11, Eingang Liedstraße,
die Poliklinik (wochentags 2-3) nahe Gohlfowolfsstraße.
29465* **Dr. Zepler.**

M. Schulmeister
Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4,
am Kottbuser Tor.



Nur eigene Konfektion!

Frühjahrs- u. Sommerpaletots

in prima Qualitäten, Cheviot u. modern gestreift, Melton-Stoff.
45,-, 42,-, 38,50, 36,-, 21,50 M.
32,50, 30,-, 27,50, 24,50,

Moderne Ulster,

1 u. 2reihig, Formen z. Durchknöpfen, in d. neuest. Mustern
48,50, 45,-, 40,50, 25,50 M.
36,50, 32,50, 29,50,

Jackelt-Anzüge,

elegante Fassons, prima Rollhaare - Verarbeitung 50,-, 24,50 M.
45,-, 42,50, 38,50,
34,-, 29,50, 27,50,

Rock-Anzüge . . . 29⁵⁰ 54⁰⁰

Gehrock-Anzüge . 36⁵⁰ 70⁰⁰

Burschen- u. Knaben-Garderoben.

Herren-Beinkleider.

Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß unt. Garantie für tadellosen Sitz, haltbare Stoffe, Ia. Verarbeitung, elegante Paßform.

Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
Wiener Straße 7,
Liefer. Vereinstänze usw. billigst.

Ziehung schon 25. d. Mts.
Rote + Lotterie
Hauptgewinne i. W. v. Mark:
50 000
20 000
etc. etc.
Originallose a M. 3,30.
Osear Bräner & Co. Nachf.
Andreasstr. 46a.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
= Unerreichte = Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**
Schr. starkes Leder mit Zwickel in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Knappweite mit starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 22
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verboten

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. 10812*
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Hemeler Straße 67,
Fernspr. Amt 7, 1075.

Ausnahme-Preise.
Abnahme: Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch

Kohlen- u. Holzhandlung
Gegründet 1893.
Haupt-Kontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3098.
Lagerplatz I: Berlin O. 34, Bromberger Str. 16 (am Ostbahnhof).
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Fruchtstraße 13 (Wüterbahnhof Ostbahn).
Lagerplatz III: Güterbhf. Weichensee, Greifswalder Straße 80a.
Amt VII, 7024. 6963*
Lagerplatz IV: Berlin N. 34, Behmstraße 28-34 (Ecke Schlegelbeiner Straße).

Preise für nur in Markon ab Platz von 10 Ztr. an:
Prima Halbhirsche
Herdinand Str. 78 Pf.
Halbhirsche Rauchhammer Str. 81 Pf.
Halbhirsche Knochen Str. 85 Pf.
Herdinand-Grill. Str. 80 Pf.
Auna und Waldmannsheil Str. 87 Pf.
Bjännerichstr. Str. 89 Pf.
la Diamant-Salon (Pr. Str. 110-120 St.) Str. 95 Pf.
la Anb. Kohlenwerke Str. 95 Pf.
la Alle Salen Str. 95 Pf.
la Anthrazit-Cade Str. 2,15
Kofu, Treinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konstantenpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaagen und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Spottbillig
kaufen Sie Möbel, Bilder, Spiegel, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Bettwäsche, Herren-Garderobe gegen 50 Pf. Teilzahlung die Woche. Besuch od. Post.
Gebr. Weber, Neue Königstr. 59.

Mumm's Waldschlößchen
in der Villenkolonie Rahnsdorf, Mühle, 7 Minuten vom Bahnhof, herrlich im Walde und 10 Min. vom Heißbad im Müggelsee gelegen. Dinners von 12-3. Speisen nach der Karte zu günstigen Preisen. Große Parkanlage mit anschl. Glasgärten. 4 verstellte Regalbahnen, Bier- und Weinstuben, Kaffeeküche, Sommerwohnung, möblierte Zimmer. — Größere Vereine und Gesellschaften werden um vorherige Anmeldung gebeten. 65/3*

F. F. Emil Schmidt
Lindenstr. 3. H. Hofpartier empfiehlt den Genossen seine Räume zur Abhaltung von Wertarbeiten u. Vereins-sitzungen. 14732*
Jeden Sonntag: Gemütliches Beisammensein.

Urban
Bester Schuh-Putz
In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: URBAN & LEMM, Charlottenburg.

Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße heute **Gr. Mondseinfahrt** mit Müggelhort
mit Rundfahrt auf dem Müggelsee. Daselbst gr. Sommer-nachtsball. Abf. 9-9 1/2 Uhr ab. Preis hin u. zurück 50 Pf.
Sonntag Extrafahrt nach Krampenburg und Schmöldwig. Vor-befahrt an der Regattabahn. Abfahrt früh 8 Uhr. 29576
Montag nach Neue Mühle. Dienstag nach Zwickelbusch. Abfahrt 10 Uhr vorm. Preis hin u. zurück, auch am Sonntag 60 Pf. G. Jachow.

Dem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die Dampfer der Reederei **Tiener, Schillingsbrücke**, von jetzt ab nicht mehr nach Wernsdorfer Schleuse fahren, sondern jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag: **Große Motorbootfahrten** (jeweils 120 Personen fassend) von der **Schillingsbrücke (Restaurant Felsen Terrasse)** nach Wernsdorfer Schleuse in der Nähe der Gosener Berge stattfinden.
Abfahrt von der Schillingsbrücke früh 9 1/2 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr. Rückfahrt 8 Uhr abends. Während der Ferien täglich. Preis hin und zurück 50 Pf., Kinder die Hälfte.
Paul Schwedler, Restaurant
zum Oder-Spree-Kanal.

R. Voigts Krampenburg
Billige Dampfer-Extra-Fahrten.
a) Abfahrt Schleuse Brücke (Eckd. Allen) Täglich (auch Sonntags) 9 1/2 Uhr früh, 2 1/2 Uhr mittags. Hin u. zurück vorm. 60 Pf., nachm. 50 Pf., Sonntag hin 50 Pf., zurück 50 Pf.
b) Abfahrt Jannowitzbrücke (Schultheis-Ausgang) Reederei Nobiling. Täglich (auch Sonntags) 9 Uhr früh, 2 Uhr nachmittags.

Der schönste Ausflugsort und Ausflugsort ist immer und ganz gefeiert sind wir beim **Pichelswerder**
Alten Freund.
10192*

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.
Bahnhofstation Zeuthen. Besitzer: **W. Heinrich.**
Für bevorstehenden Sommerhalbes halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Zuführung ausnehmender Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Befestigungen aller Art.
7372* Hochachtungsvoll **W. Heinrich.**

Elegante Festsäle (300 und 700 Personen fassend)
sind für die Winter-Saison an Sonnabenden und Sonntagen unter kulantesten Bedingungen noch zu vergeben. 13952*
Hansberger Str. 31. **Residenz-Festsäle, Adolf Kromer.**

Zeuthen, Restaurant Albrechtshof
zum gemütlichen Heinrich. 1401 L.*
Bellebester Ausflugsort, idyllisch am Zeuthener See zwischen Elchwalde, Schmökwitz u. Zeuthen gelegen. Fahrplanmäßiger Verkehr (stündlich) der Stern-Dampfer ab Berlin-Jannowitzbrücke und Grünau.
Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens empfohlen. Hochachtungsvoll **H. Spethmann.**

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt! Drucker-Nacharbeiter.

Sonntag, den 13. Juni, bei Julius Meyer, Dranienstr. 108; Sahlmorgen.

Rigberg. Die Genossen und Genossinnen, welche aus der Bibliothek entliehen haben, werden gebeten, dieselben wegen der am 1. Juli stattfindenden Inventur möglichst bald zurückzubringen. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli werden keine Bücher ausgeliehen, solche aber in den Bibliothekstunden täglich von 6-8 Uhr abends entgegengenommen.

Treptow-Baumschulweg. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung von allen Bezirkskollegen aus.

Stralau. Am Sonntag, den 13. Juni, findet ein Familien-Ausflug nach Sabotwa statt. Zehnpendel-Tour. Von da aus zu Fuß nach Restaurant „Pferdebühl“. Treffpunkt früh 9 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg, Bahnsteig E. Für Radfahrer Treffpunkt 1 Uhr ebendortselbst. Der Vorstand.

Uckerhof. Am morgigen Sonntag, früh 8 Uhr, findet vom Lokal Leyer, Haldigstr. 30, aus eine Flugblattverbreitung statt.

Müderdorf, Kallberge. Am Sonntag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal „Deutsches Haus“ am Kallsee (Zuh. Schwedersky) eine öffentliche Versammlung statt, in der Redakteur Paul Joh n über: „Wo nimmt das Volk das Geld her“ sprechen wird.

Spandau. Den Genossen, welche am Sonntag, den 13. Juni, an der Versammlung in Hakenfelde bei Spandau teilnehmen, zur Kenntnis, daß die umliegenden Lokale der Arbeiterkassen nicht zur Verfügung stehen. Wir weisen hiermit auf den im Walde errichteten Ausschank hin. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 13. d. M., nicht in Wittenverder, sondern in Hermsdorf-Friedrichshaus statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Händel-Weinsee über: „Die politische Lage.“ Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Im Waisenhaus.

Wer schon einmal im Waisenhaus zu tun hatte und sich das Kommen und Gehen näher angesehen hat, wird nicht ohne innere Erschütterung dies Haus verlassen haben. Eine Unsumme von Not und Elend tritt hier täglich in der verschiedenartigsten Weise in die Erscheinung. Das Zimmer Nr. 98 ist das, worin Zugänge und Abgänge gemeldet werden müssen. Täglich und stündlich kam man hier auf dem Flur Zeuge der verschiedensten Phasen des Elends sein. Da bringt ein Beamter einige kleine Kinder, deren Vater oder Mutter gestorben und die durch den Armenvorsteher des Bezirks dem Waisenhaus überwiesen worden sind, das nun den elternlosen Kindern ein neues Heim schaffen soll. So lange es sich noch um kleinere Kinder handelt, bliden sie recht unschuldig in die Welt und begreifen die ganze Tragik ihres Schicksals noch nicht; die größeren wissen schon eher, daß sie nimmermehr in die Hände fremder Leute kommen; ihre verweinten Augen lassen das erkennen. Vorläufig werden die Kinder einer Wärterin übergeben, die sie einstweilen im Hause unterbringt, von wo sie dann früher oder später in Familienpflege kommen, oft recht weit von Berlin fort. Ein Glückskind ist das, das zufällig einmal vermögende Leute, die keine Kinder haben, zu sich nehmen, lediglich um seiner selbst willen, und nicht, wie das heute gang und gäbe ist, des materiellen Vorteils wegen. Außer dieser Kategorie von Waisenkindern gelangen solche zur Aufnahme, die von den Eltern nicht mehr erhalten werden können, deren Vater oder Mutter im Gefängnis sitzen, und vor allem solche, die die Mutter nicht ernähren kann. Nicht ohne weiteres werden die Kinder hier angenommen. Wer aus Not sein Kind dem Waisenhaus übergeben will, muß erst einen dem Armenvorsteher ausgestellten Schein vorlegen können, worin die Hilfslosigkeit bescheinigt wird. Ohne einen solchen Schein Komende werden wieder abgewiesen und müssen wieder nach Hause gehen. Da sehen wir junge Mütter, die kaum entbunden haben, aber in ihrer Not nicht wissen, wohin sie mit dem Kinde sollen, im Zimmer Nr. 98 erscheinen, weil auch der Vater sich vor Alimerten drückt oder erst verklagt werden muß, ehe von ihm Pflegegeld zu erhalten ist. Alle wissen sich keinen anderen Rat, als dem Waisenhaus ihr Kind anzuvertrauen.

Auch solche Kinder, gegen die Fürsorgeerziehung beschlossen ist, werden zunächst hier eingeliefert, um nach kurzer Zeit in eine Anstalt übergeführt zu werden.

Herzergreifende Szenen spielen hier sich ab. Der Augenblick, da die Mutter sich vom Kinde trennen muß, ist der schwerste, der Moment, wo die Wärterin den Pfingel aus dem Verwaltungsgelände nach den hinteren Waisenhöfen bringt, wo sich die Kinder befinden. Umgekehrt können wir auch glückliche Szenen sich wiederholen sehen, wenn die Mutter wieder in die Lage kommt, ihr Kind zu sich zu nehmen und nun die Pflegemutter das mit der Zeit liebgewonnene Kind schweren Herzens wieder abliefern.

Man kann mit Recht sagen, daß hier Tränen oft in Strömen fließen, Tränen, die wirklich echt sind.

An anderer Stelle des Gebäudes werden für größere Waisenkinder, die in Familienpflege kommen, Kleidungsstücke ausgegeben und mit diesem „Vermögen“ unterm Arm verlassen diese Kinder mit ihrer Pflegemutter das Waisenhaus. Möchten sie Pflegektern finden, die ihnen wirklich Vater und Mutter ersetzen, ist unser stiller Wunsch, der sie begleitet.

Zu den Berliner Landtagswahlen.

Der Magistrat Berlin hat für die voraussichtlich im November dieses Jahres hier stattfindenden Neuwahlen am 5., 6., 7. und 12. Berliner Landtagswahlbezirk vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung 50 000 Mark bewilligt.

Wenn es richtig sein sollte, daß in der Tat die Landtagswahlen erst im November stattfinden sollten, so haben wir mit einem Wahlmonat zu rechnen, weil auch die Stadtverordnetenwahlen im November vollzogen werden. Warum aber der Termin für die Landtagswahlen soweit hinausgeschoben ist, dafür scheinen uns keinerlei stichhaltige Gründe ersichtlich zu sein.

Fahrpläne für Ferien-Sonderzüge nach den verschiedensten Richtungen sind von der Eisenbahndirektion herausgegeben worden. In dem kleinen Heftchen ist alles zu finden, was auf die Reisen Bezug hat, insbesondere Fahrpreise, Fahrzeiten usw.

Die Mitgliederversammlung des Abonnementsvereins von Diensthelfern, die am 10. Juni in der Philharmonie abgehalten wurde, nahm wieder einen äußerst stürmischen Verlauf. Nahezu 1000 Personen hatten sich eingefunden. Beim Eintritt in den Saal wurde eine so überaus scharfe und ausdringliche Kontrolle geübt, daß einige empörte Herren dem Regisseur, „Direktor“ Rosenow, nicht sehr liebliche Schmeichelnamen an den Kopf warfen. Dr. Ruggan leitete die Versammlung. Ein von 60 Mitgliedern unterzeichneter Statutenänderungsantrag war nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Hiergegen erhob die Opposition Protest. Der Antrag, in dem es sich um Erhöhung der Leistungen des Vereins zugunsten der erkrankten Diensthelfern, um die Neuordnung der Verwaltung im Sinne erhöhter Arbeitsleistung und geringerer Verwaltungskosten, um die Abschaffung der Vergütung von 5000 M. für den Aufsichtsrat und dergl. mehr handelte, hätte nun nur noch als Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung kommen können. Dazu wäre aber statutengemäß die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder nötig gewesen. Da etwa nur die Hälfte der Versammlung für die Dringlichkeit stimmte, so fiel der wichtige Antrag in die Versenkung.

Der Kampf entbrannte arg, als es zur Diskussion über die vorgelegten Kandidaten für den Aufsichtsrat kam. Ein Vertreter des besoldeten Aufsichtsrats meinte, man müsse den Herren für ihre aufreibende Tätigkeit die Beförderung wohl gönnen; die verheirateten Herrschaften wollen sich nichts schenken lassen, sie haben das nicht nötig. Der Grund, warum überhaupt Opposition gemacht würde, liege in politischer Richtung. Man wolle aus den zufriedenen Diensthelfern unzufriedene machen.

Die Redner der Opposition erklärten, daß der Verein von keiner Partei abhängig sein dürfe (Zwischenruf: Von Ihrer Partei abhängig), es müßten vor allem unnötige Ausgaben gepart werden. Wenn man es mit Proletariern zu tun hätte, dann sei eine Bezahlung der Aufsichtsratsmitglieder eher am Platze, so aber nicht. Bei der Abstimmung wurde die Liste der Opposition von der anderen mit etwa 600 gegen ungefähr 300 Stimmen überholt.

Lebhafte Diskussion entspann sich über einen Antrag Heibelbergers, der eine Forderung des Statuts dahingehend verlangte, daß erkrankte Diensthelfer einen einmaligen Besuch des Arztes im Hause und auch Medizin erhalten können. Verschiedene Redner legten sich dafür ein. Oft sind es nur plötzliche Erkrankungen, die bei schneller Hilfe bald überwunden werden. Es gibt auch Fälle, in denen ein Diensthelfer gar nicht instande ist, den Arzt anzufordern. Es müsse für die Diensthelfer mehr getan werden, jetzt gefehle nicht viel, dafür sei aber der Beamtenunterstützungsfonds sehr hoch. Gegenüber diesem Antrag kamen die Herren Verträge gleich mit ihren Forderungen. Ein Arzt meinte, wenn dieser Antrag durchginge, so würden die Kosten unerlos, sie könnten sich auf 100 000 M. belaufen. Es solle dann nämlich ein erster Besuch im Hause 3 M., ein zweiter 2 M. und ein Nachbesuch 9 M. kosten. Als ihm entgegengehalten wurde, was demgegenüber die Krankenkassen zahlen, meinte er: „Wir sind hier auch keine Krankenkasse.“ Schließlich wurde beschlossen, in einer später stattfindenden Versammlung über diesen Antrag weiter zu verhandeln; inzwischen sollen Erhebungen über den Kostenpunkt angestellt werden.

Die Versammlung zeigte wieder, daß die Mehrheit nicht daran denkt, den Diensthelfern auch nur ein Quentchen mehr zuzukommen zu lassen, als ihnen nach dem Buchstaben des Gesetzes zusteht. Allerdings bewahrten sich die bürgerlichen Redner mächtig gegen den ihnen gemachten Vorwurf, es seien nur wenig humane Herrschaften zu finden. Von wenig Humanität zeugt aber schon der Ausspruch, der dort fiel: „Human ist die Dienstherrschaft, die die Besetze befolgt.“ Wer da weiß, wie wenig die Besetze den Diensthelfern zugestehen, der kann die ganze Schwere dieser Worte ermessen. Und dazu gibt es noch genug Herrschaften, die die Besetze nicht befolgen. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß eine andere Richtung hier zu Worte kommt.

Kleamezzelverteilung durch die Schule? Oft ist darüber geklagt worden, daß Schulkindern von Lehrern und Lehrerinnen gefagt worden war, sie möchten ihre Schreib- und Zeichenmaterialien bezw. ihr Material zu weiblichen Handarbeiten in dem und dem Geschäft kaufen. Wird man es für möglich halten, daß eine Lehrerin der Meinung sei, ihren Schülerinnen auch für die Beschaffung von Turnkleidern ein bestimmtes Geschäft nennen zu dürfen? Uns wird — leider erst jetzt — mitgeteilt, daß in der 203. M ä d c h e n - G e m e i n d e s c h u l e (Frankfurter Allee 4) im März dieses Jahres kurz vor Schluß des Wintersemesters den Schülerinnen der Klasse II O von einer Turnlehrerin Fräulein Wierich ein Kleamezzel eines Geschäftes eingehändig worden sei, das seine Turnkleider empfahl. Ein erhalten gebliebenes Exemplar dieses Kleamezzells ist von dem Vater einer früheren Schülerin des Fräulein Wierich uns zugestellt worden und in unrerem Besitz übergegangen. Auf der ersten Seite lesen wir oben: „Wichtig für alle Mütter schulpflichtiger Mädchen“, und unten: „Zweckmäßige amtliche Turntracht für Mädchen, nach den neuesten Verordnungen des königlich preussischen Ministeriums gefertigt. Ministerialerlaß vom 23. Mai 1908.“ Auf der zweiten Seite rühmt die Firma die Vorzüge ihres „durch ministerielle Verfügung zur Einführung in sämtlichen Mädchenschulen und Lehrerinnenseminaren empfohlenen Mädchen-Turnanzuges“, den sie „für diese Schulen Berlin und auswärts“ in einem „genau der amtlichen Vorschrift entsprechenden“ Schnitt fabriziere. Das Mädchen, das diese Kleame mit nach Hause brachte, hat auf Befragen und versichert, der Hettel sei von der genannten Turnlehrerin sogar in einer erheblichen Zahl von Exemplaren unter den Schülerinnen verteilt worden. Kann eine Lehrerin es also zulässig ansehen, daß sie zu solcher Kleamezzelverteilung sich hergibt? Die Lehrerschaft hat oft genug sich dagegen geweert, daß der Schule alle möglichen und unmöglichen Dienstleistungen zugemutet werden. Wenn irgendwo in der Tagespresse gefordert wird, daß die Schule ihre Pflinglinge z. B. dazu anleiten soll, auch außerhalb des Schulhauses sich eines angemessenen Betragens zu befleißigen, dann wird in pädagogischen Fachblättern gehöhnt, was alles man da schon wieder vom Lehrer verlange. Im Gegensatz hierzu hat jene Turnlehrerin es nicht verschmäht, ihre Schülerinnen sogar darüber zu belehren, wo die „zweckmäßige amtliche Turntracht für Mädchen“ zu haben ist.

Ferienarten des Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs werden für die Zeit der Sommerferien — 3. Juli bis 9. August — im Verkehr mit Berlin, Schleißer Bahnhof, GÖrlitzer, Sietliner Bahnhof, Lehrer und Potsdamer Hauptbahnhof, Wannseebahnhof, Potsdamer Ring- und Vorort-Bahnhof, sowie von den Stationen Charlottenburg bis Jannowitzbrücke nach Vororten unter denselben Bedingungen ausgedehnt wie Monatskarten und zwar ebenfalls II. und III. Wagenklasse. Die Ausgabe von Ferienarten ist auch im Verkehr der Vororte untereinander, sowie von Ringbahnstationen nach Vororten zulässig. Es wird der taritmäßige Preis der Monats- und Monats-Reisenkarte für die verlangte Verkehrsverbindung zugrunde gelegt und für die den Monat überdauernden Tage noch ein fester Zuschlag hinzurechnen, nämlich: eine Mark für jede Stammlarte II. Klasse, 50 Pf. für jede Nebenlarte II. Klasse, 50 Pf. für jede Stammlarte III. Klasse und 30 Pf. für jede Nebenlarte III. Klasse. Die Veranschlagung von Ferienarten beginnt bereits am 20. Juni d. J., sie darf bis zum 26. Juli (für den Rest der Ferien) erfolgen.

Ein tragischer Unglücksfall im Straßenverkehr trug sich gestern morgen in der Badstraße zu. Der siebenjährige Gerhard Ulrich, dessen Eltern Brunnenstraße 113 wohnen, war mit seinem vierjährigen Schwesterchen nach dem Hundsböschung zu gegangen. Als die beiden Kinder den Fahrdamm der Badstraße überstiegen, geriet das Mädchen in Gefahr, von einem Geschäftswagen überfahren zu werden. Der Bruder sprang schnell hinzu, um das Kind zurückzuführen, doch kam er dadurch selbst gegen das Gefährt. Er wurde

niedergerissen und überfahren. Am ganzen Körper erlitt der Kleine Verletzungen. Nachdem er auf der Rettungswache Notverbände erhalten hatte, wurde er nach der Igl. Klinik gebracht.

Drei „Geldstranknacker“ wurden in der vergangenen Nacht durch die Aufmerksamleit des Wächters Ferdinand Krüger aus der Simon-Dachstr. 44 auf frischer Tat erfaßt. Der Schlosser Max Drabert und die Arbeiter Paul Leschinevski und Wilhelm Kaul, junge Männer von 23, 21 und 29 Jahren, noch keine geverbemäßigen „Knacker“, hatten es auf die Filiale der Darmstädter Bank in der Reintindorfer Straße 15 abgesehen. Sie hatten „ausbalotiert“, daß die Geschäftsräume der dortigen Depotkasse von denen eines „Klientopps“ nur durch eine Rabitzwand getrennt sind. Dementprechend wählten sie ihre Werkzeuge, Pressstangen und Drahtseile. Von der Ravensstraße her über die Mauer eines Schulgrundstücks in den „Klientopp“ gelangt, waren sie gerade dabei, die Rabitzwand mit den Stangen zu durchlöchern und die Drähle durchzukneiden, als Krüger auf seinem Rundgange ihr Geräusch hörte. Der Wächter holte seinen Wachtmeister und einige Schutzmänner und nun machte man mit vereinten Kräften einen Angriff auf die Eindringler. Als diese ihre Gegner eindringen sahen, wollten sie entfliehen. Sie wurden aber angehalten, überwältigt und nach der Waache gebracht. Hier fand man bei ihnen auch Pulver, das zum Sprengen der festen Trepsen der Geldkassette dienen sollte. Die Ertrappten wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht und gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Einen schaurigen Fund machte vorgestern abend um 8 1/2 Uhr der Waler Otto Wolf aus der Caprivistra. 19. Wolf hat im Keller einen Verschlag, in dem er Farben und Geräte aufbewahrt. In einem Gang zu dem Verschlage stand sein Kinderwagen. Als er nun vorgestern abend etwas aus dem Keller heraufholen wollte, sah er zu seiner Verwunderung ein Palet in braunem Packpapier im Kinderwagen liegen. Er öffnete es und fand darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die am Halse Bürgemal und über dem linken Auge einen blauen Fleck wie von einem Schläge aufwies. Wolf übergab den unheimlichen Fund der Kriminalpolizei, die ihn nach dem Schauhaufe bringen ließ.

Einen schweren Verlust hat am Donnerstag zwischen 11-11 1/2 Uhr ein Kaffierer erlitten, der auf dem Wege von der Kochstraße durch die Friedrichstraße bis zum Belleallianceplatz einen Geldbetrag von 500 M. in Kuxen verlor. Da dieser schwere Verlust einer um seine Erfinden ringenden Arbeiter betrifft, wird hiermit der erkläre Finder dringend gebeten, die Summe auf dem Polizeibureau Wilhelmstraße 30 abzugeben.

Noch nicht ermittelt ist ein circa 33 Jahre alter, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann, welcher am 1. April d. J. im Tiergarten in der Nähe der großen Sternallee erschagt aufgefunden wurde. Der Mann hatte blondes Haar und Schnurrbart und war bekleidet mit schwarzem Heberzieher, schwarzem Rock, brauner Hose, braunem Schlapphut und Zughilfseifen. In den Kleidertaschen befanden sich eine Uhr mit Kette, eine Brille und ein Taschmesser. Die Photographien können bei der Kriminalpolizei eingesehen werden, wo auch mündliche oder schriftliche Mitteilungen zu den Akten 1130 IV. 59 09 entgegengenommen werden.

Feuerwehrrachrichten. In der letzten Nacht hatte die Berliner Feuerwehr wieder ununterbrochen zu tun. Der fünfte Zug wurde nach Al-Stralau entsandt. Dort war abends in der Korb-Fliehkerei der dortigen Glasbläse ein gefährlicher Brand ausgekommen. Die freiwillige Ortsfeuerwehr war bei Ankunft der Berliner Feuerwehr schon mit drei Schlauchleitungen wieder tätig, die Berliner gaben dann auch noch mit einer Dampfstriegle kräftig Wasser. Den vereinten Anstrengungen gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhüten und die Flammen in später Abendsunde zu löschen. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Am 10 Uhr kam auf einem unbebauten Gelände in der Danziger Straße 62a, nahe dem südlichen Ebbach, Feuer aus. Man hatte dort unter anderem eine Holzbohle in Brand gesteckt, wobei zwei Hunde verbrannten. Der Automobil-Pöschzug war schnell zur Stelle und löschte den Brand. Ein dritter größerer Brand kam nachts um 1 Uhr auf dem Hofe Simeonstr. 18 aus unbekannt gebliebener Ursache zum Ausbruch. Eine Menge Ästen usw. fanden dort bei Ankunft des 17. Zuges in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben wurde eine weitere Gefahr verhütet. Fast gleichzeitig erfolgten Alarme aus der Neuen Hochstraße 11 und Jagowstraße 18. Hier stand ein Laden in Flammen und dort Stapel von Presslosten auf einem offenen Lagerplatz. An beiden Brandstellen hatte die Feuerwehr tüchtig Wasser zu geben. Die Ermittlungen über die Entstehung dieser beiden Brände sind noch nicht abgeschlossen. Ferner hatte die Wehr in der Reußstädtischen Kirchstraße 15 einen Schaufensterbrand zu löschen und in der Weinstr. 29 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Von einem Hunde umgerannt und von einem Automobil überfahren wurde gestern auf der Frankfurter Chaussee der 9-jährige Schüler Otto Weber. Der Knabe wollte den Fahrdamm überqueren und litt dabei, um ein herannahendes Automobil vorbeifahren zu lassen. In diesem Augenblick lief ein großer Hund gegen den kleinen B., der ungerissen wurde und so unglücklich stürzte, daß die Räder des Kraftwagens über ihn hinweggingen. Der Chauffeur, der das Unglück nicht verhindern konnte, brachte den schwerverletzten Knaben nach einem Krankenhaus.

Dem hiesigen Magistrat und nicht dem Kummelsburger Gemeindevorstand gilt die Anfrage des Kummelsburger Arbeitervereins in der gestrigen Nummer der unter „Kummelsburg“ lautenden Notiz: Ein bedauerlicher Unglücksfall. Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung bereits vor zwei Monaten den Beschluß gefaßt, allen Turnvereinen die leerstehende Turnhalle zu Turnübungen zur Verfügung zu stellen. Da die Lichtenberger Abteilung des genannten Turnvereins auf ihr Geisuch um Ueberlassung der Turnhalle vom Magistrat noch keine Antwort erhalten hat, dürfte es an der Zeit sein, daß die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat an den gefaßten Beschluß erinnert.

Treptow-Baumschulweg.

Zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und einigen Syndikalisten kam es am letzten Dienstag in einer von der Freien Vereinigung nach Baumschulweg einberufenen öffentlichen Versammlung, in welcher der Redakteur der „Einigkeit“ Roter über „Sozialdemokratie und Klassenkampf“ sprach. Der Referent wies die alten Tiraden von der Verumpfung der Gewerkschaften durch Tarifverträge und Unterstützungsvereinigungen, von dem Falllassen und Weisheitsreden des Klassenkampfcharakters der Partei durch den Parlamentarismus usw. auf. Als Beweise dafür nannte er einige Namen von politisch und volkswirtschaftlich tätigen Genossen, zitierte auch aus dem Zusammenhang einige Stellen des kommunistischen Manifestes, selbstverständlich nur was ihm gerade in den Kram paßte. Er sagte zum Schluß, wohl abnungsvoll (Pankow ?), sie wären nicht gekommen um Profektien zu machen, wollten vielmehr nur „Warner“ am Wege sein. — Als erster Diskussionsredner sprach unser Abgeordnete Genosse Pubeil. Derselbe betonte, daß, wenn man das kommunistische Manifest zitiere, doch wohl auch die Stellen finden müsse, die von der parlamentarischen Aktion sprechen. Eine Gruppe auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse sei eben auch die Eringung der

politischen Macht. Des weiteren hielt er dem Referenten vor, daß er wohl sehr vieles aus seiner früheren Tätigkeit vergessen habe. — Ferner sprachen die Genossen Bissel und Hag. Legierer wies die unzutreffenden Ausführungen des Referenten in Bezug auf die Gemeindefinanzen nach und zeigte die „Warner am Wege“ in ihrer wahren Gestalt an einem Zitat aus der „Einigkeit“ vom 27. Juni vorigen Jahres (Parteiungsprotokoll Seite 216). Dieses war dem Referenten und seinem mitgebrachten Stabe sichtlich sehr unangenehm. Sie wurden auch daran erinnert, daß sie überall da aufstauden, wo Unstimmigkeiten herrschten, um in Trüben zu fischen. Alles in allem: viel Freude haben die „Warner am Wege“ hier nicht erlebt.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevortretterwahl. Zum Ortstatut des Kaufmanns- und Gewerbegerichts lagen einige Abänderungsvorschläge vor. Dem Antrag der beteiligten Gemeinden gemäß wird das Gericht als Kaufmanns- und Gewerbegericht für Ober-, Nieder-Schöneweide und Johannisthal bezeichnet werden. Eine weitere Änderung findet in der Kostenbedarfsfrage statt. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens wird nun endgültig der 1. Oktober 1909 festgesetzt. Betreffs des Wochenmarktes wurde beschlossen, daß derselbe Sonnabends von 8-9 Uhr und des Mittwochs im Sommer von 7-11 und im Winter von 8-12 stattfindet. Das Standgeld wird auf 20 Pf. für den Quadratmeter erhöht. Auch sollen hinfür für den Handel dortselbst kleinere Postamentier- und Schmiltwaren zugelassen werden. Zur Einrichtung der beiden Kochschul-Klassen in der 4. Gemeindegemeinschaft mit Wirtschaftgegenständen werden 1600 M. bewilligt, bezuglich der Künstlerzeichnungen als Wandgemälde in den Klassenräumen 150 M. Für Ausschmückung der Sprechbrücken anlässlich der Kuderregatta wurden 100 M. bewilligt. Von unseren Genossen wurde erklärt, daß die Vertretung für solche Zwecke die Steuerprozesse denn doch nicht verpulvern dürfe; wolle der Regattakomitee Klame für seine Veranstaltung machen, möge er gefälligst auch die Kosten tragen. Für Anschaffung einer Straßenkehrmaschine wurden 780 Mark bewilligt. Die Einrichtung des Nachtsperrenbetriebs ist als gescheitert zu betrachten. Den Ausdünstungen des Klarmarktes soll dadurch begegnet werden, daß der Schornstein wesentlich erhöht wird. Eine diesbezügliche Vorlage wird der Vertretung zugehen. Die neue Umfassungserordnung wurde nach der Vorlage angenommen. Ueberschreitungen der Baumsumme für die beiden großen Regenkanäle im Zuge der Siemens- und Frischenstraße wurden genehmigt. In geheimer Sitzung wurden Eingemeindungsfragen erledigt.

Rummelsburg.

Die Freie Turnerschaft hält heute abend von 7-11 Uhr in der Turnhalle Vorlesung, Eingang Wühlischstraße, ein öffentliches Zusammenkommen ihrer drei Männerabteilungen und der Damenabteilung ab. Freunde der Arbeiterturnerschaft sind hierzu freundlichst eingeladen.

Röpenitz.

Sonntag, den 13. d. Mts. nachmittags 3 Uhr, findet im kleinen Saal des Stadttheaters, Friedrichstraße, eine öffentliche Versammlung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der ein Vortrag des Herrn Waisle-Verlin über: „Die wahren und die falschen Freunde der Arbeiterjugend“ auf der Tagesordnung steht. Wir erwarten, daß die Genossen für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung Sorge tragen. Es soll außerdem zu einem interessanten Bericht des hiesigen Blattes „Dampfboot“ Stellung genommen werden. Der Jugendausschuss.

Reinickendorf.

Zwei Punkte der Tagesordnung der am Donnerstag stattgefundenen Gemeindevortretterversammlung hätten es den von den Bescheidenden gewählten Herren ermöglicht, ihr so oft betontes soziales Empfinden und warmes Herz für die Arbeiter zu betätigen. Einmal der Antrag der Gemeindevortretter um Neuregelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das andere Mal der Erlaß einer neuen Friedhofordnung. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindevortretter waren schon recht häufig Gegenstand lebhafter Debatten in der Gemeindevortretterversammlung. Zu Anfang des Jahres hatten die Arbeiter, die man im vorigen Jahre mit einer Zulage von 3 Pf. pro Stunde glaubte abfinden zu können, sich mit einer Eingabe an den Gemeindevorstand gewandt. Wie traurig ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind, kann man aus den Forderungen sehen, die sie aufstellen. Zunächst einmal die Verkürzung der jetzt zehnständigen Arbeitszeit auf neun Stunden, Zahlung von Wochenlöhnen statt der jetzt üblichen Stundenlöhne. Gefordert wurden Löhne für die Arbeiter der Straßenreinigung von 24 bis 27 M., für Vorarbeiter 3 M. mehr; der Sanifisation: Rohrleger 33 bis 38 M.; Wasserwerk: 25 bis 28 M.; Gärtner: Gärtner 30 bis 33 M., Arbeiter 24 bis 27 M. Auf diese wahren nicht unbedeutenden Forderungen war den Arbeitern ein ablehnender Bescheid zugegangen. Gelegentlich der Sitzberatungen nahmen unsere Genossen diese Anträge wieder auf, mit dem Erfolg, daß sie dem Gemeindevorstand überwiesen wurden zwecks Ermittlung der finanziellen Wirkungen. Am Donnerstag erstattete der Bürgermeister den Bericht. Erforderlich wären nach seiner Berechnung etwa 18 000 M., die aber die Gemeinde bei den augenblicklich schlechten finanziellen Verhältnissen nicht aufbringen könne. Neben ließe sich über die Verringerung der Stunden- und Wochenlöhne, da erstere in der Tat eine gewisse Härte darstellen. Doch könne das nicht so kurzerhand beschlossen werden, er regte die Bildung einer besonderen Kommission zu diesem Zweck an. Gegen diese Anregung, wie überhaupt gegen die ganzen Forderungen, legte der Fabrikant Veder los. Die Behauptung unserer Genossen, daß in neun Stunden soviel geleistet würde wie in zehn Stunden, sei Anfinn. Erhebungen in der Industrie (von wem veranstaltet?) hätten das Gegenteil bewiesen. Zuerst wird ja aus Danbarkeit (auch nach strengen Streiks, Herr Veder?) etwas schneller gearbeitet, später aber versallen die Arbeiter wieder in das alte ihnen angeborene Plogma und es wird eben so viel weniger gearbeitet, als bei Verkürzung der Arbeitszeit beträgt. Wenn die einzelnen Industrien, besonders die Buchdruckereibetriebe, auf die Genosse Ohl vorher empfänglich war, dennoch eine Verkürzung der Arbeitszeit vornehmen, so handeln sie ganz unter dem Zwange der sozialdemokratischen Verbände. Unsere Genossen kennzeichnen gebührend die sozialpolitische Weisheit dieses Herren. Sie wiesen auf die außerordentlich günstigen Erfahrungen hin, die andere Gemeinden mit der Arbeitszeitverkürzung gemacht haben. Im übrigen aber wäre es nicht nötig, daß unsere Gemeinde in allen Dingen als letzte hinterherhumpelt, was auf die Verkürzung der Arbeitszeit gesagt, treffe in ebenso reichem Maße auf die bessere Entlohnung zu. Je mehr freie Zeit dem Arbeiter zur Verfügung steht, und je höher seine Entlohnung ist, um so mehr wird er Körper und Geist pflegen können, was wiederum zur Arbeitsfreudigkeit beiträgt. Im übrigen sollte, was dem einen recht ist, dem andern billig sein, bei den Gemeindevorständen ist in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse eine Gehaltserhöhung angenommen worden, die etwa 24 000 M. im Jahre beansprucht, die Erhöhung der Lehrergehälter werde noch mehr kosten. Und doch ist die Arbeitszeit der Beamten von acht auf sieben Stunden gekürzt worden. Wenn der Bürgermeister vorher Löhne bis zu 1900 M. aufwärts angeführt habe, so könnten das nur ganz wenige Ausnahmen sein, denn sonst könnte die Erfüllung der beschriebenen Wünsche der Arbeiter keine 18 000 M. kosten. Daß die Finanzlage so schlecht ist, liege doch daran, daß man die Erhöhung des Gemeindefinanzbedarfes zur Einkommenssteuer abgelehnt habe. Zum Schluß beantragte Genosse Ohl namensliche Abstimmung über den Antrag auf Verweisung an die Kommission; Herr Veder Uebergang zur Tagesordnung. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Ohl und der auf Kommissionsberatung abgelehnt, der Antrag Veder angenommen. Die Wünsche der Gemeindevortretter sind somit glatt unter den Tisch gefallen. Wenn die Mehrheit glaubt, mit dieser Vergewaltigung die Forderungen abgetan zu haben, irrt sie sich. Unsere Genossen werden keine Gelegenheit versäumen, die Anträge so lange zu wiederholen, bis selbst die

Reinickendorfer Gemeindevortretter sie nicht mehr ablehnen kann. Das wird um so früher sein, je rühriger die Gemeindevortretter selbst daran mitwirken.

Bei Erlaß der neuen Friedhofordnung handelt es sich in der Hauptsache um die Erhöhung der Gebühren. Genosse Ohl forderte hier zunächst die völlige Inenigeltlichkeit, sei das aber aus finanziellen Rücksichten nicht möglich, so beantragte er eine Ermäßigung statt Erhöhung der Gebühren für gewöhnliche Beisetzgräber, dafür aber eine Verdoppelung der Gebühren der Erbbegräbnisse und Wahlstellen. Der prunkende Denkmäler und Grabeinfassungen herzustellen lassen könne, kann gewiß auch höhere Gebühren zahlen, zumal sie sowieso noch unterm Selbstkostenpreis bleiben. Aber auch hier erstand den Bescheidenden wiederum ihr Ketten in der Person des tapferen Veder. Unsere Anträge wurden natürlich abgelehnt. Dann fand die Neubildung der Kommission statt, und zwar auf Antrag Veder für zwei Jahre. Gewählt wurden von unseren Genossen in die Finanzkommission Genosse Köhn, Begekommission Genosse Gräber, Einquartierungskommission Genosse Schiller. Zum neuen Sparkassenrat wurden einige Abänderungen beschlossen. Die Sparkasse wird am 1. Juli im Rathaus eröffnet werden. Die Vergütung erfolgt täglich, der Zinssatz wird auf 3 1/2 Proz. festgesetzt. In den Sparkassenrat wird u. a. gewählt unser Genosse Köhn. Für die Erweiterung des Parkes um den Gemeindefriedhof werden 1000 M. und dem Zuberulosekomitee zur Zubehörlampfung 300 M. bewilligt. Die Erweiterung der vierten Gemeindegemeinschaft beantragt 125 000 M. Der 12klassige Erweiterungsbau wird neben der Turnhalle aufgeführt. Diese selbst durch Aufsehen eines weiteren Stadtwirks vergrößert, so daß der Zugang zum oberen Stadtwirk mit der ersten Etage des neuen Flügels verbunden wird. Ist diese Anordnung auch vom hygienischen und pädagogischen Standpunkt aus nicht ganz einwandfrei, so waren unsere Genossen doch aus räumlichen Gründen gezwungen, dafür zu stimmen. Die Bauausführung soll so beschleunigt werden, daß das neue Gebäude bereits am 1. April nächsten Jahres bezogen werden kann.

Französisch-Buchholz.

Sein 8. Stiftungsfest feiert am Sonntag, den 13. Juni, der hiesige Arbeitergesangsverein „Wach auf“ in Räthes Festsaal, Verlinderstr. 39. Da genannter Verein bei Parteidarstellungen stets mitwirkt, werden die Genossen ersucht, an dem Fest zahlreich teilzunehmen.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Vor Beginn der Sitzung gibt der Direktor der städtischen Gasanstalt Kühing einen Bericht über den kürzlich erfolgten Unglücksfall auf dem Konradendamm, bei welchem auch leider ein Arbeiter seinen Tod gefunden. Nach dem Bericht des Gasdirektors hat die Firma Siemens u. Schudert eine Luftballonfällstation errichtet, zu welcher das Gas aus dem dortigen Gasbehälter der Stadt geliefert werden sollte. Zu diesem Zweck sollte vom Reglerhaus eine gußeiserne Leitung vom Hauptrohr abgezweigt werden. Aus diesem Grunde mußte das Hauptrohr angehoben und sollte alsdann ein Schieber eingeseht werden. Diese Arbeit wurde am Sonnabend nachmittags vorgenommen. Beauftragt zur Leitung dieser Arbeit war der Maschinentechniker Schülle. Man habe nun Anstoß daran genommen, daß in der Nähe des Gasbehälters wegen des starken Drucks solche Arbeit vorgenommen wurde. Der Druck betrage an dieser Stelle etwa 60 Millimeter. Wenn man aber berücksichtige, daß 10 000 Millimeter erst eine Atmosphäre sind, so ist der Druck nicht als übermäßig groß zu bezeichnen. Er habe dem Maschinentechniker Schülle überdem noch die größte Voracht angetragen. Dieser habe das angebohrte Gasrohr durch eine Rinderblase abgesperrt. Schülle wolle nicht durch Abdichtung des Wasserlopfes erst das Gas für den ganzen Stadtteil absperrern, weil die Arbeit nur kurze Zeit in Anspruch nahm und weil die Abdichtung eines Stadtteils auch mit gewissen Gefahren verbunden sei, indem nicht alle Hauptrohre geschlossen würden, namentlich in solchen Räumen, wo den ganzen Tag Gas gebraucht werde, und es könnten dann bei Wiederaufhebung der Abdichtung leicht Explosionen entstehen. Die Rinderblase verplahte unglücklichweise und das Gas strömte nun aus dem ziemlich tiefen Rohr in den Arbeitsraum. Die Leute versuchten trotzdem noch schnell den Schieber vorzusehen, was ihnen auch schließlich gelungen wäre, wenn nicht der eine Rohrleger bewußtlos umgefallen wäre. Dadurch ließen auch die anderen Leute los und wurden ebenfalls bewußtlos, weil zuviel Gas ausströmte, trotzdem der Keller, in welchem die Arbeit vorgenommen wurde, gut gelüftet war. Schülle versuchte noch einen Blechschieber vorzusehen, er wurde aber hierbei auch bewußtlos. Zum Unglück war auch wegen des Schwitters der Fernsprecher auf der Post abgestellt, so daß es schwer hielt, die Feuerwehr herbeizurufen. Von den fünf Bewußtlosen konnte einer, der Rohrleger Woche nicht mehr zum Leben zurückgerufen werden. Die anderen erholten sich teils bald wieder, teils wurden sie ins Krankenhaus oder in ihre Wohnung geschafft und sind heute außer aller Gefahr. Von den Stadtvorordneten Genossen Pieper und Schmidt I sowie von den bürgerlichen Stadtvorordneten Scholz und Simon wird die Schuld an dem Unglück dem Gasdirektor beigemessen insofern, als der Maschinentechniker Schülle gasdicht nicht genug vorgebildet war, um solche gefährliche Arbeit zu leiten. Man hätte müssen den Stadtteil auf kurze Zeit absperrern und dies vorher bekannt machen lassen, wie es bei der Abdichtung von Wasser auch gemacht werde. Außerdem habe man erst die Abdichtung mit einer Gummiblase versucht und als diese plagierte, nahm man eine Rinderblase. Von dieser Gummiblase hatte der Gasdirektor gar nichts gesagt und als er darauf hingewiesen wurde, meinte er, die Gummiblase käme gar nicht in Betracht. Jedenfalls wird die Angelegenheit noch von der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Es wird hinterher als dringliche Vorlage die Anschaffung eines neuen Sauerstoff-Apparates beschlossen und hierfür 400 M. bewilligt. Stadtvorordneter Genosse Schmidt hatte bemängelt, daß bei dem Unglück am Konradendamm ungenügend Sauerstoffapparate vorhanden waren. — Bei der Vorlage betreffend Bewilligung von 48 000 M. aus dem Kaufgelde des Johannes-Stifts zur Herstellung einer Uferbefestigung am Teufelsseckanal sprach der Stadtvorordnete Genosse Pich seine gerechte Entrüstung darüber aus, daß man zum Bau von zwei Brücken über den Kanal Soldaten vom Pionier-Bataillon verwendet habe und hierfür noch 6000 M. aus dem Stadtfiskus zahlen solle. Bei dieser wirtschaftlichen Krise, wo so viel Arbeitslose umherlaufen, sei dies geradezu unerantwortlich. (Der Stadtvorordnete Schmiedemeister Schulze machte bei diesen Ausführungen den Jukuruf: Das sind lauter Figaretten-Jungen!) Die Vorlage selbst wurde zurückgegeben. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Fingelschluß pro 1908, der einen Ueberschuß von 202 888,57 Mark ergibt und erteilt ihre Zustimmung, daß dieser Ueberschuß wie folgt verteilt wird: 125 000 M. werden der Rechnung für 1910 vorgetragen; 13 215,68 M. werden zur Deckung der Ausgabeverhältnisse verwendet; 14 000 M. werden dem Straßenregulierungsfonds, 41 000 M. dem Strausenausgleichsfonds und 682,91 M. dem Schulhausbaufonds zugeführt; der Fehlbetrag bei der Gaslosse mit 42 806,08 M. soll 1910 von den zu erwartenden Ueberschüssen abgedeckt werden; die Fehlbeträge bei der Wasserwerks- und Sanifisationskasse sollen vorgetragen werden; der Ueberschuß bei der Elektrizitätskasse von circa 4900 M. soll dem Reservefonds zugeführt werden. — Als erster Teilbetrag der genehmigten Anleihe von 31 488 000 M. soll von der Berliner Lebens-Versicherungsgesellschaft A.-G. zu Berlin und von der Soehndlung ein Darlehen von 4 1/2 Millionen Mark aufgenommen werden und zwar mit 4 Proz. Verzinsung. Das Geld wird zum Juli, wenn die Straßenbahn in das Eigentum der Stadt übergeht, gebraucht. Die Vorlage wird genehmigt. — Die Satzungen der Betriebskrankenkasse für städtische Arbeiter werden genehmigt. 119 000 M. zur Auffüllung von Teilen der Aufwiegen und des Stadtwalles werden bewilligt.

Dem Leihensfund am Mittwochnachmittag scheint ein Verbrechen zugrunde zu liegen. Der „Spandauer Anzeiger“ schreibt hierzu: Die gefandene Leiche des Wädereffens Sonntag ist zuerst von dem

Wahnschreiber Hermann Brandt wahrgenommen worden, der den Vorfall auf der Bahnhofsstraße mitteilte. Der Tote lag nicht weit von der Bahnhofs-Grenze in einem Rebenraum der Spree, der nach deren Regulierung dem durchgehenden Schiffsverkehr nicht mehr dient. Er liegt aber mit dem Hauptfluß selbst in Verbindung, und es kann auch in diesem Falle vermutet werden, daß die Leiche von der Strömung angetrieben und an dem Treffpunkt der Spree mit dem toten Arm von westlichem Winde in dieses Gewässer geworfen worden ist. Die Leiche befand sich, als Polizeibeamte mit Arbeitern zu ihrer Bergung erschienen, dicht am Ufer unweit der Anstehener Trabrennbahn; die Kleidung des Toten war sehr in Unordnung; sie war ganz nach oben gezogen, was wohl von den Schrauben der Schleppdampfer verursacht worden ist. Außer der gestirnten roten Verkleidung über dem linken Auge sind noch drei Wunden in der Schädeldede vorhanden; diese rühren allem Anschein nach von Messerhieben her, denn sie sind scharfrandig und nicht so flach wie die Stirnwunde; an dieser Stelle ist der Knochen zertrümmert und das Gehirn bloßgelegt; diese Verletzung dürfte von einer Schiffschraube hervorgebracht sein. Bei der Leiche sind verschiedene Papiere vorgefunden worden, die sämtlich auf den schon mitgeteilten Namen lauten. Auffällig ist, daß bei dem Toten weder Geld noch Wertgegenstände vorgefunden wurden. Seine Kollegen sagen aus, daß er ein eifriger Rennbahnbesucher gewesen sei und auf Rennplätzen gern gewettet habe. Die Leiche hat ungefähr 4 bis 5 Tage im Wasser gelegen. Von seinen Bekannten nimmt niemand an, daß er sich selbst ein Leid angetan habe. Die bisher ermittelten Umstände deuten auf ein Verbrechen hin.

Vermischtes.

Untergang eines deutschen Schiffes. Aus Hull wird vom gestrigen Tage berichtet: Der Dampfer „Humber“ ist mit der Besatzung des deutschen Schiffes „Modena“ hier eingetroffen. Die „Modena“ war Mittwoch nacht 38 Meilen vom Haffel Leuchtturm nach einem Zusammenstoß mit dem Dampfer gesunken. Zehn Mann retteten sich sofort an Bord des „Humber“, vierzehn bestiegen ein zu kleines Boot, das kenterte; sie wurden in erschöpftem Zustand gerettet. Zwei Mann werden vermisst.

Ein Greisenpaar in den Flammen umgekommen. Ein bejahrtes Ehepaar fand in der vergangenen Nacht bei einem Brande in Wingen seinen Tod. In dem Hause des Kunstschers Heinrich Kroll, in der Heurichstr. 35, brach ein Brand aus. Der 64 Jahre alte Einwohner Schem und seine 87 Jahre alte Ehefrau verbrannten.

Der Raubmord auf dem Broden.

In Friedrichsbrunn im Harz wurde der angebliche Vergewaltiger Emil Westphal unter dem dringenden Verdacht verhaftet, den Mord an dem Direktor Karl Friedrich auf dem Broden verübt zu haben. In Begleitung des 24-jährigen jungen Mannes befand sich der Schüler einer Privatschule für Vorbereitung zum Einjährigendienst in Magdeburg, der von Westphal während eines mehrtägigen Aufenthaltes im Harz festgehalten worden war. In Friedrichsbrunn verweigerte der Verhaftete jede Aussage. Er wurde deshalb in das Amtsgerichtgefängnis in Quedlinburg gebracht. Beide sind vorgestern nachmittag um 4 Uhr vernommen worden. In dem Rudolf Westphals wurde ein altes abgetragenes Jackett gefunden, das der Jade, die nach der strobriefflichen Beschreibung der Raubmörder getragen hat, ähnlich ist. In dem Besitz des Verhafteten fand man einen Hundertmarkschein und mehrere Zwanzigmarkstücke. Als er nach der Herkunft des Geldes gefragt wurde, gab er an, daß er von seinem Vater in Giesleben 120 M. erhalten habe. Bei einer telephonischen Anfrage bei dem Vater Westphals, der in Giesleben einfacher Bergmann ist, stellte sich aber heraus, daß er weder Geld erhalten noch besitzen hätte. Der Begleiter des Verhafteten ist, weil er unerbäulich ist, wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Gestern morgen wurde Westphal zum zweitenmal verhört. Dabei fanden mehrere Verdachtsmomente ihre Bestätigung und es gewinnt jetzt immer mehr den Anschein, daß Westphal zwar nicht den Raubmord auf dem Broden, aber ein anderes Verbrechen begangen hat, über das er sich vorläufig noch nicht geäußert hat. Der Untersuchungsrichter ordnete deshalb an, daß die polizeilichen Recherchen nach dem wirklichen Mörder unerbäulich wieder aufgenommen werden sollen. Westphal bleibt vorläufig bis zur völligen Klärung der Angelegenheit in Haft.

Freie Jugendorganisation. Gruppe Süd-Ost. Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, Gruppenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelster 15. 1. Vortrag des Herrn Engelbert Graf über: „Entwicklungsgeschichtliche Studien auf marxistischem Boden“. 2. Besichtigung.

Witterungsübersicht vom 11. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. F. d. N.	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. G. u. F. d. N.
Emmenda	756 RD	3	Regen	12	Saparanda	759 RD	4	Regen	6		
Damburg	759 RD	2	Regen	10	Fetersburg	762 RD	1	Regen	12		
Berlin	756 R	5	Regen	10	Sellig	763 R	3	Wolllig	12		
Frankf. A.	755 RD	4	Regen	10	Werbien	765 RD	2	Wolllig	9		
München	754 RD	4	bedest	13	Varis	758 R	4	Wolllig	9		
Wien	754 S	3	bedest	17							

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. Juni 1909.
Zunächst kühl; vorwiegend trübe mit geringeren Regenfällen und heißen nördlichen Winden; später langsam aufhellend und etwas wärmer. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 6.		am 11. 6.		Wasserstand	am 10. 6.		am 11. 6.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Nemel, Mühl	138	-4	Saale, Grotzen	60	-0				
Vegel, Ansternburg	-25	-5	Saale, Spandau	45	-2				
Wesfel, Thom	102	-6	Saale, Rathenow	71	-2				
Dber, Rathor	265	-55	Spree, Spremberg	70	+2				
Krossen	179	-8	Wesler, Dresden	61	-2				
Frankfurt	183	-18	Wesler, Rüdow	-104	-1				
Sartitz, Schrumm	32	+3	Wesler, Rüdow	-28	0				
Landberg	16	-2	Wesler, Magdalenau	480	-4				
Rege, Borcham	-10	-1	Wesler, Rüdow	152	+2				
Gilde, Leimertz	26	+56	Wesler, Rüdow	160	+4				
Dresden	-93	+42	Wesler, Rüdow	44	-4				
Berlin	74	-4	Wesler, Rüdow	95	-1				
Magdeburg	78	+2	Wesler, Rüdow	20	+3				

+) bedeutet Hoch, -) Tal, -) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Eindrucks Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1007, abends 7 Uhr wochentäglich abends von 7, bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bei zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 23. 26. Den Eid würden Sie ja nach Ihrer Darlegung leisten können. Dann erfolgt Abweisung. Wegen der Gebührensicherung kommt es auf das Gutachten eines Sachverständigen über dessen Brauchbarkeit an. — W. 8. 100. Die mündliche Vereinbarung ist gültig. — G. 6. 2a. — Sohrenjollen. 1. Ja, falls nicht ihr Einkommen dem des Ehegatten zugerechnet wird. 2. Nein. — W. 23. 77. Nein. — W. 47. In der Handlung kann Bezug erblitt werden. — W. 6. 50. 1. Die Klasse ist im Recht; die Bedingung hätte spätestens am 17. April erfolgen müssen. Leider gehören Sie, weil dort kein Status, das Gemeindefürsorge für lassenpflichtig erklärt, keiner Klasse an. Wenden Sie sich an Genossen Eimanowski, Engelster 15, mit einer Anfrage, ob er Ihnen eine freie Klasse empfehlen kann. 2. Deantworten Sie unter Darlegung, daß Sie zum Unter-

Voll der Eltern verblüht sind und diese Verblühtung erfüllen, bei dem Vorhanden der Steueranlagungskommission Herabsetzung in der Steuerhufe. — **W. 20.** 1. Beantragen Sie bei Gericht die Bewilligung des Armenrechts unter Darlegung Ihrer Einkünfte und Vermögensverhältnisse. 2. Einmal 100 M. 3. Rein: es erfolgt dann Veranlagung. — **W. 21.** Das Gewerbe müssen Sie beim Registrator anmelden. Gewerbesteuer wird nicht erhoben,

wenn der Jahresbetrag weniger als 1500 M. und das Anlagekapital weniger als 2000 M. beträgt. 2. Sie können in welcher Klasse Sie wollen ohne weitere Anzeigen weiterleben. — **Karl W. 38.** Rein. **Kunstlicher Marktbericht** der holländischen Markt-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Markttag:** Fleisch:

Zufuhr genügend, Geschäft fest, Preise unverändert. **Bild:** Zufuhr nicht ausreichend, Geschäft lebhaft, Preise beizubehalten. **Veilchen:** Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. **Fische:** Geschäft etwas lebhafter, sonst unverändert. **Butter und Käse:** Geschäft fest, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Gebäck:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.



Sunlicht Seife

ist für feinste Spitzen und die zartesten Gewebe wie keine andere geeignet. Man kann dieselben ohne Sorge mit diesem stets gleichbleibenden Fabrikat waschen, der Erfolg ist vorzüglich und verschafft der einsichtsvollen Hausfrau Freude! Man verwende aber nur Sunlicht Seife!



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 12. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königliches Opernhaus. Siegfried. (Anf. 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Dalkhos. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Königliches Opernhaus. Mad. Butterfly.
Deutsches Schauspielhaus. Kammermusik. Ein Skandal in Monte Carlo.
Veßing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Der Biberpelz.
Schiller Charlottenburg. Ein Erfolg.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Handverreggen.
Neues Schauspielhaus. Hohes Spiel.
Königliche Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Neues. Telasco und Cacolet.
Thalia. Im Café Robiote.
Lustspielhaus. Der feiche Rudi.
DERNHARD ROSE THEATER
Or. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Uhr.
Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne u. a.: Verlin auf Seigen mit Willi Kogiton.
Konzert. Spezialität. Anf. 4 1/2 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute nachm. 4 Uhr:
Monster-Konzert
5 Kapellen.
Märkischer Zentral-Sängerbund.
Eintritt 1 M. Abdom. und Freif. aufgehoben. Abdom. zahl. 50 Pf.
Abends:
Feuerwerk — Illumination.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, den 12. Juni, Anf. 8 Uhr:
Handverreggen.
Sonntag: Handverreggen.
Montag: Handverreggen.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der feiche Rudi.

DERNHARD ROSE THEATER

Or. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Uhr.
Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne u. a.: Verlin auf Seigen mit Willi Kogiton.
Konzert. Spezialität. Anf. 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Jean Paul mit neuen Schlegeln.
9 3/4 Uhr: Yankee Doodle Girl.
9 5/8 Uhr: Waisch oder Rife ???
9 3/4 Uhr: Er oder Er mit

Hartstein

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni-Programm.
12 Sensationen 12

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Grunnenstr. 16.
Im herrlichen Naturgarten, bei schönstem Wetter im Pracht-Theateraal:
Große Extra-Vorstellung!
Mutter und Sohn.
Vorher: sämtliche Spezialitäten
Anfang 7. Konzert 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Lustspiel in 4 Akten v. Paul Hindau.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Madame Bonivard.
Montag, abends 8 Uhr:
Madame Bonivard.

CASTAN'S PANOPTICON

Friedrichstr. 165 (Pachorpalast).
Ohne Extra-Entree **Mariedl,** die größte lebende **Riesin der Welt.**
Arturios große Zaubersoireen
Soireen: 12 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags stündlich.
Hauptsoiree 8 Uhr abends.
Täglich: 7 1/2 Uhr abends: **Ohne Extra-Entree!**
Humoristische Künstler-Abende.
Sonntags 2 Vorstellungen.

Achtung! Diez' Jetzt nur Seeterrasse Lichtenberg

Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Gr. Konzert und das größte, beste Programm Berlins
u. a.: Brothers' Gelbigs, unübertroffener stiegender Trapesist. Koller-Talaszyn (3 Damen, 1 Herr), Turnseilkünstler. Ritter Ritter, der unspöcherbare Humorist. Vargas u. Darley, die best. Iom. Radfahrer usw. Im Saale: BALL. Anfang 4 Uhr.
15 Auberboote x Kaffeeküche x Volksbelustigungen x 2000 Vorzugsarten gültig. Entree nur 20 Pf.
Heute Sonnabend:
Gr. Dampfer-Mondschein-Promenaden-Fahrt mit Militär-Musik.
Rundfahrt auf dem Müggelsee
mit festlich illuminierten Dampfern, dann zurück nach Restaurant Kyffhäuser, dasebst großer **Sommernachts-Ball.**
Abf. abds. 9-10 Uhr, Rückf.: 1 Dampfer 2 Uhr nachts, übrige 4 1/2 Uhr früh.
Hin und zurück 50 Pf. 29435*
Abfahrtstelle: Schillingsbrücke, Berlin.

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!**
Gr. Schaustellungen
Vitascop-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorst. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Neben Montag Elitetag, Spezialitäten und Sotree der „Lustigen Sängere“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.
Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung des **Sächsischen Volks-Theaters**
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüßet sich köstlich.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus **„La Pia“**
in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie
12 sensationelle 12
Juni-Attraktionen
Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.)

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Drei Züge

und Sie werden jubeln: „Endlich meine Lieblingsmarke gefunden“
Epirus-Cigaretten
Lieblingsmarken:
Hadi Loja . . . 2 bis 6 Pf.
Ring-Cigaretten 2 bis 5 „
Polozojow . . . 3 bis 10 „
Lord Mayor . . . 4 bis 10 „

Landesausstellungspark

am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche **Gartenrestaurant** Konditorei und Café
Militär-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab
Dejeuners von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Musik: Eine ZaZaZa-Nacht auf dem Weinbergweg
Konzert x Ball. x Ballett usw.
Der Ring durch die Luft.
Im Theater: (Anfang 8 Uhr) Spezialitäten.
Zed. Bef. erh. ein ZaZa als Geschenk.
Anfang des Konzerts 6 Uhr.

Brunnen-Theater

Tobstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
x Erstklassige Spezialitäten! x
Novität! Novität!
Die Spreewald-Räte.
Gr. Ausstattungs-Volkstheater mit Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Hoffmann.
Raufführung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain
Gaststätte der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 63, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u. Spezialitäten-Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Etliche Sonnabende an Vereine zu vergeben.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Krit. Zeltung: Walter Graevnitz.
Jeden Donnerstag: **Elitetag.**
Nabend und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Ober-Schöneweide

Lindengarten an der Spree.
Taubertstr. 5 (Fernspr. 230.)
Jeden Sonntag: **Freitanz.**
Wozu ergebenst einladet
12082* **Robert Schulz.**

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Woodt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Wähe od. Schärpe grat.

Berliner Prater-Theater

Rastattener Allee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten.
Am Bahnhof Gesundbrunnen.
Täglich: **Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Riesenprogramm. Leopold Rossar. Ada Willi. The Grös, die 5 Glimm-Atrobaten. **Spree-Athener.**
Volkstanz mit Gesang in fünf Akten von Kellinger.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.

Königsstadt-Kasino.

Dahlemerstr. 73 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
Theater- und Spez.-Vorstellung.
Der Liebestrank. Operette von J. Humbert.
Omer-Sait-Trio, Orig. Rodelty-Casabauer u. a. erstklassige Spez.
Anfang wochentags 1/2 5 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.

Duhmann's Theater

Schönehauser Allee 148
Kastanien-Allee 27/28
Täglich: **Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Dastellendes Personal des **Kasino-Theaters.**

Moderner Vergnügungs-Park

im Alten Botanischen Garten,
Berlin W. 57, Potsdamer Str. 75.
WHITE CITY
Täglich Konzerte.
Kapellmeister Karl Zimmer.
Gastdirig. Ein-
Translatour tritt **25 Pf.**

Karlsgarten

Rixdorf, Karlsplatzstr. 6-11.
x Prachtvoller alter Naturgarten x
Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Konzert.**
Konzert u. **Die lustigen Kalauer.**
Jeden Dienstag: **Kinderfest.**
Mittwochs: **Konzert**
und **Spezialitäten-Vorstellung.**

Achtung! Achtung! Parteinossen, Gewerkschaften, Vereine!

Serbad Wilhelmshuh,
10 Pf. Tour Station Köpenickdorf-Rosenthal. Sonntag 3 Uhr: **Großes Internes Freiwettkämpfen.**
5 Uhr: Aufstieg des Kleinfußballklubs „Grotolina“ im Saale: Gr. Ball. 1/10 Uhr: **Brillant-Wasser-Sprengwerk.** Stark beleuchtete Dracherei. Staffette v. 2 Uhr ab geöffnet. Für gute Speisen und Getränke bestens geforgt.
Entree 10 Pf. Nachzahlungsbill
15212* **Richard Kollmann.**

Ausnahmepreise

bis Ende Juli 15882
für alle Brennmaterialien
Leske & Fabian
Kohlen-Größhandlung
Görl. Bahnh. Görlitzer Str. 17/19.

Cigarren

kaufen Sie in guten Qualitäten sehr preiswert bei
Max Wesemann,
Skaltzer Str. 94a,
Ecke Zeughofstraße.

IMK wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige **Herren-Garderoben.**
Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. 1457L
Julius Fabian, Schneidermeister, 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II Eingang Strausberger Platz
2. NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

